



**ila**

448 Sep. 2021

**SILOÉ**  
**RESISTE**

# AUFSTAND in KOLUMBIEN

**Cuba**  
Künstler\*innen  
und Proteste

**Peru**  
Alte Eliten gegen  
neuen Präsidenten

**Uruguay**  
Dämpfer für die  
rechte Regierung

**Kino**  
Entdeckungen beim  
Filmfest München

**U**nd jetzt? Mehr als vier Monate Protest, Streik, Kampf auf den Straßen Kolumbiens, breit und bunt wie nie zuvor. Populare Vollversammlungen, die Gesetzesentwürfe erarbeiten. Die Antwort des Staates: Dutzende Ermordete und Verschwundene. Das alles zeigt: So kann es nicht weitergehen. Kann es nicht? Die Eliten haben genau das vor. Die Befragung des ehemaligen rechtsextremem Präsidenten Álvaro Uribe durch die Wahrheitskommission CEV am 16. August 2021 machte klar, dass selbstherrliche und frauenverachtende Verunglimpfung der Opposition à la Trump weiter Konjunktur hat.

Zu keinem anderen Land Lateinamerikas hat die ilar seit der Jahrtausendwende mehr Schwerpunkthefte veröffentlicht. Häufig war dabei die Repression für uns der dringliche Anlass, den Blick auf Kolumbien zu lenken. Neben Mexiko ist Kolumbien das Land in Lateinamerika, in dem es die meisten Gewaltakte gegen Führer\*innen sozialer Organisationen, Menschenrechtsverteidiger\*innen, Journalist\*innen und linke Aktivist\*innen gibt.

In den internationalen Medien werden die Repression, die Übergriffe und die politischen Morde von Sicherheitskräften und paramilitärischen Gruppen aus der rechten Szene stets in den Kontext der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Militär und den verschiedenen Guerillagruppen gestellt. Basierend auf den Berichten von Menschenrechtsgruppen haben wir dem immer widersprochen: Ein Teil der Übergriffe und Vertreibungen stand zwar im Zusammenhang mit den militärischen Konflikten, aber die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen oder zivile bäuerliche und indigene Gruppen geschah nicht im Rahmen der Guerillabekämpfung. Im Hintergrund stand vielmehr der Landraub großer Bergbauunternehmen und Grundbesitzer, die kleinbäuerliches und indigenes Land ausbeuten oder bewirtschaften wollten. So waren wir nicht überrascht, dass das Friedensabkommen zwischen der Regierung und den FARC, der größten Guerillagruppe, im Jahr 2016 zwar zu einer zeitweiligen Reduzierung, aber keinesfalls zu einem Ende der Gewalt in Kolumbien führte.

Zudem wurde von den in den Friedensverträgen vereinbarten oder anvisierten sozialen und wirtschaftlichen Reformen kaum etwas umgesetzt, sodass die extremen sozialen Unterschiede bestehen blieben. Vor allem in den marginalisierten Vierteln der Städte, in denen viele der sieben Millionen Menschen leben, die wegen der Konflikte auf dem Land zu Binnenflüchtlingen wurden, ist die Armut erdrückend. Insbesondere die dort – aber keineswegs nur dort –

lebenden Jugendlichen haben kaum eine Perspektive und stehen zudem in der Pflicht, ihre Eltern und älteren Verwandten im Alter und Krankheitsfall zu unterstützen, weil die Sozialsysteme völlig unzureichend sind. Deshalb kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Streiks und Protesten, mit denen soziale Reformen eingefordert wurden. Doch die blieben aus, Kolumbiens konservative bis ultrarechte Regierungen waren zu keinem Zeitpunkt bereit, die Privilegien der Reichen und des gehobenen Mittelstands auch nur geringfügig anzutasten. Die Pandemie und die dadurch befeuerte Wirtschaftskrise hat die prekär Beschäftigten und Soloselbstständigen in den ärmeren Vierteln besonders stark getroffen und ihre ohnehin kritische soziale Lage weiter verschärft. Als dann die Regierung eine Steuerreform verkündete, die die untere Mittelschicht und die Armen weiter belastet hätte, weil durch höhere Mehrwertsteuern viele Güter des täglichen Bedarfs teurer geworden wären, war die Geduld vieler, vor allem junger Leute zu Ende. Es wurde zu einem „nationalen Streik“ aufgerufen. Darunter sind nicht primär Arbeitsniederlegungen festangestellter Berufsgruppen zu verstehen, sondern vielmehr der Versuch, durch Blockaden und Massenproteste das öffentliche Leben zum Erliegen zu bringen. Solche Streikaktionen hatte es auch in den früheren Jahren gegeben, zuletzt im November 2019. Neu war 2021 die Breite und die Militanz der Menschen, die sich daran beteiligten. Vor allem Jugendliche standen in der ersten Linie bei der Verteidigung der Blockadepunkte und wehrten sich mutig gegen eine extrem gewalttätig agierende Polizei, wobei insbesondere die Spezialeinheit ESMAD durch besondere Brutalität auffiel. Auch als die ersten Todesopfer zu beklagen waren, wichen die Jugendlichen nicht zurück, viele waren von dem Gefühl getragen, ohnehin nichts mehr zu verlieren zu haben.

Die Bilder aus Kolumbien – auf der einen Seite die mutigen Demonstrant\*innen, deren Aktionen oft von Musik und von Kunstaktionen begleitet waren, und auf der anderen die martialisch agierenden Sicherheitskräfte – waren Grund genug für uns, einen weiteren Schwerpunkt zu Kolumbien anzugehen. Leider müssen wir auch diesmal über Menschenrechtsverletzungen berichten. Aber vor allem geht es um eine junge, entschlossene und dabei fröhlich-kreative Generation, die für ein anderes, besseres und sozial gerechteres Kolumbien kämpft.



## ■ Aufstand in Kolumbien

- 4 Was bleibt von den Protesten?**  
Kolumbien nach Monaten politischer Auseinandersetzungen  
von *Stefan Peters*
- 8 Ich bin ein Vandale und von der *Primera Línea***  
Gedanken nach einem Gespräch mit einem Jungen aus der ersten Reihe des Widerstands  
von *Víctor de Curra-Lugo*
- 9 Drei Portraits von der Straße**  
Claudia – Aktivistin in der neuen Bibliothek  
Duván – Blockadepunkt Kreisverkehr Siloé  
Alejandro – Blockadepunkt Puerto Resistencia  
von *Gabriel Engelbart*
- 11 Zehn Jahre junger Protest in Kolumbien**  
Die aktuelle Bewegung hat eine lange Vorgeschichte  
von *Carolina Hormaza und Markus Ciesielski*
- 14 Vom Land in die Städte**  
Die Mobilisierung in Kolumbien und ihre Protagonist\*innen  
von *Axel Rojas*
- 16 Wer die Proteste unterstützt, wird zur Zielscheibe**  
Interview mit Clemencia Correa über die internationale Misión S.O.S. Colombia  
von *Gerold Schmidt*
- 19 Wir kämpfen, bis die Wahrheit ans Licht kommt**  
Daniel Stiven Sánchez – eines der vielen Opfer der Polizeigewalt in Cali  
von *Gabriel Engelbart*
- 21 Bewaffnete Akteure ohne Legitimität**  
Die Erneuerung des paramilitärischen Projekts in Kolumbien  
von *Julián Villa-Turek Arbeláez*
- 24 Der Schlächter im Hintergrund**  
Interview mit dem kolumbianischen Journalisten und Filmemacher Daniel Mendoza  
von *Carmen Barrios*
- 26 Eine wunderbare Performance des Widerstands auf den Straßen**  
Ein Interview mit dem Fotografen und Kommunikationswissenschaftler Leonardo Guayán  
von *Evelyn Schreiber*
- 29 Riskanter Einsatz für die Verletzten**  
Gesundheitsbrigaden während des Streiks in Cali  
von *Angie Alejandra Guerrero Gordillo & Natalia Mendoza Rendón*
- 30 Weiblich gelesene Körper sind anderen Risiken ausgesetzt**  
Interview mit *La esquema feminista de derechos humanos*  
von *Leonie Männlich*
- 33 Man hat uns alles genommen, sogar die Angst**  
Arbeitende Kinder und Jugendliche in den Protesten – Interview mit Brayan Hueso und Reinel García  
von *Julia Gabriela Strack Díaz und Peter Strack*
- 35 Der Soundtrack des Streiks**  
Die kolumbianische Mobilisierung wird von einer Reihe Künstler\*innen begleitet  
von *Frederik Caselitz*

- 37 Kein Asyl trotz Lebensgefahr**  
Deutsche Behörden und Gerichte erkennen Geflüchtete aus Kolumbien fast nie an  
von *Eleonore von Oertzen*
- 39 El Grito – Der Schrei**  
Interview mit Carmen García, die sich von Brüssel aus für den kolumbianischen Protest engagiert  
von *Gaby Küppers*

## ■ Berichte & Hintergründe

- 42 Historische Zäsur oder global platzierte Lüge?**  
Cuba nach den Protesten vom 11. Juli 2021  
von *Knut Henkel*
- 45 Der Mythos ist hinüber**  
Interview mit dem cubanischen Theatermacher Yunió García Aguilera  
von *Knut Henkel*
- 46 Der Dialog muss der Weg sein**  
Interview mit dem cubanischen Satiriker und Filmemacher Eduardo del Llano über seinen neuen Film und die Lage im Land  
von *Andreas Hesse*
- 50 Neue Etappe des Machtkampfes in Peru**  
Präsident Castillo steht von mehreren Seiten unter Druck  
von *Andreas Baumgart*
- 52 Ein kleines Wunder**  
Uruguay: Bündnis erzwingt Referendum über Gesetzespaket der Regierung  
von *Wolfgang Ecker*
- 55 Die Rechnung ohne den Wirt gemacht**  
Die Hidrovía Paraguay-Paraná – mehr als eine Wasserstraße  
von *Roberto Frankenthal*

## ■ Kulturszene

- 57 Filmische Kommentare auf pandemische Zeiten**  
Vier Produktionen aus Lateinamerika auf dem Filmfest München 2021  
von *Verena Schmöllner*
- 60 Verlust eines großen Intellektuellen**  
Nachruf auf den argentinischen Schriftsteller Horacio González (1944-2021)  
von *Sandra Schmidt*
- 61 Von den Lebenslügen eines in Brand gesteckten Landes**  
„Lieder für die Feuersbrunst“ von Juan Gabriel Vásquez  
von *Britt Weyde*

## ■ Solidaritätsbewegung

- 62 Notizen aus der Bewegung**
- 63 Impressum**  
Titelfoto: Gabriel Engelbart

# Was bleibt von den Protesten?

Kolumbien nach Monaten  
politischer Auseinandersetzungen



Im Frühjahr 2021 erlebte Kolumbien die heftigsten sozialen Kämpfe seit Jahrzehnten. Das Land war in Aufruhr. Was am 28. April mit einem Generalstreik begann, mündete in monatelangen Mobilisierungen. Millionen von Kolumbianer\*innen gingen trotz der grassierenden Corona-Pandemie gegen die Regierungspolitik auf die Straße. Täglich kam es zu massiven Protesten, Auseinandersetzungen und massiver Repression seitens der kolumbianischen Sicherheitskräfte. Die Bilder von verummten Protestierenden, die sich nur mit Schutzschilden aus Benzinflaschen und Gasmasken ausgerüstet den Sicherheitskräften und der berüchtigten Demopolizei ESMAD (*Escuadrón Móvil Antidisturbios*) entgegenstellten, gingen um die Welt. Einige Beobachter\*innen sprachen bereits von einem kolumbianischen Frühling. Ab Mitte Juni gingen die Proteste deutlich zurück, dennoch haben sie bereits jetzt ihren Platz in den Geschichtsbüchern des Landes sicher. Zudem bestehen die Ursachen für die massiven Mobilisierungen weiter fort, und folglich ist ein erneute Protestwelle nicht ausgeschlossen oder sogar wahrscheinlich.

VON STEFAN PETERS

Die Proteste kamen keinesfalls so überraschend, wie manche Medien meinten. Zentrale Ursachen sind die strukturellen Entwicklungsprobleme des Landes. Bereits unter dem letzten Präsidenten Santos (2010-2018) gab es vermehrte Proteste für mehr soziale Gerechtigkeit. Noch kurz vor Beginn der Covid-19-Pandemie wurde die Regierung von Iván Duque Ende 2019 von massiven Protesten in die Enge getrieben und reagierte mit Ausgangssperren. (vgl. den Beitrag „Zehn Jahre junger Protest in Kolumbien“ in dieser ila). Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie waren ein willkommenes Mittel, um den Protest zu beenden. Diese trugen jedoch auch zur weiteren Zuspitzung der Protestursachen bei. Bildlich gesprochen wurde das Feuer unter dem sozialen Dampfkessel angeheizt, während gleichzeitig in der Pandemie ein Ventil zur Artikulation des Protestes fehlte. Die soziale Explosion war dann nur eine Frage der Zeit.

Der unmittelbare Anlass für die heftigen Proteste war die Ankündigung einer Steuerreform, die die leeren Staatskassen füllen sollte und hierfür vor allem die (untere) Mittelschicht

Foto: Cali, am 28. Mai 2021,  
nach einem Monat Streik

belastet hätte. Doch schnell wurde deutlich, dass sich die Proteste nicht alleine gegen dieses Reformprojekt richteten, denn die Rücknahme der Reform konnte die Proteste ebenso wenig eindämmen wie der Rücktritt des Finanzministers. Im Zentrum der Proteste standen insbesondere soziale Forderungen. Dies kann kaum überraschen: Kolumbien ist eines der ungleichsten Länder der Welt. Sozial benachteiligte Gruppen wurden von den Auswirkungen der Pandemie überproportional hart getroffen, und die Politiken zur Abfederung der Krise waren und sind bei weitem nicht ausreichend. In der Konsequenz nahmen Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit im Jahr 2020 in Kolumbien deutlich zu. Die sozialen Härten der Pandemie trafen die Menschen in den Armenvierteln, aber auch aus der unteren Mittelschicht. Obwohl angesichts dieser Situation soziale Proteste wahrscheinlich waren, hatte dennoch kaum jemand mit derart massiven Reaktionen der Straße gerechnet. Dies liegt auch darin begründet, dass im Kontext der Proteste neue, vormals wenig beachtete Akteure sich lautstark und oft militant auf die politische Bühne des Landes gekämpft haben. Vormals weitgehend ausgegrenzte Jugendliche aus den urbanen Marginalvierteln der Großstädte prägten die Proteste und verwandelten sich fast über Nacht in die zentralen Taktgeber des politischen Geschehens. Die plötzliche Explosion der tickenden sozialen Zeitbombe überraschte nicht nur die Politik und die streikerfahrenen Gewerkschaften, sondern auch sämtliche politische Beobachter\*innen.

Überraschend war nicht nur die Breite der Proteste, die praktisch das ganze Land erfassten, sondern auch der lange Atem der Protestierenden. Zudem waren die Protestformen sehr vielfältig: Bunt, kreativ, queer, entschlossen und teilweise auch gewaltsam. Die Militanz der Protestformen (u.a. wochenlange Straßensperren, Sturz von Statuen, Angriffe auf öffentliche Verkehrsmittel und Polizist\*innen) steht dabei in einem erstaunlichen Kontrast zu den moderaten inhaltlichen Forderungen. In erster Linie geht es den Protestierenden

um die Einhaltung ohnehin verbriefter sozialer Rechte in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit und damit um Perspektiven für die junge Generation sowie einen Sozialstaat, der diesen Namen verdient. Gerade in den Armenvierteln werden Forderungen nach einer grundlegenden Infrastruktur und der Möglichkeit einer Zukunft in Würde gestellt. Weitere Themen betreffen die Forderung nach der Implementierung des Friedensprozesses, bessere Lebensbedingungen auf dem Land, das Ende der Gewalt gegen soziale Aktivist\*innen sowie die Ablehnung der Pläne zur Wiederaufnahme von Besprühungen von Kokafeldern mit dem Herbizid Glyphosat. Die Regierung reagierte auf diese Selbstverständlichkeiten mit einem Amalgam aus Repression, Diffamierungen, Unverständnis und kleineren Zugeständnissen für Teilgruppen. Derweil kippte Ex-Präsident Uribe fleißig Öl ins Feuer, indem er die Protestierenden als vandalische Terroristen bezeichnete und mit Theorien des chilenischen Faschisten Alexis López hausierte, um die alte Rhetorik des Kampfes der heroischen Sicherheitskräfte gegen eine angeblich kurz bevorstehende kommunistische Machtübernahme zu bemühen. Es blieb nicht bei Worten: Exzessive Polizeigewalt und Personen in Zivil, die mit Schusswaffen auf die Protestierenden schossen, wurden bald zum Alltag und allgegenwärtigen Zeugnis des Versagens der Politik und ließen das ohnehin schwache Vertrauen der kolumbianischen Bevölkerung in die staatlichen Institutionen weiter erodieren, während gleichzeitig die Kriminalisierung und Stigmatisierung der Proteste diese weiter anheizte und radikalisierte. Das dilettantische Krisenmanagement der Regierung könnte als anekdotische Randnotiz abgehftet werden, wäre nicht der enorme Blutzoll schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen durch die unverhältnismäßige Reaktion der Sicherheitskräfte. Je nach Angaben kamen bis Ende Juni 2021 mindestens 20 Menschen durch Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte (Polizei, Spezialeinheiten und Militär) um. Wahrscheinlich liegt die Zahl jedoch höher, und es ist zu befürchten, dass bis zu 60 Menschen im Kontext der Proteste ums Leben gekommen

sind. Hinzu kommen Verschwundene, viele Schwerverletzte und unzählige Berichte über Polizeigewalt. Hierzu gehören auch der Gebrauch scharfer Munition sowie Fälle sexualisierter Gewalt. Die Hashtags #SOSColombia und #Nosestánmatando drücken die Verzweiflung der Menschen auf den Straßen angesichts der massiven Gewalt gegen die Proteste aus und richten sich schon längst nicht mehr an die Regierung oder die nationalen Medien. Adressiert wurden internationale Organisationen, Menschenrechtsorganisationen sowie Medien wie CNN. ➔ S. 6



FOTO: GABRIEL ENGELBART

Lehrer\*innen in der *Primera Línea* am 28.4.2021. In der Mitte der Slogan: Sie bringen uns weiter um!

Seit Mitte Juni büßten die Proteste deutlich an Intensität ein: Bei vielen der Protestierenden hat sich Erschöpfung breit gemacht. Gerade die Blockaden, die weite Teile des Landes lahmlegten, verloren bald an Unterstützung. Die massiven Proteste haben große Aufmerksamkeit hervorgerufen, die Hoffnungen der Protestierenden auf eine Zeitenwende erfüllten sich jedoch nicht. Die Repression und die Gewalt bewaffneter Zivilisten gegen die Protestierenden hat Wut, aber auch Angst geschürt. Vielfach wich die Euphorie der Barrikaden bald wachsender Frustration. Zudem kam es teilweise zu Unstimmigkeiten zwischen den Protestierenden. Dennoch sind die Proteste mehr Gegenwart als Vergangenheit. Die Konfliktursachen bestehen fort, und ein Wiederaufflammen der Proteste in den kommenden Monaten ist wahrscheinlich – nicht zuletzt auf Grund der Politisierung vieler Demonstrant\*innen während der Aktionen. Gleichwohl ist vollkommen offen, wie sich die Protagonist\*innen der Proteste in der Zukunft politisch betätigen werden. Eine zentrale Frage ist dabei, ob sie bei den Wahlen kommendes Jahr trotz der verbreiteten Skepsis gegenüber den politischen Institutionen ihre Stimme abgeben oder gar bestimmte Kandidat\*innen unterstützen werden. Zudem gilt es zu beachten, dass die Politisierungs- und Organisationsprozesse im Umfeld des *paro nacional* bei weitem nicht konflikt- oder gar widerspruchsfrei verliefen. Dies liegt auch an der heterogenen Trägerschaft der Proteste, die in vielen Berichten eher eingeebnet wurden. Einerseits lassen sie sich – trotz der breiten Beteiligung junger Menschen – nicht auf eine Jugendrevolte reduzieren, und andererseits müssen die Unterschiede der Forderungen, Politikformen und Lebensbedingungen innerhalb der jugendlichen Protestierenden ebenfalls reflektiert werden.

Verschiedene internationale Beobachter\*innen fokussierten sich auf die Jugend als Trägerin der Proteste. So schrieb beispielsweise die FAZ (2021) im Mai: „Wütende Jugend trifft auf repressive Polizei“. Auch der kolumbianische Präsident Iván Duque wollte die Proteste mit einem „Pakt für die Jugend“ eingehen. Zweifellos beteiligten sich vor allem Jugendliche und junge Erwachsene an den Aktionen auf der Straße, und die Protagonist\*innen der *Primera Línea* sind nicht nur besonders militant, sondern auch sehr jung. Dass vor allem junge Menschen in Kolumbien auf die Straße gehen, ist jedoch per se nicht neu und kann angesichts der Bevölkerungsstruktur des Landes kaum verwundern. Doch vor allem läuft die Fokussierung auf die Jugendlichen Gefahr, in

Vereinfachungen zu verfallen. Schließlich waren die Proteste vor allem eines: ausgesprochen heterogen.

Viele der Protestierenden kommen aus den urbanen Armenvierteln und sind in der Vergangenheit meist nicht in politischen Prozessen oder sozialen Bewegungen aktiv gewesen. Neben ihnen sind Studierende und junge Berufstätige (auch bis weit in die Mittelschicht) aktiv. Weiterhin beteiligen sich Gewerkschafter\*innen, indigene und afrokolumbianische Gemeinschaften, Kleinbauern und -bäuerinnen, Feminist\*innen und Queers an den Mobilisierungen. Das führte zu sehr heterogenen Aktionsformen. Die Vielfältigkeit der Trägergruppen spiegelt sich auch im breiten Panorama der artikulierten Forderungen wider: Hierzu zählen: die Einforderung grundlegender sozialer Rechte (Bildung, Gesundheit, Arbeit) und von Zukunftsperspektiven für ein Leben in Würde, die Anklage von Korruption, Klientelismus und der fortwährenden Gewalt gegen soziale Aktivist\*innen. Die repressive Beantwortung der Proteste durch die Sicherheitskräfte wirkt zudem als Brandbeschleuniger, verlieh dies doch Forderungen nach einer grundlegenden Reform des Sicherheitssektors zusätzlichen Auftrieb. Schließlich fällt auch die schleppende Implementierung des 2016 geschlossenen Friedensvertrags mit der ehemaligen Guerrilla der FARC-EP unter die Kritik der Protestierenden. Gemeinsam ist den Forderungen der Aufschrei: Es reicht!

Die verschiedenen Gruppen waren sich einig in der Ablehnung der Regierungspolitik, Forderungen nach Gerechtigkeit und der Ablehnung der Polizeigewalt. Gleichzeitig lag in der Heterogenität auch erhebliches Potenzial für politische Spannungen. So wollten die erfahrenen Mitglieder des Streikkomitees (*Comité de Paro*) angesichts der Pandemie den Streik bereits zum 1. Mai in den virtuellen Raum verlagern und wurden von der Straße schlicht ignoriert. Verschiedene



FOTO: BRAVAN HUESO

Selbstgebastelte Schutzschilder aus Ölfässern mit der Aufschrift: El pueblo no se rinde – Das Volk gibt nicht auf

Vertreter\*innen oppositioneller Parteien boten sich als Vermittler\*innen an und erlitten Schiffbruch. Einige Gruppen wollten die Protestbewegung auch mit Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr politisch einbinden und stärker organisieren, während andere Gruppen sämtlichen etablierten Politiker\*innen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen und Hierarchien zurückweisen.

**I**m Zentrum der Proteste standen zweifellos soziale Forderungen. Der Friedensprozess war auf den ersten Blick allenfalls ein untergeordnetes Thema der Mobilisierungen. Erst auf den zweiten Blick zeigt sich, dass die Proteste auf zwei Weisen eng mit den ebenso offensichtlichen, wie wenig diskutierten Problemen des kolumbianischen Friedensprozesses verbunden sind.

Erstens begegnet der Friedensprozess weder den extremen sozialen Ungleichheiten, noch den Ungleichheiten im Landbesitz oder dem Mangel an sozialer Aufwärtsmobilität in adäquater Form. Diese strukturellen Konfliktursachen wurden entweder im Friedensabkommen nicht ausreichend adressiert oder werden – wie im Falle der Reform der ländlichen Entwicklung – bestenfalls im Schneckentempo bearbeitet. Zweitens hat der Friedensprozess zwar nicht das Land, wohl aber die großen Städte jenseits der Marginalviertel und die Fincas der Wohlhabenden befriedet. Pointiert ausgedrückt liest sich eine vorläufige Bilanz des Friedensprozess wie eine Umkehrung von Georg Büchners Forderung aus dem Vormärz: Friede den Palästen, Krieg den Hütten! Denn gerade privilegierte soziale Gruppen konnten vom Friedensprozess etwa durch neue Entwicklungspotenziale profitieren. Eine Infragestellung ihrer Privilegien brauchen die Eliten nicht befürchten.

Ein großer Teil der historisch marginalisierten Bevölkerung wartet hingegen bisher vergeblich auf die Materialisierung einer Friedensdividende. Insbesondere in den durch historische Marginalisierung geprägten Regionen der kolumbianischen Peripherie – etwa an der Pazifikküste, im Norden des Landes, an der Grenze zu Venezuela oder in Teilen des Amazonasgebietes –, aber auch in vielen Armenvierteln der großen Städte erscheint der Frieden in weiter Ferne. Mehr noch: Nach dem Ende des bewaffneten Konfliktes mit der FARC-EP 2016 stießen andere alte und neue Gewaltakteure in das Machtvakuum. Heute liefern sich verschiedene bewaffnete Gruppen Machtkämpfe in der kolumbianischen Peripherie. Dabei geht es auch um die Kontrolle des florierenden Drogengeschäfts einschließlich der Transportwege in Kolumbien. Die vielen Morde an sozialen Aktivist\*innen, Umweltschützer\*innen und ehemaligen FARC-Kämpfer\*innen zeigen, dass in weiten Teilen des peripheren und marginalisierten Kolumbiens kaum von Frieden gesprochen werden kann. Gleichzeitig kann die Aussicht auf symbolische Reparationen der wachsenden materiellen Not von vielen der über neun Millionen Opfer des bewaffneten Konfliktes nicht adäquat begegnen.

**E**ine konstruktive Bearbeitung dieser Multikrise erfordert einen Paradigmenwechsel. Kriminalisierung und Repression müssen durch Dialog und konstruktive Lösungsvorschläge ersetzt werden. Der Schlüssel liegt in der Implementierung des Friedensvertrags sowie in der Bearbeitung der sozialen Frage. Ersteres betrifft vor allem die Umsetzung der Reform der ländlichen Entwicklung, einschließlich der Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Kolumbien, den effektiven Schutz sozialer Aktivist\*innen sowie vermehrte Anstrengungen zur Substitution des Anbaus illegaler Drogen durch legale Alternativen. Dennoch muss klar sein, dass der Friedensvertrag alleine ein allzu stumpfes Schwert für die Bearbeitung der immensen Herausforderungen Kolumbiens ist. Die zunehmende Gewalt im Land kann nur durch eine Kombination aus Gesprächen mit verhandlungsbereiten bewaffneten Gruppen und einem Paradigmenwechsel in der internationalen Drogenpolitik mit dem Ziel der Reduzierung der unermesslichen Gewinnmargen bekämpft werden. Ergänzend ist eine Reform des kolumbianischen Sicherheitsapparats mit dem Ziel der Professionalisierung und der Stärkung von Deeskalationsstrategien der Polizei unabdingbar. Doch vor allem braucht es einen Wandel der Perspektive: Gerade das politische Führungspersonal scheint die Protestierenden bisweilen nicht als engagierte Bürger\*innen, sondern als inneren Feind wahrzunehmen.

Gleichzeitig gilt es, zweitens, die soziale Frage verstärkt ins Zentrum zu rücken. Die sozialen Ungleichheiten in Kolumbien sind bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Landbesitz jeweils extrem. Hinzu kommt, dass es kaum Möglichkeiten der sozialen Aufwärtsmobilität gibt. Die strukturellen Ungerechtigkeiten haben sich in der Pandemie noch weiter verschärft. Die sozialen Härten trafen die Armen und die untere Mittelschicht. Dem gilt es entgegenzusteuern, beispielsweise indem die Belastungen auf die „starken Schultern“ der Gesellschaft konzentriert werden: Lateinamerikanische Eliten werden traditionell kaum über Steuern in die gesellschaftliche Pflicht genommen. Kolumbien ist hier keine Ausnahme. Diese Tatsache wird mittlerweile auch von internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF als Problem erkannt. Die massiven Proteste haben der Regierung gezeigt, dass es nunmehr an der Zeit ist, den berechtigten Forderungen nach Umsetzung sozialer Rechte und damit der Finanzierung von Perspektiven durch eine Steuerreform, die endlich die privilegierten Teile der Bevölkerung angemessen einbezieht, nachzukommen.

Die Menschen auf der Straße fordern lautstark drängende Reformen für eine nachhaltige und friedliche Zukunft und ein Leben in Würde ein. Es bleibt abzuwarten, ob die kolumbianische Politik diese Stimmen hört und die Weichen in Richtung auf eine bessere Zukunft stellt. Tut sie es nicht, werden die nächsten massiven Mobilisierungen nicht lange auf sich warten lassen. ■

# Ich bin ein Vandal und von der *Primera Línea*

Gedanken nach einem Gespräch mit einem Jungen aus der ersten Reihe des Widerstands



FOTOS: GABRIEL ENGELBART

**I**ch heiße Martín, aber das ist jetzt egal. Wenn du dies hier zu Ende gelesen hast, wirst du dich schon nicht mehr daran erinnern, ob mein Name Martín ist. Mein Alter ist auch egal, ich bin zu alt, um immer weiter zu warten, und zu jung, um zu resignieren.

VON VÍCTOR DE CURREA-LUGO

Es kann sein, dass ich in dieser Nacht sterbe, weil irgendein Bulle auf mich schießt. Es kann auch sein, dass ich morgen an Covid sterbe, während ich noch auf einen Arzttermin warte. Möglich, dass ich sterbe, weil ein betrunkenener Nachbar mit dem Messer auf mich losgeht. Aber das ändert nichts daran, dass ich Martín heiße und du das am Ende meiner Worte vergessen hast. Ich habe Marx nicht gelesen, daher verstehe ich das mit dem Klassenkampf nicht, aber ich hasse die Reichen, nicht weil sie reich, sondern weil sie Hurensöhne sind. Andererseits tun mir diejenigen, die gern zu den Reichen gehören möchten, einfach nur leid.

Vor einer Woche kam ein Student und redete mit uns. Wir haben nichts verstanden, aber als wir uns zusammenrotte-

ten, packte er seine Bücher unter den Arm und verschwand. Es kam ein dicker Gewerkschafter, dann ein dünner. Einer hörte uns zu, und der andere ließ einen Sermon ab, bevor er wieder ging. Es kam ein Politiker vorbei und sah vor seinem geistigen Auge potentielle Wählerstimmen. Ein Unternehmer hingegen beobachtete uns von seinem Auto aus und dachte an billige Arbeitskräfte.

Es kam ein Beamter vom Staat, der uns Sachen versprach. Aber er sah auf uns herab und versprach uns drei Tage später noch einmal das Gleiche. Er erinnerte sich nicht daran, dass wir ihn schon kannten. Er hatte vergessen, dass man ein gutes Gedächtnis haben muss, wenn man überzeugend lügen will.

Es kam die Frau von der Ecke mit einer Tüte Brot. Es kam der Alte vom Schlosserladen mit einer Thermoskanne Kaffee. Keiner von ihnen hat ein Urteil über uns gefällt, sie haben uns nur mit den Augen umarmt. Sie suchten nicht nach Gründen, sondern spürten dieses Gefühl von Ohnmacht, das sich einstellt, wenn man zu alt ist, um weiter zu warten, und zu jung, um einfach aufzugeben.

Als es zu regnen begann, als die Kugeln flogen, als wir Hunger bekamen und die Nacht hereinfiel, als sich die Straße leerte und wir alleine zurückblieben mit unseren Ängsten, da sahen wir plötzlich unseren Schatten in einem riesigen Spiegel. Wir sind allein, sagte er, zog seine Gesichtsmaske ein bisschen herunter und lächelte. Wir sind allein, rief der Kleinste aus der Combo nebenan. Erleichtert atmeten wir auf, es gab weder Wind noch Lügen im Wind, es gab weder Versprechungen noch Heucheleien im Regen.

Wir sahen uns an und dachten an die Nachrichtensendungen voller Scheiße, die Berichterstatter voller Arroganz, die Politiker mit ihren vollen Bäuchen.

In einiger Entfernung, an ihrem Fenster, stand die Frau mit dem Brot und stand der Alte mit dem Kaffee, als würden sie uns beschützen wollen.

**M**orgen, vielleicht übermorgen, hört all das hier auf. Vielleicht sterben andere Martins auf dem Bürgersteig. Verfällt nicht dem Irrglauben, dass wir dies hier nur für Geld oder Ruhm machen würden. Wir haben den Ruf als Gauner und Leute der *Primera Línea* längst weg. Wir machen das, weil wir entdeckt haben, dass der Protest auch ein Grund ist zu leben. Wir würden am liebsten alles zerstören, was die Polizei darstellt und vertritt. Aber das werdet ihr nicht verstehen, das könnt ihr nicht mehr, das habt ihr nie gekonnt. Ihr werdet nicht verstehen, dass das Leben ein Kampf ist, dem man sich stellt, und kein Festmahl, das man aufbewahrt, bis es verfault. Deswegen schenken wir weder euch noch dem Präsidenten Beachtung. Wir gehen nicht auf die Straße, um etwas Konkretes zu erreichen. Wir machen das (zumindest ich mache das so), um für einen Augenblick zu leben. Angesichts einer Gesellschaft, die uns nicht lässt, um für eine Weile zu sein, bevor man stirbt. Das ist besser als aufhören zu sein, bevor man überhaupt gewesen ist.

Aber ihr wollt nicht zuhören, ihr seid zu sehr mit euch selbst beschäftigt, mit eurer Bürokratie, euren Wahlen und eurem Geld. Ihr spielt Schach, wir umarmen; ihr verliert euch in schönen Formen, und uns kümmern eure Formen einen Scheißdreck. Deswegen verliert ihr nur eure Zeit, wenn ihr uns belehren wollt, was wir tun sollen. Ihr, die ihr uns nie geholfen habt, sagt uns jetzt, wie man protestiert, ihr, die ihr schmutzige Hände habt, sagt uns, wie man sie waschen muss. Mir ist dieser verletzte Jugendliche neben mir, dessen Namen ich nicht einmal kenne, mehr wert als eure ewige Leier aus parfümierter Scheiße. Er ist einer wie ich, verloren und aus eigener Kraft gerettet. Deswegen verstehen wir uns auch ohne Worte. Möglicherweise hast du's schon vergessen: ich heiße Martín, aber auch Roberto, ich heiße Esperanza ohne Hoffnung, Gloria ohne Freuden und Salvador ohne spürbare Rettung. Ich weiß nicht, wofür die anderen kämpfen, aber ich verstehe auch nicht, warum ihr stiehlt und andere tötet.

Ich habe keine Eile, aber auch keine Muße. Irgendwann mal sagte mir einer von euch, einer, der Bücher las und eine

## Claudia - Aktivistin in der neuen Bibliothek

Während des Streiks hat Gabriel Engelbart mit verschiedenen Aktivist\*innen gesprochen. Drei dieser Portraits sind hier veröffentlicht.

**A**m 28. April 2021, als ein Generalstreik gegen eine Steuerreform der Regierung das Land lahmlegte, vertrieb eine Gruppe Vermummter die Polizist\*innen aus einer kleinen Wache am Loma de la Cruz in Cali. Sie schlugen die Scheiben ein und verschafften sich so Zugang. Viel gab es nicht zu plündern, die Polizist\*innen hatten die Station zuvor bereits selbst leer geräumt. Die Wache war nicht die einzige, die im Laufe der Proteste geplündert wurde. Andere wurden sogar niedergebrannt.

Mit der Polizeistation am Loma de la Cruz hatten Aktivist\*innen etwas anderes vor: eine Bibliothek. „Sie sollen nicht umsonst gestorben sein“, steht zehn Tage nach der Aneignung auf einem Schild an der Bibliothek. Es erinnert an die landesweit über 40 Todesopfer durch Polizeigewalt. „Unsere Waffe ist das Wort und die Kultur, nicht die Gewalt“, sagt Claudia. Sie organisiert mit einem Team von Freiwilligen die Bibliothek. Täglich kommen Nachbar\*innen vorbei und reden, tauschen und schenken Bücher, es gibt Malutensilien für Kinder, einmal am Tag treten Clowns, Jongleure oder Geschichtenerzähler\*innen auf, Poesielesungen und Tanzabende werden veranstaltet und jeden Nachmittag ein offenes Treffen. »Die bisher vielleicht wichtigste Erfahrung besteht in solchen neuen solidarischen Räumen«, glaubt Claudia. Für Aktivist\*innen wie sie dient Kultur nicht nur der Illustration oder Unterhaltung während des Protests. Vielmehr ist auch sie direkter Ausdruck des Widerstands. Der Kultursektor ist von der Pandemie besonders stark betroffen und hatte schon vor dem Streik gegen die Haushaltskürzungen demonstriert. »500 Jahre Unterdrückung sind genug, es wird Zeit für eine radikale Veränderung«, gibt sich Claudia kämpferisch. Deshalb ist es für sie wichtig, sich kulturelle Ausdrucksformen indigener und afrokolumbianischer Gemeinschaften wieder anzueignen.

GABRIEL ENGELBART

Brille braucht, dass die Dinge gemacht werden, um unsere Existenz zu rechtfertigen. In meinem Leben ist diese unsichere Gegenwart wertvoller als die Aussicht, eines Tages alt und traurig im Bett zu liegen.

Ich werde nicht zuhören, du brauchst mir gar nicht mit Predigten zu kommen. Ich werde auch nicht weiter Spucke und Worte mit dir vergeuden. Ich werde mit dir reden, wenn du die Geschichte des Schlossers mit dem Kaffee und meiner Nachbarin, die in einem Lädchen arbeitet, verstanden hast. Nein, besser noch, ich rede mit dir, wenn du verstanden hast, was die Augen der alten Frau mit dem Brot am Morgen mitteilen wollen. ■

➔ weitere Zeugnisse S. 10



## Duván - Blockadepunkt Kreisverkehr Siloé

Im Hintergrund läuft Hip-Hop. Gefällte Bäume versperren die Durchfahrt zum Kreisverkehr. Der Blockadepunkt in Siloé wurde mehrere Tage beschossen und schließlich geräumt. Nun sind Duván und seine Combo wieder auf der Straße und machen trotz Rücknahme des Reformpakets durch die Regierung weiter. „Die korrupten Politiker haben uns alles genommen, sogar die Angst. Jetzt fehlt nur noch, dass sie uns das Leben nehmen“, sagt Duván. „Alter, ich habe so die Schnauze voll von dieser Regierung. Immer wenn ich im Viertel auf die Straße gehe und einen Bullen sehe, muss ich mich verstecken, weil sie mich einknasten wollen. Sie nutzen ihre Macht aus.“ Während der Proteste hätten Polizist\*innen aus Zivilautos auf sie geschossen. Er bittet darum, dass die internationalen Medien das ans Licht bringen und helfen.

Duván hatte keine leichte Kindheit. Seine Eltern haben ihn früh verlassen. Er kämpfte trotzdem für sie. Sie sind jetzt alt und haben ihr Leben lang geschuftet, ohne eine Rente zu bekommen. Er kenne sich mit Elektrik aus, aber könne seine Kenntnisse nicht voll zur Entfaltung bringen.



Er würde gern Elektroingenieurwesen studieren, doch dafür fehlt ihm das Abiturzeugnis. Duván musste schon als Kind arbeiten, um sich selbst zu versorgen. Für Schule war da keine Zeit. Das sei das Los der Armen in diesem Land.

Duván protestiert für das Recht auf Bildung und Gesundheit für ihn und seine Kinder. In Siloé hingen viele Jugendliche auf der Straße herum und nahmen Drogen, weil sie keine Perspektive hätten. „Viele Leute meinen, wir wüssten nicht, warum wir in der ersten Reihe stehen. Denen antworte ich: Ihr irrt euch, Freunde. Ich will, dass wir studieren können. Dass wir Mechanik, Informatik oder Englisch lernen“, sagt er. Nur so könne vermieden werden, dass die Jugendlichen in Bandenstrukturen landen. Und noch was: „Ich kämpfe auch für die Leute, die auf der Straße leben. Denn wir alle vergessen sie in der Regel. Sie verdienen eine bessere Behandlung. Wir müssen sie aus dieser Misere rausholen“, fügt Duván hinzu. ■

GABRIEL ENGELBART

## Alejandro - Blockadepunkt Puerto Resistencia

Alejandro hat sich mit einem Tuch komplett verummmt, auf dem Kopf trägt er einen Bauhelm. Nur seine braunen, glänzenden Augen sind zu erkennen. Wegen der Polizeirepression wollen die Aktivist\*innen der ersten Reihe anonym bleiben. Sie sind die Militanten, die sich der Polizei entgegenstellen und auch riskieren, getötet zu werden. Alejandro sitzt auf einer orangenen Bauabsperzung und ist sichtlich entspannt. Im Moment ist es ruhig an der Blockade Puerto Resistencia (dt.: Hafen des Widerstands). Das ändert sich allerdings bei Dunkelheit, wenn viele Protestierende aus Angst nach Hause gehen. Dann bleibt der harte Kern der ersten Reihe und verteidigt die riesige Straßenkreuzung. Trotz der Gefahren und der vielen Toten harrt er weiter in der ersten Reihe aus, erklärt Alejandro, weil er die Ungerechtigkeit im Land satt habe. „Ich habe mich verummmt, weil ich auf Seiten des Volkes gegen die Pläne der korrupten Regierung kämpfe, das Land weiter in Armut zu stürzen. Ich werde weder die Steuerreform noch die weitere Privatisierung der Gesundheitsversorgung zulassen.“ Alejandro ist selbstständiger Kfz-Mechaniker. Als Schüler wollte er noch Polizist werden.

„Das Militär wurde eigentlich dazu geschaffen, die Landesgrenzen zu schützen. Stattdessen schießen sie jetzt auf uns, genauso wie die Polizei. Aber wir kämpfen weiter, meine Herrschaften“, kündigt Alejandro an. „Wir sind in der ersten Reihe, weil wir der Polizei direkt gegenüber treten, eins gegen eins.“ Die einzigen Mittel der Verteidigung seien Schutzschilde und Steine. Viele Jugendliche hätten gemerkt, dass Widerstand trotzdem möglich ist und sich deshalb der ersten Reihe angeschlossen. Gleichwohl sei ein Sicherheitscheck wichtig, weil die Polizei Zivilpolizist\*innen und Spitzel schicke.

„Die Stadtverwaltung und die Oberschicht wirft uns vor, dass wir Vandalen seien und Geschäfte plündern. Aber schau dich um, hier wurde von den Verummmten kein einziges Geschäft geplündert – weil wir es schlichtweg verbieten.“ Aus diesem Grund genießt die erste Reihe in der Gegend einen guten Ruf. Menschen aus den umliegenden Vierteln versorgen sie mit Wasser, Kaffee, Brot und bringen Essen vorbei. Neben Alejandro steht eine Frau, die ihm eine Styroporschale reicht. „Heb sie mir auf, damit ich später in der Nacht zu essen habe“, bittet er sie freundlich. Die selbstgebauten Schutzschilde bestehen aus aufgeschnittenen Blechtonnen und Satellitenschüsseln. „Sie wurden von einem Geschäft in der Nähe gespendet“, so Alejandro.

Ob er manchmal Angst um sein Leben habe? „Angst ist immer präsent, denn sie ermorden uns auf feige Weise. Die Regierung fürchtet uns, weil sie weiß, dass wir in der Überzahl sind. Deshalb will sie einen nach dem anderen umbringen. Ich vertraue auf Gott. Wenn wir heute sterben, werden morgen umso mehr folgen.“ ■

GABRIEL ENGELBART





Foto: GLENN

# Zehn Jahre junger Protest in Kolumbien

Die aktuelle Bewegung hat eine lange Vorgeschichte

Seit der Jahrtausendwende gab es trotz mancher Rückschläge in vielen Ländern Lateinamerikas soziale Fortschritte und politische Reformen, die auf größere Partizipation und Rechtsstaatlichkeit zielten. Teilweise wurden sie durch soziale Bewegungen erkämpft, teilweise durch Mitte-Links-Regierungen auf den Weg gebracht. Kolumbien galt lange als ein Land, das davon unberührt blieb, setzten sich bei Wahlen doch regelmäßig konservative oder ultrarechte Kandidaten durch. Deswegen überraschte viele die Heftigkeit und der lange Atem der Proteste seit Ende April. Schaut man sich jedoch die jüngere Geschichte Kolumbiens genauer an, stellt man fest, dass es in den letzten Jahren immer wieder größere Mobilisierungen gab, bei denen junge Leute oft den Ton angaben. Zahlen des jesuitischen Forschungsinstituts CINEP für die letzte Dekade zeigen einen Anstieg der sozialen Kämpfe um etwa 45 Prozent. In diesem Licht sind die Proteste der letzten Monate keine Überraschung.

VON CAROLINA HORMAZA UND MARKUS CIESIELSKI

In den letzten zehn Jahren haben junge Menschen die kolumbianischen Regierungen immer wieder zum Handeln aufgefordert. Proteste richteten sich vor 2011 hauptsächlich gegen die Gewalt des bewaffneten Konfliktes mit der FARC-Guerilla. Die kolumbianische Bevölkerung hat die Demonstrationen gegen die Entführungen noch in Erinnerung. Vereinzelt protestierten auch Coca-Bauern, Angestellte in Erdölunternehmen und zivilgesellschaftliche Initiativen gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Die kreativ kostümierten Teilnehmenden der Umweltproteste wiesen bereits auf eine junge Beteiligung hin. Eigenständige Massenproteste von jungen Menschen erlebte Kolumbien jedoch erst, nachdem 2011 chilenische Studierende für Verbesserungen im Bildungssystem auf die Straße gegangen waren. Zu diesem Zeitpunkt versuchte die kolumbianische Regierung von Präsident Santos das Hochschulgesetz zu reformieren. Die ohnehin schon

Foto: Eine von vielen Indígena-Demos, hier am 26. Oktober 2008 in Cali

überdurchschnittlich häufig in privater Hand befindlichen Hochschulen sollten ihre Finanzierung durch unternehmerisches Gewinnstreben sicherstellen. In Ablehnung dieser Reform hatten kolumbianische Studierende im März 2011 die Mesa Amplia Nacional Estudiantil (MANE) gegründet. An den Massendemonstrationen beteiligten sich bis zu 120 000 Menschen in unterschiedlichen Regionen Kolumbiens. „In der zweiten Jahreshälfte 2011 waren die Leute überzeugt davon, dass mit dieser Reform Bildung zur Ware wird. Viele Studierende haben sich angeschlossen und der Protest hat sich transformiert: Aus direkten Auseinandersetzungen mit der Polizei wurde eine unglaubliche Explosion der Kreativität. Die Leute machten Theater, Choreografien und viel Kunst.“ (Sebastián Reyes, MANE-Aktivist) Mit so starkem Gegenwind hatte die Regierung Santos nicht gerechnet und nahm die Gesetzesreform im November 2011 zurück.

2013 sah sich dieselbe Regierung mit einem Agrarstreik konfrontiert. In Ablehnung von Freihandelsabkommen und der Zertifizierung von Saatgut entwickelte sich ein Protest, an dem über 200 000 Menschen teilnahmen. In verschiedenen Landesteilen organisierten Bauern und soziale Bewegungen Blockaden, Kundgebungen, Märsche und andere Formen des Protests: „Beim Agrarstreik 2013 musste sich die Regierung erstmals wieder mit einem völlig lahmgelegten Land befassen. Alle waren der Ansicht, dass in Kolumbien etwas ganz und gar nicht stimmt. Gesagt wurde: Die Städte brauchen das Land und werden ohne Landwirtschaft nicht überleben.“ (Menschenrechtsverteidigerin aus dem Departement Meta) Auch junge Menschen unterstützten diese Proteste. Ihre Unterstützung galt nicht nur den Demonstrationen in Bogotá, Medellín und Cali, sondern auch etlichen Provinzhauptstädten. Auch die Beteiligung junger Menschen mit ruralem Hintergrund wurde bei den Blockaden vieler Straßen im Land offensichtlich. Ebenso stießen sie an fast allen Protestorten auf Polizeigewalt. Zwischen August und September 2013 kamen acht Menschen im Zusammenhang mit den Protesten ums Leben, vier Personen wurden vermisst: „Die Antwort der Regierung auf den Streik war einerseits Repression und andererseits Negation der sozialen Bewegung als Akteur, der unabhängig von der Guerilla ist. Stets wurde die soziale Bewegung negiert. Präsident Santos sagte sogar: ‚Es gibt keinen Agrarstreik.‘“ (Sebastián Reyes) Auch in den Jahren 2013 bis 2016 kam es immer wieder zu sozialen Kämpfen, die Proteste rund um Bergbauprojekte einschlossen. Besonders präsent waren dabei junge Menschen aber erst wieder im Oktober 2016. Eine hauchdünne Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung hatte den Friedensvertrag mit der FARC abgelehnt. Jedoch wandelte sich die Schockstarre der Befürworter\*innen in aktive Unterstützung für eine friedliche Lösung des bewaffneten Konflikts: „Die Leute gingen auf die Straße, um das Abkommen zu unterstützen. Sie sagten: Wir machen weiter. Da ist Paz a la Calle (Frieden auf der Straße) als Bewegung der Bogotaner Mittelschicht entstanden. Es war eine

sehr spontane Situation. Wir haben gesagt: Bringt Kerzen mit, wir lassen den Frieden nicht sterben. In diesem Moment war die Regierung auf unserer Seite. Es ging darum, den Frieden zu unterstützen.“ (Sebastián Reyes) Auch in den Regionen gingen junge Menschen für den Frieden und das Abkommen mit der FARC auf die Straße. Trotzdem lag die Aufmerksamkeit auf den Städten. In einem Protestcamp kampierten Unterstützer\*innen für etwa 50 Tage vor dem kolumbianischen Kongress auf der Plaza Bolívar. Zuletzt waren es 230 Personen. Trotzdem blieben Proteste, die sich mit der Regierung identifizierten, während Santos' zweiter Amtszeit die Ausnahme. Vielmehr erstarkte der Gegenwind gegen seine Administration besonders aus Richtung der westlichen Pazifikregion von der indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung.

**D**ie Übernahme der Präsidentschaft durch Iván Duque im Jahr 2018 bedeutete kein Abflauen der regierungskritischen Proteste. Das Jahr endete mit streikenden Studierenden. Dabei wurde zwar eine Erhöhung des Bildungsetats verhandelt. Zweifel gab es aber daran, ob die Regierung die Zugeständnisse einhält. Das Vertrauen in die Regierung sank immer weiter: „Mit der Regierung Duque begannen die Leute zu sehen, dass die Abkommen noch weniger eingehalten werden als vorher. Zum Beispiel gilt jetzt die vorher ausgehandelte Substitution illegaler Pflanzungen nicht mehr. Die Coca-Pflanzen werden wieder einfach vernichtet. So ist eine sehr gefährliche Lage entstanden. Es gibt Ex-Guerilleros, die sich ins zivile Leben integrieren wollen, und Bauern, die besonders bei der Substitution von illegalen Pflanzen hinters Licht geführt wurden. Schließlich sind da auch Ex-Guerilleros, die nun wieder zu den Waffen greifen. Anstelle von Lösungen bringt die Regierung nur Polizei und Armee.“ (Menschenrechtsverteidigerin aus Meta)

Ende 2019 riefen die Gewerkschaften zu Protesten gegen die Regierung auf. Dabei war nur schwer abzusehen, dass aus der Ankündigung ein umfassender Streik werden würde. Der Protest sollte die rechtsgerichtete Politik von Präsident Duque und den fehlenden sozialen Ausgleich kritisieren. Jedoch gingen zu diesem Zeitpunkt erneut Menschen in Chile auf die Straße. Der Aktivist Sebastián Reyes erinnert sich: „Kolumbien 2019 hat auch mit dem zu tun, was wir in Chile gesehen haben. Viele hier haben dann auch von der Verfassung geredet, ohne das genau zu verstehen. Aber es gibt ein Interesse daran, dass sich Kolumbien radikal ändert. Die Dinge können nicht bleiben, wie sie sind. Und in Chile spricht man jetzt über die Verfassung. Das ist wie ein kleiner Funke, der sich auf die ganze Region ausweitet.“

Duques Antwort auf die Proteste schien den Funken im Ansatz ersticken zu wollen. In Reaktion auf die ungeahnt großen Demonstrationen, in deren Kontext es auch zu Ausschreitungen kam, dekretierte der Präsident eine Ausgangssperre. Er ging damit einen repressiven Schritt, den das Land seit 1977 nicht mehr erlebt hatte. Trauriger



FOTO: MARCHA PATRIÓTICA EN EL VALLE, BLOG SPOT.COM/201309

Höhepunkt der Proteste war der Tod des Schülers Dilan Cruz. Ein Polizist der ESMAD-Einheit hatte ihn mit vermeintlich nicht-letal Munitio n am Kopf getroffen und somit getötet. Erschüttert von der Polizeigewalt entwickelte sich über drei Wochen hinweg eine große Bewegung. Teilweise fand der Protest bei den Cacerolazos (Schlagen auf Töpfe – die-Red.) von den Wohnungsfenstern aus statt. Dies dürfte auch mit der gewalttätigen Antwort der Polizei gegen die jungen Demonstrierenden auf den Straßen zusammenhängen. Die Protestforscherin Sandra Borda meint, die Gewalt wendete sich grundsätzlich gegen den Auftritt Protestierender im öffentlichen Raum. Aber auch unabhängig von ihrer Teilnahme an Protesten mussten junge Menschen mit Gewalt durch die kolumbianische Polizei rechnen. Trotzdem traten sie bei diesem Streik neu in Erscheinung. Eine Gruppe von ihnen versuchte die Angst vor den Polizeitaktiken zur Aufstandsbekämpfung zu zerstreuen. Mit selbstgemalten blauen Schilden folgten sie dem Beispiel Chiles und Hongkongs und bildeten eine erste Protestlinie. Als Vorläufer der *primera línea* von 2021 zogen sie das Tränengas und die Geschosse auf sich und wollten möglich machen, dass hinter ihnen der Protestmarsch vorankommt.

Dem Streik 2021 ging ein angespanntes Jahr 2020 voraus. Mit Beginn der Pandemie haben sich die Probleme sozialer Ungleichheit in Kolumbien verschärft. Nach fünf Monaten strenger Quarantäne und zugespitzter allgemeiner Unzufriedenheit kam es im September 2020 zu gewaltigen Unruhen. Auslöser war die Tötung des Anwalts Javier Ordóñez durch Polizisten. Noch unter dem Eindruck der Proteste gegen die Ermordung von George Floyd in den USA erlebte auch Kolumbien Demonstrationen und Ausschreitungen. Berichtet wird von 13 Toten. Gerade war die Empörung über diese Gewaltwelle abgeklungen, da begannen im April 2021 neue Streiks. Bereits am ersten Protesttag, der sich noch gegen die zu Beginn des Jahres angekündigte Steuerreform wandte, wa-

ren drei Tote zu beklagen. Ein breiter Rechercheverband, dem auch die Universidad de los Andes angehört, berichtete über die systematischen Verletzungen von Menschenrechten bis Ende Juni. Die zumeist jungen Protestierenden waren als „innerer Feind“ mit der Gewalt des Staates konfrontiert. Sie waren der Anwendung von Schusswaffen und der Missachtung der Benutzungsvorschriften von nichtletalen Waffen ausgesetzt. Junge Menschen wurden bei den Protesten verschleppt und Opfer sexualisierter Gewalt. Die Menschenrechtsorganisation Indepaz benennt mindestens 25 Todesfälle von jungen Menschen unter 30 Jahren, bei denen die vermutlichen Täter Polizeieinheiten angehören.

Wenn Präsident Duque nun sagt: „Der größte Feind der friedlichen Proteste ist die kriminelle Gewalt“<sup>1</sup>, dann offenbart sich nicht nur die Sprachlosigkeit der Regierung. Ebenso verschleiert das auch die widersprüchliche Bilanz der Gewalt. Obwohl die jungen Generationen seit Jahrzehnten die Sozialkrise der kolumbianischen Gesellschaft abfedern, werden sie auf den Straßen zur Zielscheibe staatlicher Gewalt. Junge Kolumbianer\*innen stopfen Tag für Tag die großen Löcher im Netz der sozialen Sicherung und verhindern den gesellschaftlichen Kollaps. Was würde passieren, wenn sie ihre geringen Einkommen und ihre unbezahlte Arbeit nicht weiter in den Familien solidarisch zur Verfügung stellen? Vielleicht befürchtet Duques Regierung daher verschärfte Verarmung und Destabilisierung. Sicher ist, dass die Stabilität der kolumbianischen Gesellschaft am seidenen Faden der familiären Unterstützung hängt und somit sprichwörtlich auf Kosten der jungen Generationen geht. Das bedeutet aber auch, dass junge Menschen in Kolumbien keinesfalls mit leeren Händen dastehen, wenn es um ihre Zukunft geht. Trotz der politischen Herausforderungen und der traditionellen Familienorientierung sollten sie diesen berechtigten Vorteil strategisch in der Öffentlichkeit nutzen. ■

# Vom Land in die Städte

Die soziale Mobilisierung in Kolumbien und ihre Protagonist\*innen

Am 28. April 2021 begann in Kolumbien eine Streikbewegung, die eine ungewöhnliche Dynamik entfaltete. Auch die Reaktion des Staates in den Straßen zeigte ein bisher nicht bekanntes Ausmaß an Gewalt, sogar für eine Gesellschaft,



die einen 60 Jahre andauernden bewaffneten Konflikt erlebt hat. Doch woher kommt dieser Mobilisierungs- und Politisierungsschub, der vor allem Jugendliche aus den Armenvierteln auf die Straße getrieben hat? Der nachfolgende Beitrag sucht Antworten.

**D**er Generalstreik hat Menschen aus objektiven sowie subjektiven Gründen mobilisiert, mit Argumenten für notwendige Veränderungen, aber auch mit jener Leidenschaft, die aus der Wut entsteht. Die Politisierung der Emotionen zeigt sich in einem neuen Repertoire an gemeinsamen Aktionen. Straßen werden blockiert und verwandeln sich in „Zentren des Widerstandes“ (*Puntos de resistencia*), hier entstehen Treffpunkte, hier werden Allianzen zwischen den unterschiedlichen Akteur\*innen geschmiedet. Während auf der einen Seite eine große Vielfalt an neuen Formen politischer Partizipation gelebt wird, setzt der Staat auf seine altbekannten autoritären Methoden. Er reagiert nach einer militaristischen Logik, behandelt die politische Mobilisierung als Sicherheitsproblem. Er reagiert also mit denselben Mitteln, die er während des bewaffneten Konfliktes angewendet hat, bleibt dabei aber wenig glaubwürdig. Neu ist, dass im Kontext der Corona-Pandemie die Bedrohung durch das Virus zur Rechtfertigung von Ausgangssperren benutzt wird.

Und obwohl bisher noch nicht im großen Stil, wird zudem der urbane Paramilitarismus gefördert, dabei schließen sich Polizeikräfte und wirtschaftliche Eliten zusammen, wie in Cali geschehen. Das erinnert an die schlimmsten Epochen des bewaffneten Konflikts.

Diese jüngsten Mobilisierungen sind zum Teil eine Folge der ungleichen Urbanisierung, die in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts begann und sich bis heute fortsetzt. Große Bevölkerungsgruppen strömen in die Städte, einige davon wurden durch den bewaffneten Konflikt, der überwiegend auf dem Land ausgetragen wurde, aus ihren Gemeinden vertrieben. Obwohl es den Neankömmlingen nicht ganz ge-

VON AXEL ROJAS

lang, sich in das soziale und wirtschaftliche Leben in der Stadt zu integrieren, findet in den aktuellen Mobilisierungen ihre aktive Integration in das politische Leben der urbanen Zentren statt.

Neu bei den Mobilisierungen von 2021 ist die große Beteiligung junger Menschen, vor allem Jugendlicher aus den ärmeren Stadtteilen. Darunter sind auch Student\*innen, die nicht aus diesen Stadtvierteln kommen, die aber unter sehr prekären Bedingungen leben, weil sie keine Arbeit finden. Andere Jugendliche kommen aus eher schwierigen Verhältnissen, sind Bandenmitglieder oder beteiligen sich an anderen, nicht immer legalen Aktivitäten.

In den Streikkomitees von 2018 und 2019 hatten sich verschiedene organisierte Gruppen zusammengeschlossen, Studierende, Gewerkschaften, einige bäuerliche Organisationen oder Produktionsgenossenschaften. Bei dem Generalstreik 2021 hat sich die soziale Basis der Mobilisierungen verändert. Es sind nicht mehr nur die Organisierten, die sich in dem Komitee zusammengeschlossen haben, die Basis ist viel diverser, heterogener und breiter geworden.

Wenn es eine politische Mobilisierung gibt, die nicht über formelle Kanäle läuft, kann das dazu führen, dass die Politik horizontaler wird, weniger delegierend und hierarchisch. Sie wird aber nicht nur demokratischer, sondern auch wesentlich komplexer. Das hat teilweise zu einer Kultur der Versammlungen und Plena geführt, bei der das pyramidale, von oben nach unten verlaufende Vertretungsschema umgekehrt wird und von unten nach oben geht. Es wird versucht, einen Konsens an der Basis zu finden und so Vereinbarungen zu treffen, die dann mit dem Staat verhandelt werden können. Aber die politische Kultur der Stadt, des Landes und insbesondere dieser Region ist nicht basisorientiert, es ist ei-

Axel Rojas ist Professor für Anthropologie an der Universität des Cauca. Der Beitrag ist die stark gekürzte und bearbeitete Fassung eines Artikels, der Ende 2021 im von Kristina Dietz, Stefan Peters und Christina Schnepel herausgegebenen Sammelband „Corona in Lateinamerika“ erscheinen wird. • Übersetzung: Laura Held

ne politische Kultur des Delegierens, die auf der Macht der Parteien, der Gewerkschaftsorganisationen und der repressiven Gewaltanwendung basiert, was nicht das ist, was im Moment in den popularen Vierteln und in den Zentren des Widerstandes gelebt wird.

**I**n Kolumbien hat sich seit Langem eine extreme Rechte etabliert, für die der Konflikt ein militärisches Problem ist, eine Frage der Sicherheit und der harten Hand. Das hat zu einer Radikalisierung geführt, nicht nur aufseiten der Rechten, sondern auch aufseiten der Protestierenden. Das kann zu einer Verschärfung des Konflikts führen, und zwar nicht nur von der Seite der Eliten, die zunehmend auf Gewaltanwendung setzen, sondern es kann auch zu einer Radikalisierung von denjenigen kommen, die auf die Straße gegangen sind, sich aber von keiner existierenden politischen Kraft angesprochen fühlen.

In diesen neu geschaffenen Räumen sind die jungen Menschen Protagonist\*innen, sie bestimmen bei kollektiven Aktionen die Formen sowie den Umgang mit der Zeit und treiben eine gewisse Radikalisierung der Proteste voran. Aber sie sind nicht die einzigen Akteur\*innen; es gibt auch andere, etwa gewerkschaftlich organisierte, Menschen aus anderen Altersgruppen, die eine feste Arbeit haben oder eine andere Lebensgeschichte. Das führt dazu, dass die Erarbeitung gemeinsamer Forderungen, von Programmen oder Verhandlungspunkten für einen Dialog mit den lokalen oder nationalen Regierungen sehr schwierig wird.

Durch die aufstrebenden politischen Kräfte entsteht etwas Neues, das zukunftsweisend werden kann. Da es keine Vertretung im formalen Sinne gibt, wird es in vielen Fällen notwendig sein, neue Formen der gesellschaftlichen Beteiligung zu schaffen, neu zu regeln, wer das Recht hat, für die anderen zu sprechen, neue Entscheidungsmechanismen und Versammlungsräume zu finden. Diese neuen Beteiligungsformen sind vielleicht nur vorübergehend. Es ist möglich, dass die politischen Akteur\*innen auf den Straßen nicht an einer Politik teilnehmen wollen,

die durch Institutionen läuft, denen sie nicht vertrauen. Vielleicht schließen sie sich aber auch bestehenden Organisationen an und erneuern diese, oder aber sie werden institutionalisiert, wobei sie die Vitalität verlieren würden, die sie ausmacht.

Lange Zeit haben wir geglaubt, dass der Krieg und die politischen Mobilisierungen vor allem auf dem Land stattfinden, auch wenn die Avantgarde in den Städten saß. Was passiert, wenn wir anfangen, darüber nachzudenken, dass sich diese

Logik umdreht? Seitdem die Verfassung von 1991 in Kraft ist, haben sich einige indigene Organisationen sehr stark positioniert, ebenso einige afrokolumbianische und Campesina-Gemeinschaften, zum Beispiel im Südwesten des Landes. Sie haben sich nach und nach Artikulationsräume in den popularen Sektoren geschaffen, wie in dem *Congreso de los Pueblos* und später der *Minga* (Der Begriff kommt aus dem Quechua und bedeutet kollektive Arbeit. In Kolumbien steht er für kollektive politische Aktionen wie Straßenblockaden oder Demonstrationen, mit denen indigene und kleinbäuerliche Bewegungen ihre Rechte einfordern – die Red.).

Die Teilnahme der *Minga Indígena* am Generalstreik, in vielen Fällen ohne eigene Forderungen, sondern als ein begleitender Faktor der Mobilisierungsprozesse, wirft interessante Fragen über die Zukunft der Proteste und Aktionen auf. Den indigenen Führungsanspruch bei den popularen Organisationen, der in den letzten Jahren bei den Mobilisierungen immer sichtbarer wurde, gilt es zu untersuchen. Vielleicht ist das einer der Schlüssel, der uns hilft, zu verstehen, wie sich die jungen Menschen und die anderen Gruppen, die sich an dem Generalstreik beteiligen, politisiert haben. Es ist gut möglich, dass 30 Jahre nach der Verfassung von 1991 und 50 Jahre nach der Artikulation der indigenen Forderungen<sup>1</sup> und ihren Mobilisierungen, die sehr oft bis in die Städte gezogen sind und sich mit anderen Gruppen, Studierenden und popularen städtischen Sektoren verbündet haben, bei dem aktuellen Politisierungsprozess eine wichtige Rolle gespielt haben. Es geht um eine neue Kultur,



Demonstration von Afrokolumbianer\*innen in Cali am 19. Mai 2021

FOTOS: GABRIEL ENGELBART

zu der Begriffe wie Vorfahren, Tradition, Identitäten und Buen Vivir, das gute Leben, gehören. Vielleicht erleben wir gerade einen Politisierungsprozess, der aus der ethnischen Heterogenität und den Erfahrungen des Lebens auf dem Land entsteht und nicht aus sozialen oder Klassengegensätzen und der städtischen Avantgarde. Aber darüber werden wir weiter nachdenken müssen. Schließlich haben viele große Veränderungen ihren Ursprung auf dem Land, ganz egal, was uns die Theorien lehren. ■

1) Gemeint ist die Gründung des CRIC, des „Regionalen Indigenen Rats des Cauca“ im Jahr 1971. Die Organisation und ihr Kampf für den Schutz ihrer Gemeinden und Gebiete sowie ihrer Lebensweise basiert auf vier Säulen: Leben, Territorium, Frieden und Demokratie – die Red.



FOTOS: GABRIEL ENGELBART

## Wer die Proteste unterstützt, wird zur Zielscheibe

Interview mit Clemencia Correa über die internationale Misión S.O.S. Colombia

Vom 3. bis 12. Juli 2021 bereiste die 41-köpfige internationale Misión S.O.S. Colombia elf Landesregionen, um Zeugenberichte aufzunehmen und sich einen direkten Einblick in die Lage in Kolumbien zu verschaffen. Die Delegationsmitglieder kamen aus Nord-, Mittel- und Südamerika sowie mehreren europäischen Staaten. Gerold Schmidt sprach Mitte August mit Clemencia Correa, Delegationsteilnehmerin und Direktorin der mexikanischen Nichtregierungsorganisation Aluna, über die Erfahrungen vor Ort. Correa selbst musste vor knapp 20 Jahren aus Kolumbien ins mexikanische Exil fliehen.

**Was war der konkrete Anlass für die Misión S.O.S. Colombia im Juli? Proteste und Repression gegen diese Proteste gab es bereits seit Ende April.**

Die Lage in Kolumbien kam immer mehr ans Limit. Einige kolumbianische Organisationen wandten sich an ihre Kontakte im Ausland mit der Bitte, eine internationale Beobachter\*innenmission zusammenzustellen. Sie baten um eine interdisziplinäre Zusammensetzung. Neben Menschenrechtler\*innen, Jurist\*innen, Journalist\*innen, Kirchenvertreter\*innen nahmen auch Soziolog\*innen und Anthropolog\*innen teil. Diese Vielfalt unterschied die Mission von vorherigen Besuchen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) sowie Delegationen aus Argentinien und Katalonien. Unsere Delegation mit Teilnehmer\*innen aus insgesamt zwölf Ländern sollte kom-

plementär zu diesen sein. Die Aufteilung auf elf verschiedene Regionen und Städte erlaubte uns, bestimmte Muster festzustellen und einen Überblick über die Situation landesweit zu bekommen, auch wenn wir nicht alle Regionen abdecken konnten. Wir waren unter anderem in Nariño, in Pasto, in verschiedenen Cauca-Regionen, in Popayán, ich selbst verbracht viel Zeit in Cali. Wir waren in Santa Marta, Barranquilla, Pereira, Manizales. Auch im Norden, in Santander, in Barranca, Bucaramanga, in Bogotá. Häufig kamen Personen, die von der Delegation hörten, aus den umliegenden Zonen, damit wir ihre Berichte aufnehmen konnten. Wir schafften das nicht in jedem Fall, so viele waren es.

**Du sagtest, die Situation in Kolumbien käme immer mehr ans Limit. Wie drückt sich das konkret aus?**

Der Hintergrund der derzeitigen Situation sind die 2016 unterschriebenen Friedensabkommen. Sie wurden nicht umgesetzt. Wir sprechen zudem von zahlreichen seitdem ermordeten sozialen Führungspersonlichkeiten und früheren Guerillakämpfer\*innen in verschiedenen Landesteilen und vielen gewalttätigen Aktionen der Regierung. Allein in diesem Jahr hat es mindestens 56 Massaker in Kolumbien gegeben.

**Kannst du kurz erklären, wie ein Massaker definiert wird?**

Ein Massaker liegt vor, wenn mehr als vier Personen zur selben Zeit am selben Ort ermordet werden. Einige Organisationen

argumentieren, ein Massaker liegt ebenso vor, wenn die Morde in einer bestimmten Zone stattfinden, mehr oder weniger simultan geschehen, von denselben Täter\*innen begangen werden. Wir erleben derzeit vor allem die Morde an Jugendlichen in Kolumbien.

**Die Morde sind die extremste Form der Repression. Welche verschiedenen Formen der Repression hat die Delegation vorgefunden?**

Allgemein möchte ich die exzessive, unverhältnismäßige und auch zynische Gewaltanwendung erwähnen. Das Verprügeln der Jugendlichen, und zwar nicht nur der jugendlichen Demonstrant\*innen. Die Festnahmen von Personen, die Fotos machen. Die Mischung aus selektiver und willkürlicher Repression. Ich spreche da von einer Terrorstrategie. Die bewaffneten öffentlichen Kräfte sind nur ein Bestandteil davon. Ein anderer Teil besteht aus psychologischem Terror sowie dem Gebaren der Massenmedien.

Einige konkrete Beispiele: Ein Jugendlicher wird vom ESMAD, dem Sonderkommando für die Aufruhrbekämpfung, gepackt. Sie nehmen ihn mit sich, drücken ihm die Luft ab, schlagen ihn. Wenn er schon eine Wunde hat, schlagen sie absichtlich darauf, bis sie vollständig aufplatzt. Es geht nicht darum, ihn einfach zu verhaften, sondern ihm tiefgehenden Schaden zuzufügen.

Waffen werden mit nicht erlaubten Munitionen eingesetzt, um möglichst brutal zu wirken. So schießt das angeblich nicht tödliche Venom-Dispositiv spezielle Gummigeschosse ab. Wenn es direkt auf die Menge gerichtet oder mit anderer Munition versehen wird, sind die Folgen dennoch oft tödlich. Ich selbst habe eine Zeugenaussage über mit Nägeln versetzte Geschosse gehört. Nägel infizieren und entzünden deinen Körper. Das ist nicht nur eine physische, sondern auch eine psychologische Botschaft. Oder es wird eine Art Mirmelgeschosse verwendet. Sie haben einen anderen Effekt, zerstören innere Organe. Wir haben auch Aussagen gehört, dass Geschosse teilweise mit Fäkalien versetzt waren. Oder es wird direkt auf die Augen abgefeuert. Das geschieht nicht zufällig, es wird auf die Sehkraft, auf die konkrete Verletzung abgezielt. Wieder ist die Botschaft klar. Das zeigt sich, wenn 20 Jugendliche zusammen sind und allen ein Auge fehlt. Es geht um eine kollektive Verletzung.

Dann sind da die Hubschrauber, die die Demonstrant\*innen während und nach den Demonstrationen mit Infrarotstrahlen markieren und sie zur Zielscheibe für Scharfschützen machen. Hier geht es um direkte Tötung.

Ein weiteres Element: Nach den Protesten dringen die Sicherheitskräfte gewaltsam in Gebäude und Wohnungen ein und decken sie mit Tränengas ein.

Als Unterdrückungsstrategie möchte ich auch den Hassdiskurs erwähnen. Ein Narrativ, das unter anderem Massenmedien wie Caracol Radio, der Fernsehsender RCN, die Mediengruppe Semana schaffen. Es sind große Unternehmen, die mit ihrem

Diskurs nicht nur polarisieren, sondern Repression und Tote legitimieren. Dieser Diskurs zielt darauf ab, die Vernichtung der anderen, einer ganzen jungen Generation zu rechtfertigen. „Vandalen“, „Terroristen“, „Rote“. Eine Generation wird als Vandalen bezeichnet, weil sie um das Recht zu essen bitet. Das gilt schon fast als Terrorismus in diesem extremen Diskurs. Genauso wie die Bitte um Würde.

Wer unterstützt, wird selber zur Zielscheibe. Die methodistische Kirche in Cali hat zu den solidarischen Kirchen gehört. Sie hat den Jugendlichen Essen gegeben, ihre Zeugnisse gehört. Jetzt ist ihr Pastor bedroht. Ohne die Solidarität der Mütter, ohne andere Personen aus den Stadtvierteln, die die Gemeinschaftsküchen organisierten, wäre der Protest gar nicht möglich gewesen. Viele der Mütter mussten sich deswegen verstecken. Uns liegen zwei Aussagen von sexueller Folter an ihnen vor.

Die Proteste hätten ebensowenig ohne die Gesundheitsbrigaden durchgehalten. Diese werden hauptsächlich von Universitätsstudent\*innen und Krankenpfleger\*innen und solidarischen Sanitäter\*innen gebildet, wir haben mit den Brigaden gesprochen. Die Mehrheit von ihnen wird bedroht. Wir haben zwei Aussagen, dass ihnen Material zerstört wurde, während sie die Leute behandelten. Es wurden Behelfslazarette eingerichtet, auch gegen diese gab es Drohungen. Dies vor dem Hintergrund, dass im Cauca-Tal und anderen Regionen die jungen verwundeten Leute in öffentlichen Krankenhäusern von der Polizei aufgespürt und verhört wurden.

Uns treibt die Sorge um die Menschenrechtsorganisationen um. Auch alternative Medien werden ständig bedroht, in Cali der lokale Fernsehsender Canal 2. Ohne ihre Arbeit gäbe es keine Vorstellung von dem, was vor sich geht. Die Mitarbeiter\*innen riskieren ihr Leben.

**Was kannst du über Folterpraktiken sagen?**

In Buga attackierte das ESMAD die Demonstrant\*innen, dahinter kam die Armee. Das ESMAD schoss, es gab Tote. Die Demonstrant\*innen versteckten sich teilweise in umliegenden Zuckerrohrfeldern. Doch die Armee umstellte sie, kesselte sie bis zu zwei Tagen ein. Es gibt Berichte, allerdings nicht uns direkt gegenüber, dass junge Mädchen in den Feldern mehrfach vergewaltigt wurden. Die sexuelle Gewalt wird in ihren verschiedenen Formen als Terrorstrategie gegen die Frauen angewandt. Überall, wo wir waren, haben wir davon gehört. In Popayán wurde der Fall der jungen Frau Alison bekannt, die Fotos von einer Demonstration machte. Auf einem Video ist zu sehen, wie vier Polizisten sie ergreifen, ihr die Hose herunterziehen und sie zur Polizeistation schleppen. Es ist unklar, was sie genau mit ihr machten. Sie kommt schwer zugerichtet nach Hause und begeht Selbstmord. Dieser Vorfall hat große Aufmerksamkeit erregt. Viele Fälle sind bisher nicht angezeigt worden, über das Thema sexuelle Gewalt wird oft geschwiegen.



Zu der Repressionsstrategie gehören auch willkürliche Verhaftungen. Die Zeug\*innen, die wir hörten, erwähnten Haftzentren, die keine Gefängnisse sind. Einige sind Folterorte. Das Ausmaß können wir noch nicht richtig dimensionieren. In Kolumbien gibt es die Rechtsfigur der Vorbeugehaft, ein ironischer Name. Die Jugendlichen werden vorbeugend verhaftet und nach ihren vielstimmigen Aussagen auf verschiedene Art gefoltert.

### **Stimmt es, dass ein großer Teil der Oberschicht die Repression mitträgt?**

Wir haben den Fall der „feinen Leute“ im Cauca-Tal. Dort lebt eine gut gestellte elitäre Klasse, die sich für etwas Besseres hält. Als die in der Minga organisierten Indígenas nach Cali kamen, um die Proteste zu unterstützen, gingen einige Angehörige dieser Elite auf die Straße und schossen um sich. Sie sagten den „zerlumpten Indios“, sie sollten in ihre Dörfer zurückgehen. An helllichem Tag verletzten sie sieben Indigene einfach so, ohne dass die Polizei eingriff. Es gibt das Bild einer zivilen Person, die, von der Polizei geschützt, auf eine Demonstration schießt. Und die öffentliche Justiz stellt sich noch hinter diesen Diskurs von der „Selbstverteidigung“. Ein Ding ist, darüber zu lesen oder zu hören. Etwas anderes, direkt mit den Zeug\*innen zu sprechen. In dem Konflikt wird auch die Diskriminierung von Afro-Kolumbianer\*innen und Indígenas überdeutlich. Viele Indigene können sich nicht mehr mit ihren rot-grünen Halstüchern der Minga zeigen, ohne Todesdrohungen zu erhalten.

### **Die Repression scheint sich massiv gegen die jungen Leute zu richten, die der primera línea angehören. Zerstört der Staat damit nicht die neuen Generationen, seine Zukunft?**

Welche Zukunft? Wenn die Jugendlichen in der Gegenwart keine Lebensgrundlage haben, können wir nicht von einer Zukunft sprechen. Wir sprechen von Jugendlichen, die nicht der Oberschicht angehören, die keine ökonomischen Möglichkeiten haben, an die Universität zu kommen und ihren Beitrag zum Kapitalismus zu leisten. Die von der Elite und der Regierung gedachte Zukunft ist kapitalistisch und unternehmerisch. Für sie handelt es sich bei der neuen Generation um „unproduktive“ Jugendliche. Der Begriff der „sozialen Säuberung“ wird in Kolumbien wieder im Mund geführt. Der frühere Präsident Álvaro Uribe erklärte: „Wir müssen das Land gegen diese Vandalen militarisieren.“ Im März 2022 sind Wahlen, und die Eliten haben große Angst, die Macht zu verlieren. Diese Angst macht sie aggressiver als je zuvor.

### **Wie schaffen es die Demonstrant\*innen, so lange durchzuhalten?**

Das haben wir uns in der Delegation angesichts der Repression

immer wieder gefragt. Erstmals gehen in Kolumbien die Jugendlichen der unteren Volksschichten auf die Straße. Das ist ein Meilenstein. Diese jungen Leute gehen auf die Straße, weil sie nichts mehr zu verlieren haben. Ich habe das wortwörtlich gehört: „Ich habe nichts zu verlieren, wenn sie mich umbringen, bin ich schon tot.“ Oder: „Ich habe nichts zu essen, keine Gesundheitsversorgung, kann meine Familie nicht ernähren, also setze ich mein Leben auf's Spiel.“ So kommt es zum Phänomen der *primera línea*.

Sie setzt sich der bisher brutalsten Unterdrückung aus, die es in Kolumbien gegen Proteste gegeben hat.

### **Helfen Kunst und Musik, die Symbole, diesen Konflikt auszuhalten?**

Ich glaube, wir Kolumbianer\*innen sind sehr kreativ, diese Kreativität entsteht auch in Grenzsituationen. Die Kunst, die Feier, die Musik sind eine Widerstandsform in Kolumbien gewesen, beispielsweise der Rap, die Cumbia, der Vallenato. Auf vielen Fotos kannst du sehen, wie die Straßenwände be-



malte werden. In einem symbolischen Akt stürzte die Bevölkerung in verschiedenen Orten Denkmäler der Personen vom Sockel, die politische und ökonomische Macht einer Klasse bedeuteten. Am Heldenplatz in Bogotá schrieben die Jugendlichen auf das Denkmal von Bolívar die Namen der falsos positivos, der vom Militär als angebliche Guerrilleros ermordeten Menschen. In Cali, aber soweit ich weiß auch in Popayán oder in Pasto, gibt es kleine Polizeistationen in einigen Stadtvierteln, die sogenannten CAI. Während die Polizei in Cali gegen die Demonstrationen vorging, besetzten die Jugendlichen eines dieser Zentren, bemalten es wunderbar und machten eine Bibliothek daraus, sie nennen es ihren „Büchergarten“. Kinder und Jugendliche kamen, um zu malen und zu lesen, es entwickelte sich zu einem Kulturzentrum, das eine Lücke füll-

te. In Cali entstand im Mai und Juni das Denkmal für den Widerstand. Der Staat übermalt, säubert, was nicht mit seinem Projekt und seiner Ansicht von Leben übereinstimmt.

### **Wie kann sich etwas ändern?**

Die große Gefahr ist, dass die internationale Gemeinschaft nicht reagiert. Wir konnten mit einigen Botschaften sprechen und sehen beispielsweise mit großer Sorge, dass es keine einheitliche Antwort der Europäischen Union gibt. Mit der Logik der Nicht-Intervention weichen die Mitgliedsländer aus. Es herrscht Schweigen, ich weiß nicht, ob ich so weit gehen soll, es als Komplizenhaftes Schweigen zu bezeichnen. Die CIDH war da, doch die Regierung hat sie nicht beachtet. Es gibt Erklärungen der UNO, die Regierung schlägt sie ebenfalls in den Wind, genauso wie Äußerungen von Amnesty International. Es existiert kein wirklicher Druck auf die kolumbianische Regierung. ■

# Wir kämpfen, bis die Wahrheit ans Licht kommt

Daniel Stiven Sánchez – eines der vielen Opfer der Polizeigewalt in Cali



Daniel Stiven Sánchez

Es sind Aufnahmen wie aus einem Horrorstreifen. Gefilmt mit verwackeltem Handy. Ein Jugendlicher liegt mit in die Luft gestreckten steifen Gliedmaßen auf einem Gehweg. Er trägt hochgekremelte Jeans, Socken und weiße Sneaker. Sein Oberkörper ist von einem langärmeligen T-Shirt bedeckt. Schuhe von zahlreichen Personen sind zu erkennen, die um den toten Körper herumstehen. Eine Männerstimme ist zu hören: „29. Mai 2021, DollarCity in Siloé, einer der Jungen, die tot aufgefunden wurden“. Die Menschen haben im Laufe der Proteste in Cali gelernt, Horror szenarien wie diese zu dokumentieren und festzuhalten, wann und wo etwas passiert ist. Nicht selten sind diese Handyvideos später ein wichtiges Beweismittel, um der Wahrheit auf den Grund zu gehen. Am selben Tag kursiert ein weiteres Video von dem Toten. Finger zeigen auf blaue Flecken und Verletzungen am Körper. Handschuhe rücken die Perlenkette am Hals des Toten zurecht, um die Leiche zu identifizieren. Während des Streiks wurden zahlreiche Leichen durch Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken aufgrund ihrer Tattoos oder Schmuck von Familienangehörigen identifiziert. So auch in diesem Fall.

VON GABRIEL ENGELBART

**D**er Tote heißt Daniel Stiven Sánchez Quiceno, 16 Jahre alt, wohnhaft im Viertel El Cortijo in der Comuna 20 von Cali. Er ist einer von zehn verifizierten Toten am Blockadepunkt in Siloé, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Generalstreik gestorben sind. Wahrscheinlich sind es noch weit mehr, denn noch immer wird nach Verschwundenen gesucht. Oft werden sie noch Wochen nach der Aufhebung der Blockadepunkte tot aufgefunden. Die Comuna 20 liegt am Hang an den Ausläufern der Berge, die sich im Westen über der Stadt erheben. Die Häuser stapeln sich den steilen Hügel entlang, verbunden durch Treppen und Gassen. Die Viertel genießen keinen guten Ruf: Armut, Banden und Drogenkriminalität sind für die meisten Bewohner\*innen Alltag. Doch das soziale Netzwerk ist dicht und die Leute kennen sich, trotz aller Spannungen. 16 verschiedene Combos aus dem Viertel hatten sich auf unterschiedliche Straßensperren verteilt. „Zum ersten Mal stehe ich morgens auf und weiß, was ich zu tun habe. Noch nie wurde mir so oft auf die Schulter geklopft“, sagt Carlos. Er steht für eine junge Generation, die das Gefühl hat, für die Gesellschaft überflüssig zu sein. Für eine Zeit waren die unsichtbaren Grenzen im Viertel aufgehoben und die Auseinandersetzungen zwischen Banden an den Barrikaden ausgesetzt.



Foto: MEDIOS LIBRES CAU

Foto: Protest auf einer Gedenkveranstaltung von Familienangehörigen der Opfer am 30. Mai 2021 am Kreisverkehr in Siloé

Daniel Stiven Sánchez ist ein *Falso Positivo*. Als *Falsos Positivos* werden in Kolumbien unbeteiligte junge Menschen bezeichnet, die von Polizei und Militär ermordet wurden, um deren Leichen als erschossene Guerilleros oder Straftäter präsentieren zu können.

Im Viertel selbst wurden alle Polizeistationen abgefackelt, aus Rache. In einer Horrornacht am 3. Mai – wenige Tage nach Beginn des Generalstreiks –, als Bewohner\*innen Kerzen in Gedenken an zwei verstorbene Jugendliche angezündet hatten, wurde scharf geschossen. Die Energie- und Wasserversorgung im Viertel wurde abgestellt, Telefon- und Internetverbindung gekappt. Eine Strategie, die sich in anderen Vierteln wiederholte, um die Bevölkerung zu terrorisieren und Beweise zu vertuschen. In einem sozialen Netzwerk postete ein Polizist unter einem Foto in Siloé „Cali of Duty“ (nach dem Videospiel „Call of Duty“). Allein in dieser Nacht sind drei junge Menschen dieser Art von ‚Kriegsspiel‘ zum Opfer gefallen. Der nächtliche Terror staatlicher Sicherheitskräfte erreichte paradoxerweise, was die Ausgangssperren während der Pandemie nie so ganz durchsetzen konnten: den allabendlichen Einschluss der Caleños in ihren Häusern.

Doch die Proteste hielten in Cali wochenlang an und legten die komplette Stadt lahm. Zwischenzeitlich kam es zu Lebensmittelknappheit und Engpässen bei der Benzin- und Gasversorgung. Auch am 28. Mai gingen die Leute massenhaft auf die Straße, um einen Monat Generalstreik zu feiern. Eine der Großdemonstrationen begann am Kreisverkehr in Siloé, denn der Blockadepunkt galt symbolisch als eines der wichtigsten Widerstandsnester gegen die Polizeigewalt – trotz der zahlreichen Toten. Eine schwarzgekleidete Frau mit Schutzbrille und Basecap trägt ein selbstgemaltes Transparent: „Heute muss man sich nicht in weiß kleiden, denn mein Land ist in Trauer.“ Als hätte sie geahnt, was ein paar Stunden später passieren würde.

An der Militärkaserne leiten zahlreiche Menschenrechtsbeobachter\*innen und Aktivist\*innen der sogenannten Ersten Reihe den Protestzug auf die gegenüberliegende Straßenseite, um zu deeskalieren. Eine junge Frau posiert mit einem Plakat vor den Militärs am Haupteingang: „Nos siguen matando“ (Sie bringen uns weiter um). Die Menschenmasse schlängelt sich an den halbgeöffneten Barrikaden vorbei, die in fünfzig Meter Abstand hintereinander am Blockadepunkt Meléndez in der Nähe der öffentlichen Universität stehen. In den ausgebrannten Bushaltestellen befinden sich ein DJ-Pult, eine Bibliothek und ein Garten mit Kräutern. An hohen Bäumen hängen Künstler\*innen an langen Stoffbahnen. Auf der riesigen Straßenkreuzung spielen Bands, die Töpfe der Volksküche brodeln und eine Capoeira-Gruppe führt zu brasilianischer Musik ihre Akrobatikkünste vor. Das Ende des Protestzuges hat fast Volksfestcharakter. Vor einer umfunktionierten Tischdecke mit Luftballons am Maschendrahtzaun und der Zahl 30 lassen sich Protestierende zum Jubiläum des Generalstreiks fotografieren. An dem Tag ist zu spüren, dass die Blockaden auch die nächsten Wochen weitergehen werden.

Als Teile der Protestierenden dann nach Siloé zurückkehren wollen, drehen sie plötzlich panisch um und schreien: „Es wird scharf geschossen.“ Sie lügen nicht. Wieder einmal belegen Handyvideos das Unfassbare. Aus einer nahe-

gelegenen Polizeistation schießen Polizist\*innen mit scharfer Munition wahllos auf Menschen am Blockadepunkt des Kreisverkehrs. Scheinbar nutzten sie die Gunst der Stunde und die Abwesenheit der Ersten Reihe, die sich am Protestzug beteiligt hatte. Der Beschuss setzt sich bis in die Abendstunden fort, auch Gasgranaten werden immer wieder abgefeuert. Ein Räumpanzer steht nur einen Straßenzug vom Kreisverkehr in Siloé entfernt, zum Schutz der Aufstandsbekämpfungseinheit ESMAD nahe des Kaufhauses DollarCity. Das Kaufhaus wurde bereits mehrmals geplündert, viel war hier nicht mehr zu holen. Die mittlerweile zurückgekehrte Erste Reihe von Siloé verteidigte an diesem Abend den Blockadepunkt. Einige Zeugen sagen später aus, dass sich auf dem Dach des Kaufhauses vermummte Personen befanden, die nicht zu ihnen gehörten. Es kommt zu Straßenschlachten. Verletzte bleiben auf der Straße liegen. Die selbstorganisierten Gesundheitsbrigaden versuchen, sich den Opfern zu nähern und Erste Hilfe zu leisten. Doch der Beschuss zwingt sie zum Rückzug, wie Sanitäter\*innen später zu Protokoll geben. Sie hatten auch versucht, Daniel Stiven zu versorgen, der aufgrund von Verletzungen nicht mehr davonlaufen konnte. Sie bezeugen, dass der Verletzte von Polizist\*innen in den Räumpanzer gezerrt wurde. In derselben Nacht geht das Kaufhaus in Flammen auf und wird erst in den Morgenstunden von der Feuerwehr gelöscht. In ihrem Einsatzprotokoll tauchen weder Tote noch Verletzte auf. Zu keinem Zeitpunkt seien sie von der Polizei darüber informiert worden, dass Plünderungen stattgefunden hätten oder dass Menschen im Kaufhaus eingeschlossen gewesen seien. Nichtsdestotrotz barg die Feuerwehr am nächsten Tag, dem 29. Mai, Daniel Stiven. Der Bericht der Gerichtspolizei nach ersten ärztlichen Untersuchungen leugnet Schussverletzungen oder Spuren von Gewaltanwendung.

Er wird kurz darauf in die Gerichtsmedizin gebracht. Tagelang versucht seine Familie, Sohn und Bruder zu sehen und zu identifizieren, doch ohne Erfolg. Im Verlauf der Untersuchung des Körpers seien keine Besuche gestattet, heißt es. Laut offiziellen Stellen habe es sich bei Daniel Stiven um einen Vandalen gehandelt, der das Kaufhaus plündern wollte und es in Brand gesteckt habe. Die Familie bestreitet diese Version von Beginn an. Daniel Stiven sei von der Arbeit in einer Schweißwerkstatt auf dem Weg nach Hause gewesen und zufällig in die Auseinandersetzungen geraten. Er habe weder protestiert, noch sei er Teil der Ersten Reihe gewesen. Im Gegenteil, er habe Angst gehabt, an den Protesten teilzunehmen. Auf einer Gedenkveranstaltung zwei Tage nach dem Tod macht sie staatliche Sicherheitskräfte für den Tod des Jungen verantwortlich. Sie glaubt der Version der Zeug\*innen, dass er in den Räumpanzer gezerrt, gefoltert und getötet wurde. Erst danach habe man ihn ins Kaufhaus verschleppt. Diese Version versucht die Familie zu belegen und hat zahlreiche Beweise gesammelt.

Tatsächlich weist der Fall Ungereimtheiten auf. Laut Gerichtsmedizin sei Daniel Stiven an einer Rauchvergiftung erstickt.

Die Folterspuren auf den Fotos werden an keiner Stelle erwähnt. Außerdem verdächtig: Die Leiche hätte beim Ausmaß des Brandes vollkommen verkohlt sein und von der Feuerwehr aufgefunden werden müssen. Die Schwester Crisol kämpft mit ihrer Anwältin auch drei Monate nach dem Tod von Daniel Stiven um die chemischen Proben der Kleidung und weitere Details der gerichtsmedizinischen Untersuchungen. Sie werden zwischen Staatsanwalt und Gerichtsmedizin hin- und geschickt, vergebens. Beide berichten, dass der Körper beim Eintreffen im Bestattungsinstitut vollkommen entstellt gewesen sei. Die Gerichtsmediziner\*innen hätten ganze Körperfragmente entfernt, just an den Stellen, wo die Familie und Anwälte Beweise für Folterspuren vermuten. Das Gebiss war entfernt. Die Löcher im Körper seien notdürftig mit Plastiksäcken ausgestopft worden. Eine Demütigung und infame Verletzung der Trauer der Opfer, so die Anwältin. Auch die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft gehen schleppend bis gar nicht voran. Drei Monate nach dem Tod zuckt der verantwortliche Staatsanwalt nur mit den Schultern, bittet die Opfer um Fotos und Videos, die Nennung von Zeugen. „Wer leitet eigentlich die Untersuchung und muss Beweise für verschiedene Hypothesen vorlegen?“, fragt die Anwältin den Staatsanwalt. Die Beweisführung und öffentliche Anklage staatlicher Sicherheitskräfte ist in Kolumbien gefährlich. Magaly von der

Gesundheitsbrigade habe mittlerweile alle Videos und die Chat-Gruppe gelöscht. Staatlichen Stellen traue sie nicht, erst recht nicht der Staatsanwaltschaft. „Der Staat hat auf uns geschossen und uns umgebracht. Wo soll ich mich also nun hinwenden?“, fragt sie. Sie ist eingeschüchtert, nachdem sich ihr im Einkaufszentrum ein Mann genähert und ihrer Tochter mit dem Tod gedroht habe, wenn sie weiter die Erste Reihe und Erste Hilfe unterstütze. Ähnlich ergeht es der Familie von Daniel Stiven. Bereits vier Tage nach der öffentlichen Anklage in verschiedenen Medien erhielten sie Morddrohungen und mussten ihr Haus in El Cortijo verlassen. Crisol berichtet, sie seien bereits viermal umgezogen, die Mutter und die Schwestern verließen aus Angst das Haus nicht. Immer wieder seien bewaffnete Männer vor ihrem Haus aufgetaucht und hätten Fotos gemacht. Seitdem kämpft die Familie um ein Schutzprogramm für Opfer. Crisol bereut mittlerweile ihr öffentliches Auftreten nach dem Tod ihres Bruders. „Normalerweise bin ich eher zurückhaltend, doch aufgrund der Trauer, der Wut über die infamen Behauptungen der offiziellen Stellen und der Ohnmacht gegenüber dem Staat haben wir unvernünftig reagiert“, sagt sie. Sie wisse, dass die Täter in Kolumbien nicht zur Verantwortung gezogen werden würden, aber sie wolle zumindest wissen, was genau mit ihrem Bruder passiert sei. Das allein sei Grund genug, um weiter für die Wahrheit zu kämpfen. ■

## Bewaffnete Akteure ohne Legitimität

Die Erneuerung des paramilitärischen Projekts in Kolumbien



Im deutschen Sprachgebrauch bedeutet paramilitärisch „teilweise militarisiert“. So werden etwa bestimmte Polizeieinheiten wie die Sondereinsatzkommandos (SEK), die kaserniert und auf Kampfeinsätze spezialisiert sind, bezeichnet. In Kolumbien versteht man unter Paramilitärs dagegen bewaffnete Organisationen, die ursprünglich von Großgrundbesitzern und Militärs initiiert wurden, um in ländlichen Regionen außerhalb des gesetzlichen Rahmens Guerillagruppen, aber später auch bäuerliche und indigene Gemeinschaften, die sich gegen Landraub und Vertreibungen wehren, zu bekämpfen. In anderen lateinamerikanischen Ländern werden solche Gruppen Todesschwadronen oder *Pistoleros* genannt. Das Besondere an Kolumbien war, dass die Paramilitärs in gewissem Umfang begannen, unabhängig von ihren einstigen Initiatoren und Auftraggebern zu agieren und auch ökonomisch, etwa im Drogenhandel, aktiv zu werden. In einigen Regionen haben sie – gestützt auf ihre Waffen, die sie skrupellos gegen alle einsetzen, die sich ihnen nicht fügen – eine territoriale Kontrolle übernommen, wobei sie eine im Kern faschistische Ideologie vertreten. Eigentlich gab es verschiedene Abkommen und Übereinkünfte, die eine Demobilisierung der Paramilitärs vorsahen. Doch die wurden kaum umgesetzt. So blieben die Paramilitärs präsent, wuchsen sogar und agieren zunehmend auch in den Städten.

➔ S. 22

**D**as politisch-militärische Projekt des Paramilitarismus in Kolumbien entstand in den 1960er-Jahren. Sein erklärtes Ziel war der Aufbau antisubversiver Streitkräfte zur Bekämpfung der verschiedenen Guerillagruppen. Obwohl die Paramilitärs 2005 offiziell demobilisiert wurden, gehört das Phänomen keineswegs der Vergangenheit an. Ganz im Gegenteil, wegen der Defizite der Politik zu Frieden und Gerechtigkeit (nach den Friedensverträgen – die Red.) wurden viele paramilitärische Strukturen nicht demobilisiert und noch viel weniger wurden sie in neue Prozesse der Opferentschädigung überführt. Dieses Szenario ist Ausgangsbedingung für das, was heute zu beobachten ist: Es gibt einen neuen Paramilitarismus mit Resten der ehemaligen *Autodefensas Unidas de Colombia* (Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens, AUC – ehemals größte paramilitärische Gruppe – die Red.) mit dem politischen Zweck der sozialen und wirtschaftlichen Kontrolle. Aber es hat sich auch einiges geändert: Der neue Paramilitarismus wird immer städtischer.

Untersuchungen der vergangenen Jahre haben zur Diskussion um die Entstehung dieser Akteure und ihren Einfluss auf Politik und Gesellschaft beigetragen. Die Beziehungen zwischen den staatlichen Institutionen und den Bürger\*innen verändern sich. Bislang waren letztere gleichsam gezwungen, permanent einen nie endenden bewaffneten Konflikt zu ertragen, der sich mit der Zuspitzung politischer Auseinandersetzungen, wie derjenigen der letzten Monate, immer stärker entfacht. Um das aktuelle Phänomen zu verstehen, würde ich es in folgende vier Thesen packen:

1. Die Paramilitärs wurden trotz des Gesetzes über Gerechtigkeit und Frieden nie wirklich demobilisiert und reintegriert.
2. Der Paramilitarismus wird immer mehr zum städtischen Phänomen und ist nicht mehr ausschließlich ländlich.
3. Es gibt offenbar neue Allianzen zwischen dem Staat und paramilitärischen Gruppen, in dem Maße wie sie nicht mehr allein antisubversiv agieren und soziale Legitimität durch Überzeugung oder durch gewaltsamen Zwang erlangen.
4. Die Rolle von Kommunikationsmedien, Cyberspace und sozialen Netzwerken können bei Bildung und Erstarkung paramilitärischer Strukturen bei politischen und militärischen Zielen maßgeblich sein.

Zum ersten Punkt ist zu sagen, dass laut dem Bericht der Menschenrechtskommission CMDH von 2019 heute verschiedene Strukturen oder kriminelle Banden fortexistieren. Laut diesem Bericht nutzten mindestens fünf Einheiten der AUC 2004 nicht die Möglichkeit, die Waffen abzugeben, ihre Strukturen zu demobilisieren und sich zu reintegrieren. Vor diesem Hintergrund wuchsen relativ kleine Gruppen schnell zu militärisch starken und transnational (zum Beispiel in Venezuela – die Red.) agierenden Verbänden. Damit werden die Übergriffe auf Gemeinden und Territorien seitens bewaff-

netter Gruppen wie der *Clan del Golfo*, die *Autodefensas Gaitanistas de Colombia*, die *Caparragos*, die *Pachenca*, die *EPL-Los Pelusos*, die *Putilleros*, die *Contadores*, die *Pachelly*, die *Rastrojos* und andere immer gewalttätiger. Außerdem gehören diese Gruppen zum paramilitärischen Komplex, womit gemeint ist, dass der Paramilitarismus dem Drogenhandel zuarbeitet und gleichzeitig an staatliche Institutionen angebunden ist.

Zudem bilden sich paramilitärische Einheiten weiterhin in denjenigen Landesteilen und Territorien, wo die soziale Mobilisierung zur Verteidigung von Menschenrechten hoch ist und es zahlreiche politische und soziale Organisationen gibt, was zu neuen Risiken und Drohungen führt. Ebenfalls höchst problematisch ist die Allianz solcher paramilitärischen Strukturen mit den Sicherheitskräften, vor allem der nationalen Polizei und der Armee, die militärisch gegen noch bestehende Guerillagruppen vorgehen wollen und dabei Führungspersönlichkeiten und Gemeinden ins Visier nehmen, die gegen Zustände ankämpfen, welche der bewaffnete Konflikt geschaffen hat.

Ob man nun von „Kriminellen Banden“ oder von „Organisierten bewaffneten Gruppen“ spricht (Dekret 1069 von 2015 und 965 von 2020), dahinter stehen Absichten jenseits vom Militärischen oder dem Drogenhandel. So existieren Verbindungen mit politischen und wirtschaftlichen Kräften, denen es darum geht, Macht und Ordnung in ihrem Sinne zu etablieren. In Regionen wie der kolumbianischen Karibik, in Urabá oder dem Magdalena Medio sieht man diesen Typ politischer und militärischer Ordnungsmacht, die Räume der Zivilgesellschaft kooptiert und die Territorien der Gewalt in Form von Vertreibung, erzwungenem Verschwindenlassen, Mord und ständiger Bedrohung unterwirft.

Deren Präsenz hat die Umsetzung der Friedensverträge von 2016 erschwert und verlangsamt und die Gemeinden mit den narco-paramilitärischen Gruppen allein gelassen. Laut dem Nationalen Zentrum für das Historische Gedächtnis von 2016 gehen fast die Hälfte der zwischen 1975 und 2015 im Rahmen des bewaffneten Konfliktes verübten Morde mit insgesamt 21 000 Todesopfern auf das Konto der Paramilitärs, die meisten davon während des Demobilisierungsprozesses zwischen 2006 und 2015.

**D**erzeit bildet sich ein neuer Typ von Paramilitarismus heraus. Er ist städtischer geworden und ist eine Antwort auf die soziale Mobilisierung. Der am 28. April begonnene Nationale Streik ist zweifellos die größte politische Mobilisierung der jüngeren Geschichte Kolumbiens. Zahlreiche Zivilisten sind bei Beginn der Proteste mit Gewehren und Pistolen auf die Straße gegangen und haben in den meisten Fällen einfach draufgeschossen mit dem Ziel, diejenigen zu attackieren, die für gesellschaftliche Änderungen eintreten. Dieses Szenario sah man vor allem in Cali, wo einige Männer als Komplizen der Polizei auf die Minga Indígena schossen – eine Mobilisierung von

Indigenen aus dem Cauca. Diese wären, so die Rechtfertigung der Polizei, für die Blockade von Straßen in der Stadt und dem Departement verantwortlich. Die wahre Problematik aber besteht in der Art, wie die Behörden antworteten – indem sie nämlich Operationen gemeinsam mit bewaffneten Zivilisten durchführten. Der institutionelle Schutz für deren Übergriffe und Verbrechen, den das bedeutete, hat zu vielfacher Ablehnung innerhalb der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft geführt. Denn damit wird eine neue Praxis innerhalb des paramilitärischen Komplexes eingeführt, der es den Bewaffneten erlaubt, gemeinsam mit staatlichen Institutionen zu agieren, um diejenigen einzuschüchtern und anzugreifen, die als Feinde gelten (im ländlichen Raum in Kolumbien ist das seit langem politische Praxis – die Red.).

Eine Reihe von Führer\*innen des Nationalen Streiks wurden Opfer von Drohungen und Attentaten. Die in der Protestbewegung Aktiven sind überzeugt von der Komplizenschaft der Behörden bei diesen Verbrechen und deren Desinteresse, die Täter zu verfolgen. In gleicher Hinsicht sind auch Angriffe auf Widerstandstreffs und Orte sozialer Partizipation wie die Nationale Populäre Versammlung zu beobachten, was Tausende von Leuten, die daran teilnehmen, in Gefahr bringt. Eine vergleichbare Bedrohung geht auch aus von Meldungen, die über soziale Netzwerke verbreitet werden, oder einseitigen Darstellungen in Nachrichtensendungen.

Es kursieren verschiedene Hypothesen darüber, wer diese Leute sind, die wahllos angreifen, und ob sie möglicherweise mit paramilitärischen Strukturen in Verbindung stehen, die im Rahmen des Nationalen Streiks in den am meisten von Gewalt betroffenen Regionen auftauchten. Zudem existieren in den Städten, wo diese Vorfälle publik wurden, (insbesondere in Cali) auch bewaffnete Gruppen, die zu Drogenhandelsnetzen und dem organisierten Verbrechen gehören, welche in einschlägigen Zonen und auf Handelsrouten präsent sind. Darüber hinaus sind in Cali mittlerweile private „Sicherheitsgruppen“ entstanden, die über ein schier unüberblickbares Arsenal von Feuerwaffen kurzer und längerer Reichweite verfügen. Das hat dazu geführt, dass die Stadt zu denjenigen mit der höchsten Mordrate in ganz Lateinamerika gehört.

Aus diesem Grund weist Cali eine zentrale Problematik auf, die sich landesweit wiederholt, nämlich, dass die gewalttätigen Aktionen weitergehen und dass die lokalen und nationalen Behörden weder die Bewaffnung von Privatleuten, noch deren Finanzierung und noch viel weniger den Eindruck von Legitimität stoppen können (oder wollen), den deren Aktionen in den Augen von Teilen der Bevölkerung Kolumbiens bewirkt. Genau dagegen wehren sich die Aktiven im Nationalen Streik. Definitiv war der Streik in der Lage, massenhaft dazu aufzurufen, über soziale und strukturelle Veränderungen nachzudenken, immer



Foto: GABRIEL ENGELBART

mit dem Interesse, eine nicht militarisierte Gesellschaft zu errichten. Das bedeutet, eine Struktur anzuregen, die fähig ist, die soziale und politische Unterstützung für paramilitärisches Agieren im städtischen und ländlichen Raum schwinden zu lassen. Von Seiten der Forschung und sozialen Organisationen wird heftig über politische Vorschläge und Initiativen nachgedacht, die zum Aufbau von Frieden im Land beitragen können. In diesem Prozess muss der Paramilitarismus neu analysiert werden, sein Funktionieren in jeder Region, seine politischen und wirtschaftlichen Stützen, wie auch die soziale Legitimität, die er vermittelt. In dem Maße, wie das Waffentragen an Legitimität verliert und sich Möglichkeiten institutioneller Veränderung öffnen, wird es möglich sein, (wenn auch zaghafte und mit vielen Problemen) die Ziele der Friedensverträge von 2016 umzusetzen. ■



## Der Schlächter im Hintergrund

Interview mit dem kolumbianischen Journalisten und Filmemacher Daniel Mendoza

Daniel Mendoza ist der Urheber der in Kolumbien bekannten Serie „Matarife“ (Der Schlächter), in der die Taten des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe und anderer Personen aus der kolumbianischen Elite angeprangert werden. Er hat Jura studiert, ist Rechtsanwalt und Kriminologe. Nach der Veröffentlichung eines Romans wandte er sich dem Journalismus zu. In zahlreichen Artikeln für die großen Zeitungen des Landes deckte er die Verwicklung der kolumbianischen Elite mit dem Drogenhandel und den Paramilitärs auf. Da er selbst aus einer reichen Familie stammt und Mitglied im elitären Club El Nogal war, konnte er diese Verwicklungen von klein auf aus der Nähe beobachten. Nach seinem Rauschmiss aus diesem Club gründete er zusammen mit Gonzalo Guillén die Zeitschrift La Nueva Prensa. Die dort publizierten Artikel waren wiederum die Grundlage für die erste Staffel der Serie „Matarife“, die auf YouTube mehr als 20 Millionen Zugriffe erreichte und auf Messengerkanälen wie Whatsapp, Telegram und Signal noch deutlich mehr. Die Versuche von Álvaro Uribe und anderen, gerichtlich gegen die Serie vorzugehen, sind bislang gescheitert. Alle Behauptungen in der Serie konnten belegt werden. Seit gut einem Jahr wird sie in Europa produziert und dürfte damit vor weiteren rechtlichen Manövern des Ex-Präsidenten sicher sein. Daniel Mendoza lebt zurzeit im Exil in Frankreich und arbeitet an der dritten Staffel der Serie.

**D**ie großen Mobilisierungen im Rahmen des Streiks und der landesweiten Proteste der letzten Monate waren divers und dezentral. Es gab verschiedene Führungs- und Organisationsmodelle. Die Berichte der traditionellen und alternativen Medien im Land unterschieden sich erheblich. Wie kommt es, dass das, was auf den Straßen passiert, so unterschiedlich wahrgenommen wird?

Dazu muss man wissen, dass Kolumbien von einem organisierten Machtapparat bzw. einer kriminellen Vereinigung regiert wird. Die kolumbianische Regierung hat nicht etwa nur Verbindungen zum Drogenhandel und zum Paramilitarismus, sondern sie verkörpert beides vielmehr selbst. Das ist etwas anderes und schwer zu verstehen, weil es das noch nirgendwo gab. Die Welt sollte wissen, dass die kolumbianische Regierung erwiesenermaßen Kokain exportiert und dass dies eine mörderische und paramilitärische Regierung ist. In dieser Todesmaschinerie sind die Medien ein sehr wichtiges Rad im Getriebe. Im Gegensatz zu den unabhängigen Medien erfüllen die großen Medien in Kolumbien ihre Kontrollfunktion nicht. Sie sind stattdessen Erfüllungsgehilfen der Regierungsverlautbarungen und damit Teil der Todesmaschinerie. Auf der anderen Seite stehen die kleinen und kämpferischen Medien wie unsere La Nueva Prensa. Wir haben es gewagt, schwerwiegende Taten der Regierung öffentlich zu machen. Die unabhängigen Medien sind die einzigen, die die Funktion der Gegenmacht ausüben, ohne die es keine lebendige Demokratie gibt. Ohne Medien,

Foto oben: Die Dokumentarfilmserie *Matarife* von Daniel Mendoza beschäftigt sich mit den Macheden des früheren kolumbianischen Präsidenten Álvaro Uribe. Alle Folgen sind auf Spanisch und teilweise auch auf Englisch bei Youtube sowie über Whatsapp, Telegram und Signal verfügbar.

die in diesem Sinne Meinungsfreiheit ausüben und staatliche Missstände sowie Menschenrechtsverletzungen anprangern, kann es keine wirkliche Demokratie geben. Die kolumbianische „Demokratie“ ist ein Zombie, der sich bewegt und existiert, aber nicht lebt. Sie ist ein Zombie mit offenen Augen, der sogar sprechen kann, aber er hat kein Herz, keinen Kopf und keine Seele.

### ***Gab es in den Medien Manipulation? Können Sie uns Beispiele nennen?***

Es gab ganz klar Manipulation – wie ich bereits sagte – von Seiten des Staates. Die Zeitschrift *Semana* hat alles dafür getan, die Zahl der Toten und der Übergriffe durch die Polizei nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, und der Fernsehsender RCN ebenso. Manipulation entsteht nicht nur durch aktives Handeln, sondern auch durch Unterlassung. Und das machen sie in erster Linie. Sie lassen offensichtliche, wahrheitsgemäße und eindeutige Fakten einfach weg. Sie reden nur von den Steinen: Sie zeigen Steine werfende Studierende, von denen eine\*r plötzlich eine Scheibe einwirft. Aber sie blenden die Polizei aus, die auf die Menge schießt, oder die Paramilitärs, die in der Polizei sind und ebenfalls junge Menschen töten, das ist eine Unterlassung. Die traditionellen Medien haben barbarische und grausame Dinge verschwiegen. Wenn sie zum Beispiel nicht berichten, dass Köpfe auf Müllhalden gefunden wurden und Gliedmaßen von jungen Menschen auf der Straße verstreut waren, dann manipulieren diese Medien durch Unterlassung. Und es gibt auch aktive Manipulation. Dazu muss man nur Zeitschriften wie *Semana* lesen. So wurde beispielsweise der Spitzenkandidat der Opposition, Gustavo Petro, auf einer Titelseite für den Streik verantwortlich gemacht. Ein schreckliches Titelbild, das ihn vor lodernnden Flammen zeigt, als ob er die Gewalt im Streik anheizen würde, obwohl er die Jugend doch nur zu Frieden und Liebe aufgerufen hat. In Kolumbien bedeutet ein solches Titelbild nicht nur eine Diffamierung, sondern eine Gefahr für Leib und Leben.

### ***Was können Sie zur Pressezensur in Kolumbien sagen, besonders während der jüngsten Proteste?***

Diese wird durch den organisierten Machtapparat ausgeübt und nimmt verschiedene Formen an. Die ganzen Anwälte rund um Álvaro Uribe verfolgen Twitterer und Journalist\*innen mit Anzeigen, bei denen nie etwas herauskommt. Aber sie wollen mit diesen juristischen Schikanen die freie Meinungsäußerung unterbinden, das ist eine ihrer Taktiken.

***Die digitalen Live-Informationen durch die größtenteils jungen Protagonisten und Protagonistinnen erreichten durch die aufgezeichneten Videos ein großes Publikum. Dieser digitale Aktivismus hat es ermöglicht, dass marginalisierte junge Menschen, die bisher keine Stimme hatten, gesehen wurden und Gehör fanden. Trotzdem beklagten sich manche Leute über ein Zuviel***

***an Informationen zu den Ereignissen, und dass sie gar nicht mehr wüssten, was sie glauben sollen. Was sagen Sie zu diesen Meinungen?***

Ich glaube nicht, dass es zu viele Informationen durch digitale Medien und neue Technologien gab. Durch die Filme konnte zum ersten Mal die ganze Welt live und direkt mit verfolgen, wie ein Völkermord durchge-



Daniel Mendoza

führt wurde. In diesem Sinne sind die digitalen Medien und die mit Mobiltelefonen aufgenommenen Videos zum einen ein historisches Dokument, wie ein mörderischer Staat funktioniert, und damit ein Beitrag zur Geschichtsschreibung. Aber sie dienen auch als juristisches Beweismaterial, auf das die CIDH (Interamerikanische Kommission für Menschenrechte) von Anfang an für ihre Statements zurückgegriffen hat. Für die Welt und die Rechtsorgane ist damit klar geworden, dass in Kolumbien ein Völkermord an Jugendlichen verübt wurde. Jetzt muss die Welt es wissen, die Welt muss es sehen, und wir müssen diese Wahrheit verbreiten. Kolumbien kann nur durch die ganze Welt gerettet werden.

***Während des Streiks und der Proteste wurden Angriffe auf Journalisten und Journalistinnen durch die Sicherheitskräfte dokumentiert. Die Schikanen sowie Diebstahl und Vernichtung von Material hatten das Ziel, eine Berichterstattung über die soziale Mobilisierung zu verhindern. Was ist Ihrer Meinung nach angesichts dieser prekären Sicherheitslage zu tun?***

Wir müssen das alles vor internationalen Gremien anprangern, aber ich glaube, dass auch die ausländischen Regierungen helfen und Stellung nehmen müssen, das ist das einzig Wirksame, denn Kolumbien befindet sich in den Händen eines kriminellen Apparates, dessen wirklicher Machthaber Álvaro Uribe Vélez, der Herr über Licht und Dunkelheit in Kolumbien, ist. Er spricht mit dem Präsidenten über ein Mobiltelefon, er spricht mit den Regierungsmitgliedern, mit der Staatsanwaltschaft, mit den Abgeordneten des Senats, aber auf der anderen Seite spricht er mit der *Oficina de Envigado*, einem der schlimmsten Mord- und Drogenkartelle des Landes, mit den *Águilas Negras*, einer paramilitärischen Gruppe, die sich aus aktiven Militärs, Reservisten und Auftragskillern des ehemaligen Medellín-Kartells zusammensetzt, sowie mit dem Golf-Kartell und mit den *Autodefensas Gaitanistas*. Er spricht also mit den Paramilitärs und mit dem kolumbianischen Drogenhandel. Er hat eine direkte und historische Beziehung zum Kokainexport nach Mexiko durch das Sinaloa-Kartell. Das ist Álvaro Uribe Vélez, das ist der *Matarife*, der Schlächter. ■

# Eine wunderbare Performance des Widerstands auf den Straßen

Ein Interview mit dem Fotografen und Kommunikationswissenschaftler Leonardo Guayán



FOTO: LEONARDO GUAYÁN AUS DER AUSSTELLUNG COSMORAMA

Transgender-Frau inmitten der Demonstration, auf ihrem Schild steht: „Sie töten uns, wir wollen uns lebend, Sexarbeit ist Arbeit. Die Frauen Transgender-Huren sollen verdammt nochmal respektiert werden. Ich bin Trans.“ Auf dem Transparent dahinter werden die Köpfe von wichtigen politischen Anführer\*innen gezeigt, die in Kolumbien ermordet wurden.

Am 9. April 1948 brach in Kolumbien ein großer landesweiter Volksaufstand aus; die Ermordung des (linksliberalen) Politikers Jorge Eliécer Gaitán war einer der gewalttätigsten Momente in der Geschichte des Landes. Dieses Ereignis in Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, wurde „El Bogotazo“ genannt. 73 Jahre später kam es in Kolumbien wieder zu einem Aufstand und der größten politischen Mobilisierung seit 1948, auf die Regierung und Polizei erneut mit Gewalt antworteten. Evelyn Schreiber sprach mit dem Kommunikationswissenschaftler und Fotografen Leonardo Guayán, der viele Demonstrationen mit seiner Kamera begleitet und eine Auswahl dieser Fotos auf einer Ausstellung in Bogotá präsentiert hat.

**W**elche Erfahrungen haben Sie als Chronist und Fotograf während des landesweiten Streiks und der anschließenden Demonstrationen gemacht?

Was die internationale Gemeinschaft in Bezug auf den landesweiten Streik vielleicht nicht weiß, ist, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung seit 2019, also vor der Pandemie, anhält, und zwar aus verschiedenen Gründen: eine Arbeitsreform, die eine absurde Senkung der Löhne für junge Menschen vorsah und die Bedingungen der kolumbianischen Arbeitnehmer noch prekärer machen würde. Die Regierung führt seit langem Reformen durch, die die Lebensqualität der Kolumbianerinnen und Kolumbianer beeinträchtigen. Zu diesen Reformen gehören die Rechts-, Gesundheits- und Arbeitsreformen, die nur geringe Mittel für das öffentliche

Bildungswesen bereitstellen und sich direkt auf den Warenkorb der Familien (*canasta familiar*) auswirken. Die wichtigste Ursache für all dies und die größte Unzufriedenheit ist jedoch zweifellos die willkürliche Ermordung von sozialen Anführer\*innen unseres Landes.

Der erste Marsch am 21. November 2019 war eine wunderbare Demonstration, voller Musik und Ausdrucksvielfalt, von Organisationen aller Art, Studierenden, Bauern, Indigenen, Afrokolumbianer\*innen und vielen mehr, Frauen und Männer, Kinder, Erwachsene und Großeltern... Ich glaube, es gab an diesem Tag das erste Mal das Gefühl, dass etwas Großes geschehen wird. Dann kam die Pandemie, und der Zuspruch der Bevölkerung hörte für eine Weile auf. Am 28. April dieses Jahres kam es in Kolumbien zu einem sozialen Aufstand aufgrund der Ankündigung des von der Regierung vorgeschlagenen Steuerreformprojekts.

Die Menschen hatten einfach keine Angst mehr vor den gesundheitlichen Risiken und gingen auf die Straße, in der Hoffnung, die willkürlichen Maßnahmen der Regierung zu stoppen. Ich hatte die Gelegenheit, bei den meisten Demonstrationen dabei zu sein und die verschiedenen und leidenschaftlichen Stimmen, die vielen Gesichter und Botschaften, die Rufe, Gesänge und Trommeln, die vielen Töpfe und die Hoffnung in den Augen zu beobachten.

**Haben Sie Polizeigewalt gesehen, und gab es auch Gewalt von Seiten der Demonstrierenden?**

Nach den Protesten gab es alarmierende Zahlen über die Gewalt der staatlichen Sicherheitskräfte, die auf Korruption, soziale Ungleichheit und die Zerstörung des Friedensabkommens zurückzuführen ist. Es ist unglaublich, dass der Staat die Menschenrechtsverletzungen, die exzessive Gewalt der Polizei und der Armee nicht anerkennt, aber darüber hinaus, dass viele Kolumbianer\*innen die Gewalt, die in einigen Medien dargestellt wird, nicht analysieren. Während dieser tragischen Ereignisse haben sich die Jugendlichen in der ersten Reihe (*primera línea*) organisiert, um Widerstand zu leisten, und sie haben mit großer Kraft auf alle Ausschreitungen bei den Demonstrationen reagiert, aber im Gegensatz zur Regierung ist es für sie nicht normal, tödliche Waffen einzusetzen.

**Wie verlief Ihre Fotoausstellung zu den Demonstrationen, und wie war die Reaktion des Publikums?**

Die Fotoausstellung fand zu einem günstigen Zeitpunkt statt, in einem alternativen Kunstraum namens „Casa Ducuara“ und inmitten zweier wichtiger Demonstrationen. Zu dieser Zeit funktionierten die Galerien wegen der Pandemie noch nicht normal, und es gab keine anderen Ausstellungen zum Streik. Es gab aber musikalische Aktionen, Malmarathons auf Straßen und Mauern sowie viel Bewegung in den sozialen Netzwerken. Es war seltsam, all diese Stimmen, Gefühle und Gedanken des Nonkonformismus auf der Straße zu sehen und zu hören und gleichzeitig eine unangenehme Stille



FOTO: LEONARDO GUAYAN AUF DER AUSSTELLUNG COSMORAMA

Das Foto zeigt eine indigene Familie aus Kolumbien; viele von ihnen sind durch extreme Gewalt vertrieben worden. Kolumbien ist eines der Länder, die am meisten unter dem Phänomen der internen Vertreibung durch bewaffnete Akteure leiden; die Zahl der Vertriebenen hat sieben Millionen erreicht.

in den Medien zu erleben, die wie ein Rauchvorhang nur durch die sozialen Netzwerke durchbrochen wurde.

Die Fotoausstellung „Cosmorama“ fiel in eine Zeit, wo viele Künstler\*innen sich noch zurückhielten und überlegten, wie sie zu dem standen, was auf den Straßen passierte; ich erinnere mich, dass Takaaki Kumagai, der japanische Kurator dieser Ausstellung, mich fragte, was die Bedeutung und das Wesen dieser Fotoserie sei, worauf ich antwortete: „Herr Takaaki, ich habe Ihnen wirklich nichts zu sagen, aber ich weiß, dass die Menschen da draußen eine wunderbare Performance machen, die von der Essenz des Menschseins ausgeht, vom Spirituellen, Essenziellen, und alles, was ich getan habe, ist, sie um ihre Zustimmung zu bitten, ein Zeugnis abzulegen.“

**Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen dem, was Sie persönlich bei den Demonstrationen erlebt haben, und dem, was in den Medien berichtet wurde?**



Leonardo Guayán

Dies ist eine entscheidende Frage, um den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Kontext zu analysieren, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, und sie hat mit der Handhabung der Medien zu tun, den wirtschaftlichen Interessen, die entwickelt werden, was sind ihre Essenz/ihr Wesen und ihre Position im sozialen Kontext und mit der Menschheit im

Allgemeinen. Gibt es wirklich eine „Demokratisierung der Information“?

Das kolumbianische Volk hat sich dieser großen Krise inmitten einer Pandemie gestellt und sie angenommen, und zwar aufgrund der unzureichenden Lösungsangebote seitens der Regierung und der Armut und der Ungleichheit, die durch die unterschiedlichen sozialen Ausgangsbedingungen und eine veraltete, korrupte und von der sozialen Realität weit entfernte Regierung hervorgerufen wurden, aber vor allem aufgrund des Todes von mehr als 900 sozialen Anführer\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen, 250 ehemaligen FARC-Kämpfer\*innen und 164 Massakern seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens. In diesem Zusammenhang waren die meisten Medien ein wichtiger Teil des offiziellen Diskurses, die wichtigsten Verbündeten des institutionellen Gebildes, eines Diskurses, der das komplexe Panorama unseres Landes ausblendet, in dem diversifizierte/diverse und die übliche Gewalt das geeignetste Mittel ist, um jede soziale Bewegung zunichtezumachen, in einem Kolumbien, das trotz der Angst vor Verfolgung und Bedrohung von Studierenden, Intellektuellen und sozialen Anführer\*innen auch in Zukunft Widerstand leisten wird, ausgehend von der Utopie, der Stärke und der Kreativität. ■



In den Tagen nach dem Beginn des nationalen Streiks wurde die Stadt Cali im Südwesten Kolumbiens zur landesweiten „Hauptstadt des Widerstands“. Es entstanden 26 „Widerstandspunkte“, an denen mit Unterstützung von Anwohner\*innen und sozialen Organisationen Aktivitäten in den Bereichen Gesundheit, Sport, Kultur und Bildung angeboten wurden. Doch Regierung und Sicherheitskräfte reagierten auf die Bewegung mit brachialer Gewalt. Die hohen Opferzahlen waren seit den ersten Protesttagen alarmierend. Deshalb wurden Gesundheitsbrigaden gebildet, um die Verletzten schon vor Ort versorgen zu können. Doch auch die medizinischen Nothelfer\*innen gerieten bald ins Fadenkreuz der Repression.

**M**it der großen Bandbreite von Aktivitäten während des Streiks sollten der Zusammenhalt und das soziale Gefüge gestärkt werden. Die Gemeinden der Armenviertel versuchten damit, ihre Möglichkeiten für Teilhabe und Entscheidungsfindung zu erweitern und in Anbetracht der ausbleibenden staatlichen Antworten selbst Lösungen für ihre lokalen Probleme zu entwickeln.

Aber die Versuche, Dialogräume zwischen den Gemeinden im Umfeld der Widerstandspunkte und den Behörden zu konsolidieren sowie Plattformen für Aktion und Diskussion aufzubauen, wurden durch heftige Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei durchkreuzt. Es wurde klar, dass die lokale und die nationale Regierung nicht die Vermittlung mit den Demonstrierenden anstrebte, sondern statt auf Dialog vornehmlich auf Gewalt setzte. Letztere war maß- und grenzenlos.

Infolge der fehlenden Garantien für Mobilisierung und sozialen Protest – Rechte, die in der Verfassung verankert sind – kam es bald zu einer humanitären Krise. Viele Menschen wurden im Zusammenhang mit dem Streik getötet, zum Verschwinden gebracht oder verletzt. Deshalb wurden die Gesundheitsbrigaden gebildet. Zu ihren Mitgliedern zähl-

VON ANGIE ALEJANDRA GUERRERO  
GORDILLO & NATALIA MENDOZA RENDÓN

# Riskanter Einsatz für die Verletzten

Gesundheitsbrigaden während des Streiks in Cali



FOTO: GABRIEL ENGELBART

te medizinisches Fachpersonal, vor allem Studierende von Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen. Mit der Initiative sollte die medizinische Versorgung der Verletzten sichergestellt werden. Die Mitglieder der Gesundheitsbrigaden gingen bei ihrer Arbeit ein hohes Risiko ein. Denn die Regierung behandelte den sozialen Protest, aber auch die humanitären Missionen wie die Versorgung der Verletzten so, als ob sie sich mit ihnen im Krieg befände.

Besonders die Frauen zeichneten sich bei der medizinischen Versorgung und den Bildungsaktionen an den Widerstandspunkten durch ihre Beharrlichkeit aus. Ihre Aufgaben waren insgesamt sehr umfangreich, ausgehend von speziellen Schulungen für den Einsatz in Ausnahme- und Notfallsituationen. Dabei sind Grundkenntnisse in Erster Hilfe sowie psychologisches Basiswissen für Krisensituationen von fundamentaler Bedeutung. Natürlich waren die Frauen auch bei den anderen Streikaktivitäten dabei. Sie wirkten bei den Volksküchen und den Menschenrechtsinitiativen mit und gehörten bei den Protesten auch zur vordersten Front, der sogenannten *primera línea*.

Gemäß den jeweiligen Bedingungen an den Widerstandspunkten wurde von den Brigaden eine Route für die medizinische Versorgung entwickelt. Vor Ort identifizierten sie die Standorte, an denen sie am sichersten arbeiten konnten. Die verfügbaren Freiwilligen wurden in unterschiedliche Gruppen eingeteilt. Eine erste Gruppe sollte sich um den Abtransport und die Verlagerung der verletzten Patient\*innen kümmern. Deren Mitglieder waren am stärksten gefährdet, denn sie wurden in unmittelbarer Nähe der Orte, wo es zu Zusammenstößen kam, tätig. Die Stadtviertelgemeinden stateten sie nach und nach mit Helmen, Masken und Brillen aus, um ihr Leben und ihre Unversehrtheit zu schützen. Auch die medizinischen Hilfsmittel, die je nach Fall und Situation notwendig waren, wurden von den Gemeinden selbst bereitgestellt oder gespendet.

Eine zweite Brigadegruppe war für die Bewertung und die Erstbehandlung der Verletzten verantwortlich, was an einem sicheren Standort geschah. Eine dritte Gruppe wiederum

übernahm die Patient\*innen, die wegen ihrer Verletzungen eine Spezialbehandlung benötigten oder in ein Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Besonders alarmierend war die hohe Zahl von Personen, die infolge der Geschosse, die die Polizei gegen die Protestierenden einsetzte, Schädel- und Augenverletzungen hatten.

Zusätzlich zu der direkten Behandlung und Versorgung vor Ort richteten die studentischen Brigaden Gesundheitstage mit den Gemeinden aus, um ihnen Grundwissen für Notfallsituationen zu vermitteln. In einem so feindseligen Umfeld wie dem während des Streiks können Kenntnisse, wie Brandwunden zu behandeln sind, Blutungen gestillt oder Patient\*innen gelagert und transportiert werden müssen, über das Leben oder den Tod eines Menschen entscheiden.

In ihren Forderungen an die Adresse der nationalen und der lokalen Regierung haben die Gesundheitsbrigaden vor allem das Grundrecht auf Leben betont. Sie insistierten darauf, dass die militärische Gewalt gegen die Bevölkerung von Cali ein Ende haben müsse. Dies insbesondere wegen der Geschosse, die die Polizei einsetzte, und wegen der massiven Verwendung von Tränengas, was schlimme Erkrankungen der Atemwege verursachte. Tränengas wurde auch in Wohnräumen eingesetzt, ohne zu berücksichtigen, dass sich dort Kinder, Jugendliche, Neugeborene und alte Menschen aufhalten konnten.

Auch die Mitglieder der Gesundheitsbrigaden blieben von Attacken und Verfolgung nicht verschont, insbesondere wenn die Nacht angebrochen und ein günstiger Augenblick für die Polizei gekommen war, um ihre Behandlungsstandorte anzugreifen. Dies belegt, dass die Grundvoraussetzungen, die allgemein für humanitäre Missionen Geltung haben, außer Kraft gesetzt waren.

Nachdem die Proteste abgenommen haben und einige Widerstandspunkte in der Stadt nach Verhandlungen aufgelöst wurden, haben sich auch die Aktivitäten der Gesundheitsbrigaden verringert. Die Forderungen der Gemeinden bezüglich ihres Rechts auf Gesundheit sind aber weiterhin nicht eingelöst, und die Regierung umgeht weiterhin ihre Pflicht, dieses Grundrecht zu gewährleisten. ■

Angie Alejandra Guerrero Gordillo studiert Ergotherapie an der Valle-Universität in Cali, versteht sich als intersektionale Feministin und war bei den Gesundheitsbrigaden dabei. – Natalia Mendoza Rendón ist Sozialwissenschaftlerin und ebenfalls Feministin. Sie engagiert sich in der *Educación Popular* als Form, gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen. • Übersetzung und Bearbeitung: Bettina Reis



FOTO: ESQUEMA FEMINISTA BOGOTÁ

## Weiblich gelesene Körper sind anderen Risiken ausgesetzt

Interview mit *La esquema feminista de derechos humanos* aus Bogotá

In mehreren Beiträgen dieses Schwerpunktes wird über sexualisierte Gewalt gegen Menschen berichtet, die sich an den Protesten der letzten Monate beteiligt haben. Diese Menschenrechtsverletzungen spielen auch im folgenden Interview mit Erika Rodríguez Gómez und Pilitas Varta eine Rolle. Da sich die sexualisierte Gewalt auch gegen Menschen richtet, die als „weiblich“ gesehen oder gelesen werden (etwa Homo- und Transsexuelle u.a.), verwendet Leonie Männich, die das Interview geführt, transkribiert und übersetzt hat, in Absprache mit ihren Gesprächspartnerinnen im Text die deutsche Abkürzung FLINTA\*, die für „Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nicht-binäre, Transgender, Agender“ steht.

**I**hr seid eine Gruppe, die sich *La esquema feminista de derechos humanos (feministisches Menschenrechtsschema)*<sup>1</sup> nennt. Könntet ihr mir erklären, wer ihr seid und wie ihr entstanden seid?

Erika: Es handelt sich um eine zivile Kommission zur Überprüfung, ob die Menschenrechte bei sozialen Protesten gewahrt und geschützt sind, wie sie die kolumbianische Verfassung und Rechtsprechung vorsieht. Wir haben die

se Kommission gebildet, um das Vorgehen der Polizei zu dokumentieren und insbesondere die Rechte von Frauen, queeren Personen und sexuellen Minderheiten zu verteidigen. Ursprünglich kommen wir aus einem feministischen Zusammenhang in Bogotá mit dem Namen *Somos un rostro colectivo* („Wir sind ein kollektives Gesicht“)<sup>2</sup>, der sich wiederum als Teil der übergeordneten nationalen feministischen Bewegung sieht.

**Könnt ihr mir ein bisschen mehr über das Kollektiv und den Grund für eine solche Kommission erzählen?**

Pilitas: Das Kollektiv *Somos un rostro colectivo* entstand als Plattform, als Bindeglied und Zusammenschluss für die Planung feministischer Mobilisierung, gerade zu den Demonstrationen, die an den symbolträchtigen Tagen, dem 8. März und dem 25. November (der Internationale Frauentag und der Internationale Tag gegen Gewalt gegen Frauen – die Red.), in Bogotá stattfanden (und immer noch stattfinden). Diese Demonstrationen wurden schnell sehr groß – in einem Jahr waren wir mit 1000 und im nächsten schon mit 8000 Menschen auf der Straße. Angesichts dieses Ausmaßes sahen wir die Notwendigkeit einer Menschenrechtskommission,

damit wir uns bei unseren Demonstrationen ruhig und sicher fühlen können und einen sicheren Raum für unsere Genoss\*innen schaffen, der frei von Gewalt und Belästigung ist. Mit diesem Ziel und unter der Bedingung, dass es sich bei den Mitgliedern um FLINTA\* handelt, wurde *La Esquema* als erste feministische Kommission zur Überwachung der Menschenrechte ins Leben gerufen, und damit ein Schulungs- und Lernprozess begonnen, in dem wir uns auch weiterhin befinden.

Bisher wurden wir dabei von anderen Kommissionen begleitet, wie zum Beispiel von unseren Genossinnen der Stiftung *Lazos de dignidad* („Bänder der Würde“), die sich im Bereich der Menschenrechte auskennen und uns schulten. In diesem Jahr, mit den großen Protesten, wurden wir gebeten, nicht nur in unseren eigenen Mobilisierungsräumen, sondern auch im Rahmen des nationalen Streiks als feministische Menschenrechtskommission zu agieren.

### **Wie äußert sich im Rahmen des Streiks eure Arbeit?**

Pilitas: Das ist eine Mischung: Wir sind sowohl bei den Demos als auch bei Schulungen aktiv. Das heißt, wir überprüfen einerseits die Einhaltung der Menschenrechte, engagieren uns darüberhinaus aber auch in der Weiterbildung, damit unsere Genossinnen in anderen Regionen Kolumbiens sich das nötige Werkzeug aneignen, um selbst Menschenrechtskommissionen zu gründen. Wir waren zum Beispiel schon bei Genossinnen in Ibagué und Villavicencio, mit denen wir Austausch- und Schulungstreffen durchgeführt haben, damit auch sie eigene Kommissionen gründen und darin einen feministischen Ansatz einbringen können.

### **Inwiefern ist es von Bedeutung, eine feministische Perspektive beim Schutz und der Beobachtung der Menschenrechte zu haben?**

Erika: Das ist insofern von Bedeutung, als dass eine geschlechtsspezifische Ausrichtung die Praxis der Menschenrechtsbeobachtung verändert. Das bedeutet, sie öffnet den Blick für alle Formen von Gewalt gegen FLINTA\*, die während eines Protests auftreten. Einen weiblich gelesenen Körper oder eine weibliche Identität zu haben bedeutet, dass es im Protest spezifische Risiken gibt. Diese beziehen sich sowohl auf Gewalt durch Polizeikräfte als auch auf Gewalt anderer Demonstrierender, denn auch ein Protestgeschehen entzieht sich den patriarchalen Strukturen nicht.

Der feministische Ansatz ermöglicht es uns, die Realität mit einer „violetten Brille“ zu sehen und einen differenzierten Blick auf alles zu werfen, was geschieht. Und das schließt die Orte ein, wo soziale Forderungen gestellt werden, als Räume politischer Partizipation, in denen ebenfalls das patriarchale

System herrscht. Im Rahmen des sozialen Protests seit dem 28. April nützt uns das, um unsere eigene Agenda zu positionieren, also unsere Ziele als Feminist\*innen – die nicht unterbewertet werden dürfen oder im Vergleich zu anderen sozialen Zielen von geringerer Bedeutung sind.

### **Ausgehend von euren Erfahrungen, nehmt ihr spezifische Formen der Repression gegen FLINTA\* wahr?**

Erika: Zunächst ist festzuhalten, dass es beim Protest in Kolumbien generell qualitative Sprünge gab. Das heißt, dass wir beim sozialen Ausbruch gerade in den ärmeren und Arbeiter\*innenvierteln eine Menge Widerstand gesehen haben. Auch wohl wegen der Pandemie fand der Protest nicht nur in den üblichen Vierteln statt und brachte Menschen auf die Straße, die normalerweise nicht organisiert oder nicht an Protestgeschehen beteiligt waren. Das brachte neue Dinge mit sich, weshalb ich nicht von einer spezifischen Repression gegen FLINTA\*, sondern allgemeiner von spezifischer Gewalt gegen FLINTA\* sprechen würde.

Die Repression selbst, also das Vorgehen der Polizeikräfte, umfasst Formen der sexuellen Gewalt gegen FLINTA\*, verbale und physische Aggressionen – auch gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen.<sup>3</sup> Aber wir sehen auch Formen von Gewalt, die von anderen Akteuren ausgeübt werden. An den schon erwähnten Widerstandspunkten, in den Vierteln oder anderswo, waren FLINTA\* in verschiedenen Rollen präsent, zum Beispiel in der *primera línea* (der Mütter) oder in den Gemeinschaftsküchen. Auch in diesen Räumen gibt es sexualisierte Gewalt, die etwa von anderen Demonstrierenden gegen FLINTA\* ausgeübt wird.

Man muss dies auch erwähnen, weil der Streik jetzt seine Form verändert. Die Brennpunkte des Widerstands sind andere. Statt Demonstrationen gibt es mehr Versammlungsräume, sprich Orte, an denen es nicht mehr nur um den öffentlichen Protest geht, sondern um andere Formen des Widerstands.

Wo sich die Menschen treffen, um zu sehen, wohin es mit dem Land gehen kann, in dem nächstes Jahr Wahlen sind.

Pilitas: Genau, und wir als Kommission beteiligen uns auch an diesen Räumen. Unser „Plus“ ist jedoch, dass wir einen feministischen und geschlechtsspezifischen Ansatz haben und uns somit dafür einsetzen können, dass auch diese Räume für FLINTA\* (zumindest) sicherer sind.



### **Was sind eure Forderungen als Gruppe und als Feministinnen?**

Erika: Unsere Forderung als *Esquema Feminista* ist die Gewährleistung der Rechte von FLINTA\* im Protestgeschehen, sowohl seitens der Polizei als auch anderer. Unsere Hauptforderung wird immer sein, dass das Recht auf Protest

2) Auch *Somos un rostro colectivo* ist auf Instagram aktiv unter: @SomosUnRostroColectivo.

3) Genaue Zahlen und eine Auflistung dessen sind im Bericht des *Esquema feminista de DDHH* an die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) unter dem Link [cutt.ly/amppnuV](http://cutt.ly/amppnuV) nachzulesen.

garantiert wird, das auch andere Rechte wie das Recht auf Vereinigung, Information und freie Meinungsäußerung umfasst.

Wenn wir uns nun dem sozialen Bereich zuwenden, fordern wir auch, dass alle Protestgeschehen frei von Gewalt gegen FLINTA\* sein sollten. FLINTA\* müssen die Möglichkeit haben, sich politisch zu beteiligen und zu demonstrieren, ohne Gewalt oder Diskriminierung ausgesetzt zu sein.

Pilitas: Im Rahmen der Proteste seit dem 28. April teilen wir viele Forderungen, wobei wir spezifische Charakteristika einbringen wie die Anerkennung der Dreifachbelastung von FLINTA\*, ein Neudenken der Care-Arbeit als Arbeit, die bislang in Kolumbien nicht bezahlt wird – es ist zentral, die Pflege zu politisieren und ihr eine neue Bedeutung zu geben. Ebenso ein universelles Grundeinkommen zu fordern, bei dem FLINTA\* im Vordergrund stehen sowie Demokratisierung im Sinne von offenen politischen Räumen für den Diskurs und das Treffen von Entscheidungen.

### ***Was kann hier getan werden, um euch zu unterstützen?***

Erika: Nun, mehrere Dinge. Ich denke der erste Punkt ist, dass die feministische Solidarität von grundlegender Bedeutung ist. Es ist sehr wichtig, die Situation in Kolumbien sichtbar zu machen, darüber zu sprechen, darüber zu schreiben, nach den Quellen zu suchen und nicht für andere zu sprechen, sondern direkt nach den Stimmen zu suchen und sie sprechen zu lassen.

Hier in der Kommission und in vielen feministischen Organisationen gibt es viele, die Journalist\*innen, Autor\*innen oder Fotograf\*innen sind, die von ihrer Warte aus einen Blick auf das Geschehen werfen können. Es ist wichtig, diese Stimme gewähren zu lassen, denn wir sind diejenigen, die diesen historischen Moment hauptsächlich erleben, und es ist wichtig, ihn mit der richtigen Information auch sichtbar zu machen.

Ebenso gilt es, von unserer Regierung, aber auch von den jeweiligen anderen Regierungen, die mit diesem Land zusammenarbeiten oder Hilfgelder schicken, zu verlangen, dass sie die Achtung der Menschenrechte in Kolumbien einfordern.

Pilitas: Ich glaube, die feministische Solidarität ist absolut notwendig. Denn wir kreisen nicht nur um das, was in Kolumbien gerade geschieht, sondern denken hier auch über das nach, was in Afghanistan passiert. Wir denken darüber nach, wie wir ein gemeinsames soziales Gefüge schaffen können, in das all unsere Kämpfe und all diese Erfahrungen aus den verschiedenen Regionen in einen Lernprozess eingehen, an dem alle beteiligt sind. Dieses gemeinsame Lernen ist absolut notwendig. Auf diese Weise bleiben wir nicht nur auf die eine Vision beschränkt, sondern entwickeln eine kollektive Vision für uns alle, um andere Lebensweisen auf- und auszubauen. ■

**Brayan Hueso ist 20 Jahre alt, er studiert Fernseh- und Kinoproduktion und engagiert sich als ehrenamtlicher Helfer und Dokumentarist bei den aktuellen Konflikten. Ab seinem zwölften Lebensjahr hat er unter anderem als Aushilfe auf dem Bau oder in Bäckereien Geld verdient. Heute begleitet er eine Gruppe von arbeitenden Kindern und Jugendlichen in Usme, einem im Süden von Bogotá gelegenen Stadtgebiet, wo er auch wohnt. Er gibt Kurse für erwerbstätige Kinder in der Stiftung *Creciendo Unidos*, deren Direktor Reinel García ebenfalls am Gespräch teilnimmt. Julia Gabriela Strack Diaz und Peter Strack wollten wissen, wie die arbeitenden Kinder und Jugendlichen die mehrfache Krise Kolumbiens mit der Pandemie und den aktuellen sozialen und politischen Konflikten erleben.**

**B**rayan Hueso: Die große Mehrheit der erwerbstätigen Kinder verdient ihr Geld auf den Straßen. Mit der Pandemie kam die Ausgangssperre und drohten Strafen, wenn man weiter arbeiten wollte. Aber weil sie essen mussten, hat die Mehrheit mit der Zeit die Quarantänebestimmungen ignoriert. Dagegen haben viele derer, die angestellt waren, ihre Arbeit verloren. Oder werden nur sporadisch für eine Woche beschäftigt. Ich habe eine Reihe arbeitender Kinder deshalb dabei unterstützt, ihre eigenen wirtschaftlichen Initiativen zu gründen.

Die sozialen Proteste haben die arbeitenden Kinder nicht so stark betroffen. Aber auch hier haben manche die Arbeit verloren, weil sie wegen der blockierten Straßen zu spät gekommen sind. Die Arbeitgeber\*innen haben ihnen nicht geglaubt. Wenn es zu Auseinandersetzungen kommt, laufen die Kinder weg. Auch wir Helfer\*innen achten darauf, dass Alte und Kinder möglichst schnell in Sicherheit gebracht werden. Denn das Tränengas oder Gummigeschosse werden eingesetzt, egal wer sich gerade am Ort befindet. Auch wenn die Kinder nicht direkt bei den zentralen Protesten mitmachen, sind sie eher in ihren Vierteln beteiligt und auch betroffen. Das Tränengas dringt häufig in die Häuser.

Die Protestaktionen haben auch neue Einkommensmöglichkeiten für die Kinder geschaffen. Vor allem Milch können sie verkaufen, mit der die Wirkung des Tränengases gemildert werden kann. Andere verkaufen auf ihren Wägelchen Süßigkeiten, Snacks, Getränke ... Denn nach stundenlangen Aktionen hat man Hunger.

### ***Sind die arbeitenden Kinder und Jugendlichen aufgrund ihrer Herkunft und ihres Outfits stärker als andere bei den Protesten der Verfolgung durch die Polizei ausgesetzt?***

**Brayan Hueso:** In den drei Monaten der Streiks haben wir keine Unterschiede bei der Brutalität der Polizei feststellen können. Es ist egal, aus welcher sozialen Schicht die

# Man hat uns alles genommen, sogar die Angst

Arbeitende Kinder und Jugendliche in den Protesten – Interview mit Brayán Hueso und Reinel García

Protestierenden kommen. In einer Situation musste ich einem Freund helfen, der eine Gasgranate ins Gesicht bekommen hatte, und mich gleichzeitig noch um ein Kind kümmern. Das hat mir schon den Atem geraubt.

## *Du bist ja auch journalistisch unterwegs ...*

**Brayán Hueso:** Ich berichte über die sozialen Hintergründe, aber auch über die Proteste selbst. Ich zeige die Opfer und die Täter. Einmal habe ich ein Mitglied der ESMAD gefilmt, wie er direkt auf mich gezielt hat. Ein Junge hat sich aber vor mich gestellt und geschützt. Meine Videos verbreite ich über die sozialen Netzwerke, vor allem Instagram und Facebook. Es gibt aber auch Produktionen, die die Proteste für Eigenwerbung nutzen. Vor allem Musikvideos, die den Streik als Aufhänger für Protestlieder nehmen, deren Texte aber wenig Sinn machen.

## *Beteiligen sich die arbeitenden Kinder als Organisation auch an den Protesten? Sie begannen ja mit dem Thema der Steuerreform, das eher die Mittelschichten betrifft.*

**Reinel García:** Es ging nicht nur um Steuern für die Mittelschicht, sondern die Regelungen betrafen auch direkt die Güter des täglichen Bedarfs. Selbst Rentner\*innen, die vielleicht 200 Euro und damit nicht einmal das Mindesteinkommen pro Monat erhalten, wurden Steuern auferlegt. Deshalb war der Protest auch so breit. Dann gab es die Initiative zu einer Reform des Gesundheitswesens, praktisch waren es Bestrebungen zur Privatisierung und individuellen Kostenübernahme für Gesundheitsdienstleistungen. In Cúcuta gab es Runde Tische, und

die arbeitenden Kinder haben dort ihre Forderungen zu Gesundheit, Bildung oder auch Beschäftigung eingebracht (siehe Kasten). Etwas Ähnliches gab es in Bogotá. Auf lokaler Ebene wurden einige dieser Forderungen vom Streikkomitee aufgenommen.

Allerdings haben sich die protestierenden Jugendlichen an vielen Orten vom Streikkomitee distanziert. Denn dort sind vor allem Gewerkschafter\*innen vertreten, denen es noch relativ gut geht, die aber wenig Verbindung zu den protestierenden Jugendlichen haben. So sind auch viele der Forderungen der Kinder und Jugendlichen von den örtlichen Streikkomitees nicht aufgenommen worden.

**Brayán Hueso:** Schon 2019 hatte es Proteste gegeben. Und die Versprechungen von damals hat die Regierung in diesem Jahr bei den Verhandlungen wiederholt. Weil der Präsident schon damals die Versprechungen nicht erfüllt hat, ging diesmal der Streik auch weiter. Am 28. Juni hat die Regierung eine Gesundheitsreform beschlossen, bei der die Bevölkerung wieder nicht befragt wurde. Deswegen und wegen der Polizeiübergriffe gingen wir dann wieder auf die Straße. Wir wollen eine Reform der Polizei. Aber was macht der Präsident? Er gibt ihnen neue Uniformen.

## *Was sind die Erwartungen? Man protestiert ja, um Forderungen durchzusetzen, nicht um ewig weiter zu kämpfen. Wie ist die Stimmung bei den arbeitenden Kindern und den protestierenden Jugendlichen?*

**Brayán Hueso:** Verzweiflung haben wir kaum gespürt. Dass die Proteste schon drei Monate andauern, gibt uns vielmehr Hoffnung. Allerdings gibt es auch Entmutigung, da die Unterstützung von außen nicht so weitergegangen ist wie zu Beginn. Das hat auch damit zu tun, dass die Netzwerke uns zensieren. Facebook zensiert, wenn ich zeige, was im Land geschieht. Ich habe mit Leuten gesprochen, die glaubten, dass der Streik zu Ende sei. Allerdings gibt es auch eine Anwendung, um die Zensur zu umgehen, und jetzt ist es wieder einfacher. Was die Erwartungen der arbeitenden Kinder angeht, antworteten sie auf unsere Nachfrage: vor allem Arbeit, um Essen nach Hause zu bringen.



## Die Forderungen der Kinder

Auszug aus dem Schreiben organisierter Kinder aus San José de Cúcuta vom 11. Mai 2021 an das regionale Streikkomitee: Wir Kinder und Jugendliche des Departements wollen aktiv beteiligt und unsere Initiativen sollen berücksichtigt werden (...) und wir verlangen deshalb:

1. Der Zugang zu einer guten Bildung muss garantiert und die Unterschiede in Bezug auf den Internetzugang müssen beseitigt werden. Ebenso sollen Möglichkeiten geschaffen werden, wo Kinder und Jugendliche (Opfer des bewaffneten Konflikts, Migrant\*innen, arbeitende Kinder und Kinder ethnischer Gemeinschaften) sich künstlerisch und kulturell ausdrücken und eine ganzheitliche Entwicklung erfahren können.
2. Alle nötigen Maßnahmen sollen ergriffen und ausgeschöpft werden, um der Gefahr der Rekrutierung und des Einsatzes von Kindern und Jugendlichen im bewaffneten Konflikt sowie bei kriminellen Aktivitäten in den Grenzregionen vorzubeugen und ihnen Schutz zu gewähren.
3. Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollen in allen Regionen gefördert und geschaffen werden, wobei ihre Stimmen bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik Gehör finden müssen.
4. Eine kostenlose und gute Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche muss Priorität haben.
5. Die nationale Regierung soll Strategien zur Beschäftigung von Jugendlichen unter würdigen Bedingungen entwickeln. (...)

**Reinel García:** Ein Problem ist, dass diese Regierung – wie es in dem Lied von Shakira heißt – blind und taubstumm ist. Das nationale Streikkomitee hat im Juni Reformvorschläge gemacht. Aber es gibt wenig Hoffnung, dass diese berücksichtigt werden. Hier in der Stadt Bogotá zum Beispiel wurde ein Stipendienprogramm für die Ninis aufgelegt (Jugendliche, die weder studieren noch arbeiten). Drei Monate sollen sie 500.000 Pesos bekommen. Das löst die Probleme dieser Jugendlichen aber nicht. Deshalb bleibt die Lage der Kinder und Jugendlichen weiter kritisch. Ihre Forderungen wurden zwar innerhalb der Protestszene verbreitet, aber es besteht wenig Hoffnung, dass die Regierenden sie ernst nehmen. Deshalb werden die Proteste weitergehen, auch wenn unter den Jugendlichen durch Bedrohung, Verhaftungen und Morde viel Angst verbreitet wurde. Viele Jugendliche haben ihr Augenlicht verloren, viele wurden unter dem Terrorismusvorwurf ins Gefängnis gesteckt. Wenn Brayan heute auf die Straße geht, dann ist die Repression spürbar.

Man hält ihn auf, will seine Papiere sehen. Die Jugendlichen werden stigmatisiert und sind sozusagen zum militärischen Objekt geworden. Und die Massenmedien verstärken das mit ihrer Sprache von „vandalistischen Taten“ noch. So haben sich die Jugendlichen etwas zurückgezogen. Die Proteste sind etwas zur Ruhe gekommen. Aber in einigen Vierteln von Bogotá gibt es immer noch jeden Abend Aktionen oder Auseinandersetzungen mit der Polizei.

### *Wie gehen die Jugendlichen in ihren Gruppen mit den Ängsten um?*

**Brayan Hueso:** Um die Angst zu überwinden, muss man über sich hinauswachsen. Wir wissen, dass uns früher oder später etwas geschehen kann. Das Risiko müssen wir in Kauf nehmen. Natürlich denken wir auch an unsere Familien, wenn wir auf die Straße gehen. In erster Linie schützen wir uns, indem wir uns sichere Orte in der Nähe der Demonstrationen suchen. Es kommt vor, dass ich schnell in irgendeine Nebenstraße verschwinde, um zu verhindern, dass die Polizei mich festnimmt oder noch Schlimmeres geschieht. Sie behandeln uns wie Terroristen, nur weil wir unser Gesicht mit Helmen und Brillen schützen. Das reicht schon, um als Vandalen ein Gerichtsverfahren aufgebremst zu bekommen.

Wenn jemand festgenommen wird, gehen sofort die Menschenrechtsanwält\*innen zur Polizeistation, um die Person rauszuholen. Und wenn jemand verletzt wird, gehen die freiwilligen Gesundheitshelfer\*innen zu ihm. So wie ich. Und wenn nötig, nähen wir die Wunde. Aber vor allem ist es wichtig, sie dort rauszuholen. Denn sonst ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Polizei gegen sie vorgeht. Wir sind all das Leid. Aber wir wissen, dass die künftigen Generationen darunter leiden werden, wenn wir nichts tun. Die ganz vorne stehen, die Erste Linie, sagen: Man hat uns alles genommen, sogar die Angst.

### *Gibt es sonst noch etwas, was die Leser\*innen in Deutschland wissen sollten?*

**Brayan Hueso:** Nein. Wir wollten gehört werden. Und das haben wir erreicht.

**Reinel García:** Die drei Monate waren vor allem wegen der Unbarmherzigkeit der Regierung und der Gewalt der Polizei gegen die Jugendlichen hart. Aber wir haben auch viele Jugendliche gesehen, die dem friedlich widerstehen, die weiter von ihren Anliegen reden. Denn der Protest ist nicht vorbei. Die nächste Welle wird stärker als die jetzige. Denn die Unzufriedenheit der Jugend nicht nur mit dieser Regierung, sondern auch den vorangegangenen, ist groß. Viele mögen zwar weder Arbeit noch Ausbildung haben. Aber selbst diejenigen mit Ausbildung sehen wenig Chancen für sich in Kolumbien, wollen aber nicht ins Ausland gehen. Die Jugendlichen und vor allem die Zukunftschancen der Kinder wurden von der Politik weitgehend ignoriert. ■



## Der Soundtrack des Streiks

Die kolumbianische Mobilisierung wird von einer Reihe Künstler\*innen begleitet

Kolumbianische Musik ist auf dem Weltmarkt omnipräsent und hat sich längst aus der musikalischen Nische herausgetanzt. Waren es vor einigen Jahren nur ein paar wenige weltbekannte Popstars wie Shakira oder Juanes, so schafft mensch es kaum noch, alle neuen Künstler\*innen auf dem Schirm zu haben. J Balvins Hit „Mi Gente“ ist kurz davor, drei Milliarden Aufrufe auf YouTube zu erreichen – also über ein Drittel der Weltbevölkerung, wenn wir mehrfache Aufrufe ausblenden. Kolumbianischer Reggaeton hat dem Genre aus Puerto Rico einen komplett neuen Auftrieb gegeben. Dabei gilt Kolumbien selbst als Ort, wo die Genres aufeinandertreffen und immer wieder neue Musikrichtungen entstehen. Bomba Estéreo, Systema Solar, ChocQuibTown sind weitere Gruppen, die eigene Stilrichtungen in die Welt getragen haben, um nur ein paar zu nennen. Die Mischung aus Afrokultur, indigenen Instrumenten, karibischem Tanz und urbanen Einflüssen aus den USA führt zu neuartigen Interpretationen – wie etwa Salsa Choke, einer neuen urbanen Salsavariante. Auch in den jüngsten Protesten spielt Musik eine große Rolle.

VON FREDERIK CASELITZ

**W**ährend in den letzten Monaten vor allem Bilder von gewalttätigen Ausschreitungen um die Welt gingen, beschreiben Teilnehmer\*innen den kreativen und künstlerischen Aufbruch bei den Protesten. Dazu gehört auch eine Reihe von Liedern, die den Nationalen Streik mitgeprägt haben. Dabei gibt es sowohl klassische Orchester, die ihren Protest herausflöteten, als auch urbane Musik, die die Hymnen zum Streik

lieferten. Gerade Reggaeton und Salsa Choke sind beliebt bei der breiten Masse der Jugendlichen, besonders in den marginalisierten Vierteln. Wie so häufig in der Popkultur etablieren sich die Grundlagen zunächst als Subkultur in sozialen Gruppen, die innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft und der herrschenden Kultur an den Rand gedrängt sind. Die erfolgreichen Künstler\*innen behalten daher das Image des Underdogs, selbst wenn sie längst bei Majors (multinationale Musikverlage – die Red.) gesigned sind und eine ganze Industrie hinter ihnen steht. Dadurch erfährt die Subkultur bei aller kommerziellen Ausmerzungen Wertschätzung und kann dadurch auch Themen in den Mainstream einspeisen, die sich vorher am Rand der Gesellschaft hielten.

Diese Widersprüchlichkeit durchzieht auch die Künstler\*innen, die zwar mit Statussymbolen prahlen, aber immer betonen, dass sie ja von unten kommen. „Der Junge aus Medellín“ – „El niño de Medellín“ – nannte J Balvin einen Dokumentarfilm über seinen Aufstieg aus den Barrios zum Weltstar. Während der Proteste hielt sich der Junge dann aber lange zurück mit klaren Statements. Da Medellín auch als Hochburg des Uribe-Lagers gilt, wurde vermutet, dass J Balvin sich mit der Regierung gut stellen wollte, um die Genehmigung für ein Konzert in seiner Heimatstadt – trotz Corona – zu erhalten. Als die Kritik laut wurde, folgten ein paar vage Appelle, doch friedlich zu bleiben.

**V**iel bedeutender für die Proteste als die rausgesprochenen Statements der Multimillionär\*innen sind hingegen die Künstler\*innen, die sich lokal und konkret an den Protesten beteiligen und ihr Leben riskieren oder sogar damit bezahlen. Zum einen gibt es zahlreiche anonyme oder weniger bekannte Künstler\*innen, die vor Ort die Proteste begleiten, zum an-

deren aber auch lokale Größen, deren Reichweite zwar nicht an die der kolumbianischen Weltstars heranreicht, die aber dennoch viele Leute erreichen. Von den bekannteren Stars zeigte sich Adriana Lucía besonders präsent, obwohl dies bei der Vallenato-Sängerin etwas überraschend ist. Sie übertrug Stimmen von den Protesten über die Kanäle in den sozialen Medien und konnte dadurch Millionen an Zuschauer\*innen erreichen. Präsident Iván Duque wollte die Gelegenheit nutzen und lud sie zu einer Diskussion in den Präsidentenpalast. Lucía zeigte sich wenig beeindruckt und konterte: „Es geht nicht um mich, sondern um alle Menschen da draußen. Es gibt Gemeinschaften, die seit Jahren darauf warten, gehört zu werden, und ich werde nicht diejenige sein, die einen Platz einnimmt, der mir nicht gehört. Es gibt viele Mütter, die um ihre Kinder weinen, die gewaltsam unterdrückt wurden.“ Die Protestzüge selbst sind geprägt von Musiker\*innen, die dort kleine Konzerte spielen oder sich zu gemeinsamem Spielen verabreden. Dadurch ändert sich auch die Wahrnehmung der Demonstrationen, die als Ausdruck zivilen Protestes ein wenig an Stadtteilstadt erinnern. Der ko-



Auch die Sängerin Adriana Lucía erhält Drohungen, weil sie sich für die Proteste stark macht

lumbianische Produzent Iván Benavides beschreibt dies in der Zeitung *Criterio*: „Mobilisierung und sozialer Protest werden wie nie zuvor von künstlerischen Ausdrucksformen mit volkstümlichem Charakter begleitet. Die Kunst ist auf die Straße gegangen, oder besser gesagt, die Straße spricht durch Musik, durch kollektive Performance.“

Bei den Protesten in Chile spielte eine Form des Protestes eine große Rolle, die als *cacerolazo* bezeichnet wird. Dabei schlagen die Protestierenden auf Kochtöpfe ein, so dass ein Rhythmus entsteht. Diese Art zu demonstrieren hat in Südamerika eine lange Tradition<sup>1</sup> und lebte auch in den jüngeren Generationen wieder auf, insbesondere als die chilenische Rapperin Anita Tijoux einen gleichnamigen Song aufnahm, der auf den Klängen der Kochtöpfe basiert.

Auch in Kolumbien wurde diese Protestform musikalisch interpretiert, indem sich Musiker\*innen schon seit 2019 in den Straßen zum *Cacerolazo Sinfónico* trafen, um gegen die Regierung von Iván Duque zu demonstrieren. Wie die spanische Zeitung *El País* schreibt, ist die Kulturszene Kolumbiens

der Regierung schon länger insgesamt kritisch gesinnt, und Regierungsmitglieder werden regelmäßig bei der Eröffnung kultureller Veranstaltungen ausgepöfeln, wie beispielsweise bei einer Lesung der nigerianischen Schriftstellerin Chimamanda Ngozi Adichie.

**D**ass die politische Positionierung jedoch sehr gefährlich ist, zeigt unter anderem der Fall von Junior Jein. Der Salsa-Choke-Star ist eine laute Stimme der Schwarzen Community, die klar Stellung bezieht und auch schon vor den Protesten seine Bekanntheit nutzte, um auf Repressionen aufmerksam zu machen. Der selbsternannte „Rey del Pacífico“ prägte die Musik an der Westküste des Landes. „Was, wenn Gott schwarz wäre“ titelte eines seiner Lieder. Der auch als *Caballo* (Pferd) bekannte Künstler besingt in dem Song eine Welt, in der es weniger Arbeit und mehr Feiern gäbe, die Menschen mehr Geld hätten und letztlich schwarz, weiß und braun gemeinsam tanzen. Insbesondere mit dem Lied „Quién los Mató“ forderte Jein mit weiteren Künstler\*innen Gerechtigkeit für fünf erschossene schwarze Jugendliche. Jein wurde während der Proteste in Cali vor einem Nachtclub niedergeschossen. Auch wenn die Täter in kurzer Zeit gefasst wurden, ist unklar, wer die Auftraggeber des Mordes gewesen sind. Aus offiziellen Kreisen wurde behauptet, dass es sich um eine Erpressung gehandelt haben könnte. Die Ex-Senatorin und Mitstreiterin von Jein, Piedad Córdoba Ruiz, glaubt daran nicht. In einer emotionalen Stellungnahme schreibt sie: „Mit diesem Profil und seiner klaren politischen Haltung ist für mich klar, dass der Mord an El Caballo ein Verbrechen mit politischem Hintergrund ist. Unabhängig davon, ob die eine oder andere der in der Region operierenden narco-paramilitärischen Banden beschuldigt wird, liegt die Tat in der Verantwortung des Staates, durch Handeln oder Unterlassen. Es sind nicht die beiden Jungen, die als Auftragskiller eingesetzt und von der Gemeinde gefangen genommen wurden, die hinter dem Mord stecken.“

Die Protestmusik durch Gewalt zu stoppen ist in Zeiten von Homestudios und YouTube dennoch nicht möglich. Viele lokale Gruppen spielen ihre Songs ein und teilen sie im Internet, von Punk über Singer/Songwriter bis zu Rap. Nicht nur die Schwarze Community, sondern auch indigene Aktivist\*innen greifen auf Rap als Stilmittel zurück. Unter der Vielzahl der Musiker\*innen, die Hymnen beisteuern, findet sich Jhon (sic) Jota, der sich auch als „El Indio del Rap“ bezeichnet. Im Song *Resistencia* vereint er die Slogans der Bewegung und untermauert seinen Rap mit einem Video, das bei den Protesten aufgenommen wurde. Auch Hiphop-Urgesteine wie Tres Coronas reihen sich ein in die Vielzahl an Gruppen, die Songs beisteuern. Unter den Suchbegriffen *SOS Colombia* oder *Resistencia Colombia* findet sich bei YouTube eine Fülle an Liedern und Künstler\*innen. Eine Übersicht zu erstellen ist dabei fast unmöglich. Nur eines lässt sich sicher sagen: Der Soundtrack des Streiks kommt von unten! ■

1) 1972/73 wurde das Töpfeschlagen erstmals von wohlhabenden chilenischen Damen eingesetzt, um gegen die Regierung Allende zu protestieren und deren Sturz zu fordern. Während der Pinochet-Diktatur übernahmen dann Frauen aus den Armenvierteln diese Aktionsform, um gegen Unterdrückung und Verarmung zu protestieren.



## Kein Asyl trotz Lebensgefahr

Deutsche Behörden und Gerichte erkennen Geflüchtete aus Kolumbien fast nie an

Die Zahl der Menschen aus Kolumbien, die in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung suchen, steigt. Obwohl sich die Menschenrechtssituation im Land seit drei Jahren kontinuierlich und in diesem Jahr noch einmal dramatisch verschlechtert hat, will das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) darin keine Verfolgungsgefahr sehen und gibt Asylgesuchen fast nie statt.

**M**ehrere Hundert politische Flüchtlinge aus Kolumbien leben zurzeit in verschiedenen Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland und warten auf die Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über ihre Asylanträge beziehungsweise die Gerichtsurteile über ihre Widersprüche. Ihre Zahl hat in den letzten drei Jahren deutlich zugenommen: Haben in den Jahren 2016 und 2017 noch 57 beziehungsweise 62 Kolumbianer\*innen einen Antrag auf Asyl gestellt, waren es 2018 schon 138 und in den beiden folgenden Jahren jeweils mehrere Hundert. Insgesamt gingen seit 2018 knapp 1000 Anträge von Kolumbianer\*innen beim BAMF ein. Davon wurden gerade einmal zwei positiv entschieden. Die Chancen für Geflüchtete aus Kolumbien, in Deutschland Schutz zu finden, gehen also gegen Null. Während immer mehr Bürger\*innen Kolumbiens in ihrem Heimatland um

ihr Leben und das ihrer Angehörigen fürchten und deshalb sogar auf einen anderen Kontinent flüchten, weisen BAMF und deutsche Gerichte ihre Asylanträge als »unbegründet« ab. Entsprechend bestürzt reagieren die Betroffenen: Sie kämpfen darum, dass die von ihnen erlebte Verfolgung auch Eingang in die Entscheidungs- und Rechtsprechungspraxis der deutschen Behörden und Gerichtsbarkeit findet.

Kolumbien war in der deutschen Öffentlichkeit jahrelang Inbegriff eines Landes, in dem Drogenkartelle, Guerillagruppen, Privatarmeen und Sicherheitskräfte unter Einsatz brutaler Gewalt gegeneinander kämpften. Aber im Jahr 2016 änderte sich dieses Bild, als es unter dem Präsidenten Juan Manuel Santos zu einem Friedensabkommen zwischen der Regierung und der FARC, der größten und ältesten Guerillaorganisation des Landes, kam. Das Abkommen umfasste die schrittweise Entwaffnung der Guerillatruppen sowie der „Paramilitärs“. Als Paramilitärs werden Privatarmeen bezeichnet, die einst von Großgrundbesitzern gegründet wurden und oft im Auftrag von Militärs sowie teils sogar mit Billigung oder Unterstützung der Regierung handeln.

Das Abkommen sah die Einrichtung von Behörden vor, die die gewalttätige Vergangenheit aufarbeiten und die Opfer entschädigen sollten, sowie von ländlichen Entwicklungsprogrammen, die ehemaligen FARC-Kämpfer\*innen ein legales Leben ermöglichen würden. Die Umsetzung dieses Abkommens gelang nur teilweise, sodass in einigen Teilen des Landes die Ex-Guerilleros die Waffen wieder aufnahmen. Vor allem scheiter-

Zum Foto: 99,8 Prozent der seit 2018 von Kolumbianer\*innen in Deutschland gestellten Asylanträge wurden abgelehnt.

te die Entwaffnung der paramilitärischen Gruppen, die sich nur formell auflösten und sich sogleich unter neuen Namen wieder konstituierten. Dennoch zeichneten internationale Beobachtermissionen im Großen und Ganzen ein hoffnungsvolles Bild von der Lage der Menschenrechte in Kolumbien. Diese Wahrnehmung hat Eingang in die Informationsquellen gefunden, auf die sich deutsche Behörden und Gerichte stützen. Sowohl auf der Internetseite der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (giz) als auch auf der des Auswärtigen Amtes (AA) ist davon die Rede, dass sich die Sicherheitslage durch den Friedensschluss von 2016 verbessert habe, wenn es auch nach wie vor Terrorismus, Drogenkriminalität, Landraub und eine extreme soziale Ungleichheit sowie offene Konflikte in bestimmten Regionen gebe. Gestützt auf diese Einschätzungen kommen das BAMF und deutsche Gerichte zu dem Schluss, dass es politisch Verfolgten möglich sei, innerhalb des Landes einen sicheren Ort zu finden.

In einem Interview rückt der aus Kolumbien geflohene Menschenrechtsanwalt Alberto Gómez diese Einschätzungen gerade: Er beschreibt, warum er nirgendwo im Land mehr sicher ist und inwiefern die Mechanismen der politischen Verfolgung und Morde zwar selektiver und geschickter geworden sind, das System der politischen Zerrüttung und extremer Gewalt aber weiter existiert und ab 2018 wieder verstärkt eine lebensgefährliche Bedrohung für Menschenrechtsverteidiger\*innen darstellt. Ein wichtiger Umstand wird in den Darstellungen deutscher Behörden vernachlässigt: Die 2016 in Gang gesetzte Entwicklung kam mit den Präsidentschaftswahlen von 2018 zu einem abrupten Ende. Der neue Amtsträger, Iván Duque, hatte schon zuvor zu den Gegnern des Friedensabkommens gehört und kündigte die Beteiligung seiner Regierung an dessen Umsetzung auf. Offiziell bestehen die durch das Abkommen geschaffenen Institutionen weiter, zugleich verstoßen der Präsident und seine Parteigänger\*innen regelmäßig und in aller Offenheit gegen den Geist des Vertrages, wie sich an den steigenden Zahlen von Ermordeten, Verschwundenen und politisch Verfolgten ablesen lässt. Dies ist ein Beispiel für die Widersprüchlichkeit des Landes – institutionelle Rechtsgarantien bei praktischer Rechtlosigkeit.

Seitdem hat sich die Menschenrechtssituation in Kolumbien stetig verschlechtert, wie aus Berichten von Amnesty International, der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte und kolumbianischer Menschenrechtsorganisationen hervorgeht. Im Jahresbericht für 2020 bezeichnet AI Kolumbien als „das gefährlichste Land der Welt für Menschenrechtsverteidiger\*innen“ und stellt fest: „Im Jahr 2020 erreichte die Anzahl der Tötungen von führenden Akteur\*innen der Zivilgesellschaft (Líderes Sociales) ein schockierendes Ausmaß.“ Auch der Bericht der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte hält fest, dass „die Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien mit hohem

Risiko verbunden ist“ und nennt allein für das Jahr 2020 die Zahl von 133 Personen, die ermordet wurden, weil sie sich für die Menschen- und Bürger\*innenrechte eingesetzt hatten. Neben dem Wiederaufflammen von Kämpfen mit ehemaligen Angehörigen der FARC sowie Auseinandersetzungen zwischen kriminellen Banden sind es vor allem Landkonflikte, die zu gewalttätigen Zusammenstößen führen. Dabei geht es nicht allein um die Kontrolle von Gebieten für den Drogenanbau. Auch legale Produkte wie Obst und Gemüse oder die Viehzucht beanspruchen immer mehr Anbauflächen. Mit Hilfe lokaler „Partner“ und Strohleute bemühen sich internationale Konzerne, Ländereien traditioneller Dorfgemeinden oder indigener Gemeinschaften an sich zu bringen.

Auch die Ausweitung des Bergbaus und die Gewinnung von Bodenschätzen sind fast immer mit der Vertreibung ländlicher Gemeinschaften verbunden. Wer sich diesen Interessen entgegenstellt, seien es Anführer\*innen lokaler Gemeinschaften, Umweltaktivist\*innen, Anwält\*innen oder Berater\*innen, hat es mit mächtigen Gegnern zu tun, denn die internationalen Konzerne haben in der Regel Verbündete in der kolumbianischen Politik wie Regierungsmitglieder oder Parlamentsabgeordnete.

Viele bedrohte Personen versuchen zunächst, der Gefahr durch Umzug in einen anderen Landesteil oder das Untertauchen in einer Großstadt zu entkommen. Mit ca. acht Millionen hat Kolumbien die höchste Zahl von Binnenvertriebenen auf der ganzen Welt. Aber gerade für Menschen, die politisch oder sozial in Erscheinung getreten sind, ist das oft keine Option, denn ihre Gegner sind mit Polizei und Militär bestens vernetzt und können sie überall aufspüren. Viele der Asylsuchenden, die sich in Deutschland befinden, haben die Erfahrung gemacht, dass sie den Todesdrohungen auch durch Umzüge von einem Ende des Landes zum anderen nicht entkommen konnten.

Seit dem Beginn der landesweiten Proteste gegen eine geplante Steuerreform und andere Vorhaben der Regierung Duque im April hat sich die Menschenrechtssituation weiter verschlechtert. Die Polizei (die in Kolumbien dem Verteidigungsministerium untersteht) ging mit großer Härte vor. Menschenrechtsorganisationen sprachen von mindestens 40 Toten und Hunderten Verschwundenen (siehe auch Interview mit Clemencia Correa in dieser ila).

Für deutsche Behörden und Gerichte ist die Situation schwer zu erfassen: Kolumbien ist keine brutale Diktatur, es ist auch kein „gescheiterter Staat“ im klassischen Sinne. Formal existieren Institutionen, die rechtsstaatliche Verfahren und Schutz vor Willkür bieten sollen. Zugleich sind Politik und Gesellschaft von weiten rechtsfreien Räumen durchsetzt, in denen sich wirtschaftliche, politische und militärische Macht verbünden und jeglicher Kontrolle entziehen können. Deshalb sind Todesdrohungen, Misshandlungen und Morde an der Tagesordnung, und es gibt keine „sicheren Orte“ innerhalb des Landes. ■

# El Grito – Der Schrei

Interview mit Carmen García, die sich von Brüssel aus für den kolumbianischen Protest engagiert



DER SCHREI – GEMÄLDE VON EDVARD MUNCH

Seit 30 Jahren lebt Carmen García in Brüssel. Immer mit dem Blick auf Kolumbien und insbesondere auf die Lage der Menschenrechte dort. Aber seit dem 28. April gehört sie zu denen, die aktiv unterstützen wollen. Insbesondere die Frauen. Denn wie in jedem sozialen Konflikt und in jedem Krieg ist Gewalt gegen Frauen die schäbigste, aber auch eine effektive Art, Macht durchzusetzen. Bei einem Telefonat zeigt sich Carmen García erschüttert und erwähnt ihre Unterstützungsaktionen hier. Ein Grund für ein Interview, dachten wir. Gesagt, getan. Hier ist es.

**I**n den vergangenen Jahren sind anscheinend viele Kolumbianer\*innen in ihre Heimat zurückgekehrt. Hast du den Eindruck, dass in der gleichen Zeit die Mobilisierung für das Thema Kolumbien in Europa abgenommen hat?

So groß ist die Zahl derer, die zurückgekehrt sind, gar nicht. Viele hatten nur vor, zurückzugehen. Aus meiner Sicht hat sich die Vorstellung, dass die Lage durch die 2016 unterzeichneten Friedensverträge in Kolumbien besser geworden sei, nur sehr kurz gehalten. 2017 bereiteten sich viele auf eine Rückkehr in ein besseres Land vor. Auch ich selbst nahm mir das vor, obwohl eigentlich schon mit der Ablehnung des Referendums im Oktober 2016 deutlich geworden war, dass das Land so anders nicht geworden war. Mit den Wahlen von 2018, dem Sieg des *Centro Democrático* (extrem rechte Partei des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe – die Red.), die verkündete, das Abkommen in Stücke zu zerreißen, erledigte sich das Thema Frieden mehr und mehr und die Bedingungen für eine sichere Rückkehr waren nicht mehr gegeben.

**Am 28. April dieses Jahres begann ein nationaler Aufstand. War das eine Überraschung für dich, oder sahst du ihn kommen?**

Wer sich mit Kolumbien beschäftigt, sah ihn sehr wohl kommen. Allerdings waren die Ausmaße, die er annahm, doch eine Überraschung für uns. Aber das, was dann zum Ausbruch kam, köchelte schon seit 2019. Am 21. November 2019 nämlich erschütterte ein riesiger Streik das Land. Die Pandemie lähmte dann jedoch den Elan auf der Straße, obwohl die Leute weiter am Thema blieben. Die *Primera Línea* organisierte sich schon seit jenem ersten Streik. Damals hatte das Streikkomitee einen Forderungskatalog an Präsident Duque

übergeben, der wegen der Pandemie unbeantwortet blieb. Als der Lockdown dann in diesem Jahr aufgehoben wurde, konnten die Streikvorbereitungen konkret werden.

**Du erwähntest die *Primera Línea*. Bei dem Begriff denkt man sofort an die *Primera Línea* während der Proteste in Chile.**

Die Proteste in Chile begannen im Oktober 2019, also vor dem Streik in Kolumbien. Die dortigen Organisationsformen wurden sehr schnell in Kolumbien übernommen. Die *Primera Línea* entstand daher nicht erst im Zuge des nationalen Streiks vom 28. April.

**Die Ablehnung einer Steuerreform, ein ziemlich eng umgrenztes Thema, gilt als Auslöser des Protests vom 28. April. Ging es nur darum, oder ging es den Streikenden um mehr? Wieso betrifft diese Steuerreform überhaupt Kolumbianer\*innen im Ausland?**

Nun, sie betrifft mich auch, sie machte mich wütend, weil sie meine Familie im Land selbst betrifft. Die Krise der vergangenen Jahre hat sie schon ärmer gemacht. Meine Schwestern hatten eine Rente, die nicht hoch war, aber zum Leben reichte. Das tut sie immer weniger. Ein Kilo Bohnen kostete einmal 7000 Pesos, jetzt sind es 14 000 Pesos. Wir Kolumbianer\*innen hier haben alle Familienangehörige in Kolumbien. Die geplante Steuerreform beträfe gerade die Ärmsten, und das ist für mich eine riesige Ungerechtigkeit. Auch rückt für mich dadurch eine Rückkehr in noch weitere Ferne. Es ging also nicht um ein minderes Problem bei dem Protest. Leute aus 1700 Gemeinden sind auf die Straße gegangen. Viele aus ganz kleinen Dörfern, manchmal 40, 50 oder auch 200 Personen – etwas, was wir vorher nie in Kolumbien erlebt haben.

**Vom Ausland aus kann man die Medien und sozialen Netzwerke verfolgen, man kann Familie und Freund\*innen anrufen. Du aber hast gleich entschieden, mehr zu tun und aktiv zu werden. Wie kam das?**

Als ich sah, mit welcher Gewalt den Protesten begegnet wurde, konnte ich nicht mehr nur zuschauen. Für mich waren die Bilder, die Canal 2 brachte, erschütternd. Der Reporter Alberto Tejada ist für mich ganz großartig, ich würde sagen, er ist heute ein Held. Der Sender ist eigentlich nur lokal, in Cali, ich kannte ihn vorher gar nicht. Alberto Tejada entschied mit seinem Team von acht Reportern, überall dort

präsent zu sein, wo die Jugendlichen demonstrierten, in den armen Vierteln, wo Widerstandsorte, Diskussionszentren und Gemeinschaftsküchen errichtet wurden. Mit Canal 2 erfuhr die Welt, wie die Jungs ohne Arbeit, die wir "Ninis" nennen (*Ni trabajo, ni empleo, ni estudio* – weder Arbeit noch Anstellung, noch Ausbildung), demonstrierten und die *Primera Línea* bildeten. Canal 2 holte die Leute vor das Mikrofon, und so hörten wir die Stimme derer, die wir nie gehört hatten, Junge, Alte, alle arm.

### **Was war der Auslöser für dein Engagement für Frauen?**

Mich hat die Gewalt an Frauen, jungen Mädchen und jungen Männern besonders aufgewühlt. Der brutalste Moment für mich war wohl der, als die Polizei am 2. Mai in Popayán Alison Meléndez, eine junge Frau, die mit ihrem Handy die Proteste filmt, festnimmt. Sie wehrt sich, wird an Händen und Füßen wie ein geschlachtetes Tier in eine Polizeistation weggeschleift und dabei halb ausgezogen. Das kann man alles im Internet sehen. Sie kommt frei und berichtet ihren Eltern, dass sie begrapscht wurde. Offenbar rät der Vater ihr von einer Anzeige ab. Das Mädchen beschreibt auf Facebook, wie sie sexuell missbraucht – wenn wohl auch nicht vergewaltigt – wurde und begeht danach Selbstmord.

Es waren zu der Zeit bereits 14 oder 15 Fälle von Vergewaltigung publik geworden. Angesichts dessen setzte ich mich hier in Brüssel mit feministischen und Frauengruppen in Kontakt, um dies öffentlich zu machen und zu verurteilen.

### **Kolumbianerinnen oder Belgierinnen?**

Belgische Organisationen. Allerdings fehlten mir Bilder, visuelles Material. Mir schwebte vor, ein Dossier zusammenzustellen, um die Organisationen von der derzeitigen Gewalt an Frauen in Kolumbien zu überzeugen. Tatsächlich filmen viele junge Frauen mit ihren Handys die Gewaltszenen. Die Polizei merkt das natürlich, schlägt zu, versucht, an die Handys zu kommen und die Frauen auf die Polizeistationen zu zerren. Ich nenne das systematische Gewaltanwendung an Frauen und jungen Mädchen, um Angst zu verbreiten und sie daran zu hindern, die Repression durch die Polizei zu filmen. Mir hat das keine Ruhe gelassen. Ich trommelte drei Kolumbianerinnen, die ich in Brüssel kenne, zusammen. Was tun? Wir waren alle sehr niedergeschlagen angesichts der grausamen Gewalt, dem Morden, dem Verschwindenlassen.

Mit den belgischen Organisationen kam ich nicht weiter. Ich bekam kein überzeugendes Dossier mit exakten Zahlen und Statistiken über Vergewaltigungen zusammen. Mit dem Thema Verschwindenlassen beschäftige ich mich dagegen seit jeher, ein altes Problem in Kolumbien. Dazu gibt es mehr belastbares Datenmaterial. Seit April hat es eine neue Aktualität.

### **Wie bist du vorgegangen?**

Ich habe das Thema der Arbeit mit Organisationen erst einmal beiseite gelassen. Unsere Idee war dann, mit den drei

Kolumbianerinnen und zwei belgischen Freundinnen, die sich mit Kolumbien auskennen, in Belgien zu sensibilisieren, also auf Flämisch und Französisch. Bei einem Paella-Essen bei mir zu Hause wollten wir Ideen sammeln und luden ein. Am Ende waren wir 14 Frauen. Der Abend war sehr motivierend, wenn auch nicht fröhlich, da einige der Frauen sehr schlimme Geschichten aus ihrem Familienkreis in Kolumbien zu erzählen hatten, darunter von Verschwundenen. Wir waren aufgewühlt, aber wir wussten auch: ein neues Kollektiv ist in der Mache.

Die erste konkrete Idee war eine Geldsammlung unter uns selbst. In weniger als zwei Tagen hatten wir 700 Euro zusammen, die wir über persönliche Kontakte nach Kolumbien schickten. So hatten wir plötzlich das Gefühl, wir können auch einen Beitrag leisten.

Das Geld ging an ein armes Stadtviertel in Cali, Siloé. Dort haben Demonstrierende eine Polizeistation übernommen und in eine öffentliche Bibliothek umgewidmet (siehe Kasten „Claudia – Aktivistin in der neuen Bibliothek“ in dieser ila). Unser Geld war zum einen für einen Drucker und Material für die Bibliothek bestimmt. Die Leute dort haben das Geld gut aufgeteilt, und so ging einiges zudem an einen medizinischen Dienst und an die Gemeinschaftsküche. Das wissen wir durch ein Video, in dem sie uns dankten und in die Bibliothek einluden. So etwas macht ein sehr gutes Gefühl.

### **Die Umwidmung und Wiederaneignung von Orten wie die Polizeistation sind ein besonderes Merkmal der Streiks in Kolumbien. Habt ihr auch solche Formen von kultureller Selbstermächtigung gewählt?**

Erst einmal möchte ich betonen, wie neuartig diese Formen sind. Wenn ich zurückblicke auf die Geschichte der Demonstrationen in Kolumbien – und ich kenne noch die großen Mobilisierungen der 70er-Jahre – muss ich sagen, dass es nie etwas Vergleichbares gab. Kunst und Musik spielen derzeit eine sehr große Rolle, und sie bedeuten eine ganz andere Art, Widerstand erfahrbar zu machen. Das ist ein besonderes Verdienst der Jungen. Sie begannen, die Wände zu bemalen, mit großer Kreativität Transparente zu gestalten, originelle Slogans zu entwerfen.

Als Kollektiv von inzwischen zehn Frauen haben wir versucht, dies aufzugreifen und Ähnliches zu machen. Eines Tages rief mich eine junge Frau von 23 Jahren an und sagte weinend, sie sei eine Freundin von Verschwundenen und wolle eine Performance organisieren. Ich kümmerte mich darum, das auf dem Vorplatz des Gare Centrale (des Bahnhofs im Stadtzentrum unweit des Grand-Place – die Red.) zu ermöglichen. Am 19. Juni, einem Samstag, fand dann die Performance statt, gleich nachdem eine Demo zu Brasilien vorbeigezogen war. Bei unserer Veranstaltung waren auffallend viele junge Leute, was mir sehr imponierte. Für gewöhnlich tauchen meist nur die üblichen Komitees und Gruppen auf. Aber die Demo vom 19. Juni war erfrischend, weil sie so jung war. Die Performance drehte sich um die bekannte Figur



der *Llorona* (die Weinende). Sie ist ein Mythos in Kolumbien wie in Mexiko. Das ist eine Frau, die nachts aufsteht und die Toten beweint. Die beiden Belgierinnen unseres Kollektivs, die eine flämisch-, die andere französischsprachig, nähten das Kostüm der *Llorona*. In diesem Kostüm zählte die genannte junge Frau die Namen der mittlerweile 380 seit Ende April Verschwundenen auf, wie sie uns übermittelt worden waren. Nach jedem Namen riefen wir: „Ist nicht da. Wurde von der Polizei verschleppt.“ Das Ganze auf Französisch, Flämisch und Spanisch. Das war emotional ein starker Moment. Es war schwer, nicht zu weinen.

Wir vom Kollektiv waren alle in Schwarz gekleidet und hatten weiße Masken mit einem aufgemalten schwarzen Fragezeichen auf. Bevor die *Llorona* die Namen aufzählte, verteilten wir uns im Publikum, taten, als suchten wir die Verschwundenen, und riefen: „Wo sind sie?“

***Ist das ursprüngliche Kollektiv durch solche Auftritte gewachsen?***

Das Kollektiv ist stabil, aber wir bekommen bei jeder Aktion mehr Zuspruch. Jedes Mal sind weitere Frauen dabei und wollen ebenfalls die Transparente oder die Masken tragen.

***Habt ihr Kontakte zu anderen Gruppen in Europa?***

Ich weiß nicht wirklich viel darüber, was anderswo passiert, weil ich in den letzten zwei Monaten täglich voll mit dem Organisieren in Brüssel beschäftigt bin. Vorher hatte ich jedoch den Eindruck, dass die Frauen anderswo, etwa in Barcelona, Valencia und Alicante, viel aktiver waren und wir in Brüssel dahinter zurückfielen. Auch das hat mich motiviert, in Brüssel, wo doch das Herz Europas ist, Frauen zu Aktionen zu aktivieren.

Zum Thema „Verschwundene“ bin ich in Kontakt mit englischen Frauen. Wir haben da Ideen zu gemeinsamen Kampagnen. Dazu haben wir die Engländerinnen im September zu einem Treffen in einem Wald bei Brüssel eingeladen. Um ein Picknick herum werden wir unsere Erfahrungen austauschen und weiter planen.

***Wenn du jetzt ein Treffen für September planst, gehst du nicht davon aus, dass die Mobilisierung in Kolumbien bald in sich zusammenfällt. Ohne sie ist es jedoch***

***schwierig, weitere Auslandsunterstützung am Leben zu halten. Wie siehst du das?***

Sicher sind im Kollektiv einige mehr und andere weniger motiviert. Aber ich bin optimistisch. Gerade machen wir ein kleines Video, um all das zu zeigen, was wir bisher gemacht haben, und mit diesen Dokumenten dann im September als *El Grito* (Der Schrei), wie wir uns jetzt nennen, Kontakt zu den belgischen Frauenorganisationen aufzunehmen, um gemeinsam die Rückkehr der Verschwundenen in Kolumbien zu fordern.

***Du sagst, du seist optimistisch. Das Optimistischste wäre, darauf zu setzen, dass die Forderungen der Protestierenden erfüllt würden.***

Ich beschränke mich auf Konkretes. Ich fordere von Brüssel aus, dass sich alle des Themas der Verschwundenen annehmen, der des Protests, aber auch all der anderen, wie das viele kolumbianische Mütter machen. Das ist ein Drama, das es auch in vielen anderen Ländern gibt und das nicht mit einem Brief an den Präsidenten gelöst werden wird. Daran glaube ich überhaupt nicht.

***Wie siehst du die Zukunft der Mobilisierungen? Werden sie abflauen? Was ist mit den Wahlen nächstes Jahr?***

Ich glaube, dass die Mobilisierung bislang schon einiges in Bewegung gesetzt hat. Das Land ist anders geworden, denke ich, aber ich kann mich irren. Sicher war die Repression sehr stark und hat auch zum Teil ihr Ziel erreicht, Angst einzujagen, sodass die Leute nicht mehr aus dem Haus gehen. So wie bei der deportierten Deutschen aus Cali. Die Botschaft ist: „Seht her, wir können alle abschrecken, egal wen. Das gilt auch für Ausländer\*innen.“ So etwas verfehlt seine Wirkung nicht. Worauf es jetzt ankommt, sind die Wahlen für das Parlament im März, für die Präsidentschaft im Mai. Und tatsächlich schreiben sich die jungen Leute jetzt in die Wahlregister ein. Auch das ist ein Effekt. Zwei Frauen der Linken lancieren gerade ihre Bewerbung für die Präsidentschaft, eine Schwarze aus dem Chocó, Francia Márques, und die Umweltaktivistin Isabel Cristina Zulueta. Und viele Organisationen schließen sich der *Primera Línea* an, etwa Anwalt\*innen, die viele der Verhafteten betreuen, oder die Ärzt\*innen. In Medellín gibt es ein Kollektiv von Gesichtschirurgen, die bei den Demos Verletzte gratis operieren. Überall gibt es jetzt Engagement. ■



FOTO: MICHAEL ARANTER

Die Bilder der massiven sozialen Proteste am 11. Juli 2021 in Cuba gingen um die Welt. Mehrere Hundert Menschen sitzen nach der Verhaftungswelle seit diesem Tag in Haft. Rechtliche Standards werden nicht eingehalten, Angehörige über den Verbleib ihrer Verwandten nicht informiert, mehrere Sammelklagen ohne juristischen Beistand durchgeführt, kritisieren Menschenrechtsorganisationen. Amnesty International hat sechs Verhaftete zu Gewissensgefangenen erklärt.

## Historische Zäsur oder global platzierte Lüge?

Cuba nach den Protesten vom 11. Juli 2021

**D**ie Gefängnisse der Insel sind voll nach den Protesten vom 11. Juli. Landesweit gingen an diesem Sonntag und an den zwei folgenden Tagen Tausende auf die Straße. Parolen wie „Patria y Vida“ (Vaterland und Leben), „Renuncian“ (Tretet zurück) oder „Basta Ya“ (Es reicht) erschallten inselweit in rund 60 Städten und Ortschaften. Der Unmut über die prekäre ökonomische Situation und die Regierung von Miguel Díaz-Canel war quasi greifbar.

VON KNUT HENKEL

Das Ausmaß der Proteste war beispiellos, denn seit dem „Maleconazo“ vom 5. August 1994 (als sich mehrere Hundert Demonstrierende an Havannas Uferpromenade einfanden) hatte es in Cuba keine spontanen Demonstrationen mehr gegeben. „Seit dem 11. Juli kann niemand mehr behaupten, dass die Bevölkerung das Ein-Parteien-System unterstützt und dass es nur einige wenige Dissidenten und Andersdenkende auf der Insel gibt. Das ist nicht mehr haltbar. Der 11. Juli ist eine Zäsur und kann der Auftakt zum Wandel sein“, meint Pavel Vidal, cubanischer Ökonom und Finanzexperte mit einem Lehrauftrag im kolumbianischen Cali. „Es handelt sich definitiv nicht um kleine, aus dem Ausland finanzierte Oppositionsgruppen, sondern um erhebliche Teile der Bevölkerung. Das zeigen die Bilder in den sozialen Medien. Und die machen den Unterschied“, so Vidal. Nun müsse die cubanische Regierung akzeptieren, dass es in Cuba eine Opposition gebe. Doch genau das streitet die cubanische

Regierung vehement ab. Sie setzt auf die Ordnungskräfte, die am 11. Juli und in den folgenden beiden Tagen sowohl gegen die Demonstrierenden vorgehen als auch Hunderte Personen, zumeist Jugendliche, im Anschluss an den 11. Juli festnahmen.

Die Initialzündung für die Proteste lieferte San Antonio de los Baños, eine Kleinstadt im Großraum Havanna, wo am Morgen des 11. Juli Hunderte auf die Straße gingen. Die Bilder von der Demo gingen viral, fluteten die sozialen Netzwerke und wurden zum Auslöser für die massivsten sozialen Proteste seit dem Sieg der cubanischen Revolution 1959. Die Breite des Protests und die Tatsache, dass in mehr als 60 Orten und Städten der Insel friedlich demonstriert wurde, hat auch Aktivist\*innen wie Michel Matos überrascht. „Die Aussagen von cubanischen Politiker\*innen, dass die USA dahinterstehen, sind vollkommen haltlos“, meint der Dokumentarfilmer. Er gehört sowohl dem „Movimiento San Isidro“ an, der 2018 aus dem Widerstand gegen das Gesetz 349 zur Regulierung der Kunst entstandenen Künstlergruppe, als auch der Gruppe „27N“. 27N steht für den 27. November 2020, als sich mehrere Hundert cubanische Künstler\*innen und Intellektuelle vor dem Kulturministerium versammelten, um gegen kulturelle Gängelung und Polizeirepression zu protestieren. Rund 30 von ihnen, viele international bekannt, wurden schließlich zum Dialog mit Vizekulturminister Fernando Rojas vorgelassen, hielten Kontakt untereinander und agierten seitdem gemeinsam. „Damals haben wir viel Solidarität erfahren, als

wir im Anschluss an das Treffen mit dem Minister diskreditiert, drangsaliert und als Konterrevolutionäre beschimpft wurden. Aber eine derartige Explosion der Unzufriedenheit hat wohl niemand in Cuba erwartet“, meint Matos.

Schockierend sind die Bilder von der Polizeigewalt. Sechs uniformierte und zwei zivile Polizisten, die auf einem Dach in Havanna einen Mann festnehmen und ihn dabei brutal zusammenschlagen, gingen genauso online wie Bilder von uniformierten Polizisten, die ihre Dienstwaffe gezielt auf Protestierende anlegten. „Diese Bilder werden auch einen Effekt innerhalb des Systems, unter den Anhänger\*innen von Miguel Díaz-Canel haben. So etwas war in Cuba bisher nicht vorstellbar. Diese Bilder können das politische Kapital der Regierung, ihre Glaubwürdigkeit innerhalb und außerhalb Cubas erdrutschartig erodieren lassen“, meint Pavel Vidal, der sicherlich nicht zu den ausgewiesenen Kritiker\*innen der Regierung zählt. Für ihn markiert der 11. Juli eine Zäsur in der Cubanischen Revolution, die einst angetreten ist, um soziale Gerechtigkeit und direkte Partizipation auf der damals von den USA dominierten Insel einzuführen.

Doch das historische Projekt hat schon lange Schlagseite. Und mit der Pandemie hat sie sich weiter verstärkt. Das auf ein historisches Maximum verschärfte US-Embargo ist ein Grund, der Einbruch des Tourismus und die politische und ökonomische Krise im lange freigiebigen „Bruderland“

Venezuela sind weitere wichtige Faktoren. Die seit Januar 2020 stetig steigenden Corona-Infektionszahlen lassen das einst so gerühmte cubanische Gesundheitssystem zumindest partiell in die Knie gehen. Diese drei Tatbestände sowie die seit mehr als fünf Jahren stetig sinkenden Exporte haben Cubas Wirtschaft letztes Jahr um rund elf Prozent einbrechen und die Versorgungskrise unübersehbar werden lassen. Mitverantwortlich für die existenzielle ökonomische Krise ist eine stark zentralisierte Wirtschaft, die Tatsache, dass Reformen zögerlich, halbherzig und – wie im Fall der Währungsreform – zu einem ungünstigen Zeitpunkt erfolgten, oder – wie die Reformen zur Legalisierung von kleinen und mittleren Betrieben – mit rund zehnjähriger Verspätung, sind Ökonomen wie Pavel Vidal oder Omar Everleny Pérez überzeugt. Derzeit sind selbst Grundnahrungsmittel knapp, Hygieneartikel fast nur gegen Devisen zu bekommen, mit denen aber kaum jemand bezahlt wird.

All das ist der Hintergrund für den Ausbruch der sozialen Proteste vom 11. Juli, denen vor allem mit Repression begegnet wird. 852 Festnahmen im Zusammenhang mit dem 11. Juli hat die juristische Beratungs- und Menschenrechtsorganisation „Cubalex“ bis zum 19. August registriert. Davon wurden 295 wieder auf freien Fuß gesetzt. Allerdings ist der Verbleib von vier Personen auch fast sechs Wochen nach dem 11. Juli unklar, sie gelten als gewaltsam Verschwundene, so Maritza Diversent,



Foto: ZorahDark

Foto: Solidaritätsbekundungen gehen unter dem Motto SOS Cuba um die ganze Welt

Anwältin und Gründerin von Cubalex. Elf Jugendliche, zum Teil jünger als 18 Jahre, befinden sich derzeit noch in Haft. Das verstößt gegen geltendes cubanisches Recht: nicht nur die Festnahme mehrerer Minderjähriger unter 16 Jahren (in Cuba beginnt die Strafmündigkeit mit 16 Jahren), sondern auch die Sammelprozesse, in denen mehreren Angeklagten und Verurteilten ihr Recht auf einen Anwalt verweigert wurde, so Diversent. Sechs der Verhafteten wurden mittlerweile von Amnesty International als „Gewissensgefangene“ eingestuft, darunter Manuel Otero Alcántara vom *Movimiento San Isidro* oder José Daniel Ferrer von der eher konservativen *Unión Patriótica de Cuba* (Unpacu).

**F**ormell ist das Demonstrations- und Versammlungsrecht genauso wie die Meinungsfreiheit in der Verfassung festgeschrieben, aber in der Praxis wird es allem Anschein nach von der Regierung nicht respektiert. Demonstrieren darf nur, wer für die cubanische Revolution die Fahne schwingt, kritisieren Intellektuelle, Künstler\*innen und Musiker\*innen, die sich in Gruppen wie dem *Movimiento San Isidro* oder der Gruppe 27N zusammengeschlossen haben. Sie agieren als Speerspitze für den grundlegenden Wandel auf der Insel, und längst sind es auch etablierte Künstler\*innen wie der Kinoregisseur Fernando Pérez, die Performanceaktivistin Tania Bruguera oder Pianist Ernán López-Nussa, die für strukturelle Reformen und Bürgerrechte auf der Insel eintreten, gegen die Repression und Gängelung von oben.

Für die Regierung in Havanna allesamt von der US-Propaganda verwirrte oder auch bezahlte Unruhestifter, so lautet in etwa der offizielle Diskurs, der wie gewohnt die USA für alle Missstände verantwortlich macht. An dieser ökonomischen wie politischen Situation wird sich vorerst kaum etwas ändern. Von Präsident Miguel Díaz-Canel gibt es keine echten Signale für einen Dialog oder gar Versöhnung. „Weiter so“ scheint die Devise des Mannes zu sein, der im April 2018 als Mann des Dialogs in Havanna gehandelt wurde.

Auch Yunior García Aguilera hatte daran geglaubt (siehe Interview). Er kennt den Präsidenten noch aus seiner Zeit als erster Parteisekretär in Holguín, einer Stadt im Osten der Insel. „Damals musste man kein glühender Verehrer der Revolution sein, um mit ihm zu diskutieren“, erinnert er sich. Heute scheint das diametral anders. Díaz-Canel hat die Darstellung der Ereignisse rund um den 11. Juli komplett negiert. „Die Welt sieht eine Lüge“, sagte er im Rahmen der Demonstration am Samstag, den 17. Juli, in Havanna. Signale für den Dialog klingen anders. Das gilt auch für das gerade verabschiedete Gesetz Nr. 35. Es sanktioniert die Verbreitung von Falschmeldungen in den sozialen Medien, wobei es naheliegend erscheint, dass es die Behörden sind, die definieren, was wahr ist und was nicht. Zudem liefert es die Grundlage für die flächendeckende Abschaltung des Internets, wie bereits rund um den 11. Juli geschehen. Auch das ist eine Verletzung grundlegender Verfassungsrechte und kein Signal für einen Dialog. ■



**Yunior García Aguilera (38) ist ein prämiertes Dramatiker. Auf EduRed, dem cubanischen Wikipedia-Pendant, wird er als Erneuerer des cubanischen Theaters geführt. Er ist Gründer von Teatro Trébol, zählt zu den derzeit aktivsten Künstlern der Insel und engagiert sich für den friedlichen Wandel sowie einen echten Dialog.**

**Herr García Aguilera, wie ist sechs Wochen nach dem 11. Juli die Situation in Havanna? Gibt es eine erhöhte Polizeipräsenz, können Sie sich frei bewegen?**

Bis zum 15. August standen ein Polizeiwagen mit zwei uniformierten Beamten vor meinem Haus sowie ein weiterer, in Zivil gekleideter Mann, der wahrscheinlich der Staatssicherheit angehört. Die haben bis letzten Sonntag mich und meine Wohnung observiert. Seit Montag sind sie nicht mehr da. Nach dem 11. Juli war die Situation lange angespannt, es gab deutlich mehr Polizeipräsenz auf der Straße, doch viel bedrohlicher ist für uns die Präsenz der paramilitärischen Gruppen, die mit Stöcken bewaffnet gegen Andersdenkende losgeschickt werden: Sie gehen mit dem Befehl, die „Revolution“, also de facto die Regierung zu verteidigen, auf die Straße und schüchtern die Leute ein. Diese Gruppen, die dafür trainiert sind, Demonstrationen und Proteste zu unterbinden, sind auf Plätzen und zentralen Straßen zu sehen.

**Glauben Sie noch an einen echten Dialog, der die Situation entspannen könnte?**

Die offiziellen Stellen haben bisher kein Anzeichen dafür gegeben, dass sie dialogwillig sind. Alle Gespräche, die in Cuba derzeit laufen, finden zwischen Gleichgesinnten, Anhänger\*innen der Regierung und der Regierung statt. Auf die Leute, die Kritik üben, ist nicht zugegangen worden. Sie werden eher ausgegrenzt. Viele cubanische Künstler\*innen kennen die Struktur dieser Treffen, wo ähnliche Meinungen aussernd diskutiert werden, es aber eben nicht um Vorschläge

# Der Mythos ist hinüber

Interview mit dem cubanischen Theatermacher Yunior García Aguilera

und Gegenvorschläge geht, um einen Dialog, der einen Wandel auf den Weg bringen könnte. Doch genau das fordern wir ein.

## **Warum lehnt die Regierung den Dialog ab und erkennt nicht an, dass breite Bevölkerungsschichten die Proteste vom 11. Juli unterstützen?**

In Cuba hat es Tradition, jedwede Abweichung vom offiziellen Bild der Bevölkerung, die mehrheitlich die Revolution und das Ein-Parteien-System unterstützt, zu negieren. Dieser Mythos ist allerdings mit dem 11. Juli komplett erodiert, denn es waren Tausende, die auf die Straße gingen. Und sie protestierten nicht nur gegen die prekären Lebensverhältnisse, sondern auch für Freiheit und Demokratie. Die Regierung weigert sich, die Zahl der Protestierenden anzuerkennen, die Zahl der Verhaftungen preiszugeben. Dieser Mangel an Transparenz hat System, denn so kann nicht festgestellt werden, wie viele Cubaner\*innen dem Präsidenten vertrauen und seine Politik unterstützen. Der zugrunde liegende soziale Pakt der cubanischen Revolution ist allerdings längst gescheitert. Die derzeitige Situation ist von extremer Unsicherheit geprägt.

## **Was bedeutet in diesem Kontext das Gesetz 35, das Mitte August veröffentlicht wurde und nun rechtskräftig ist?**

Dieses Gesetz geht über das Gesetz 370 und das Gesetz 88 aus dem Jahr 1999 hinaus.<sup>1</sup> Dieses neue Gesetz weitet die Liste der Verbote und Sanktionen für Posts in den sozialen Medien aus und legalisiert das, was rund um den 11. Juli bereits Usus war: das Abschalten des Internets. Das Gesetz ist variabel anwendbar und kann die freie Meinungsäußerung beschneiden. Der Austausch von Ideen, von Konzepten für die Zukunft der Insel lässt sich sanktionieren – nach den Kriterien der einzigen Partei, der kommunistischen. Das sorgt für weitere Unsicherheit.

Nach dem 11. Juli herrschte viel Angst und Unsicherheit, die in den sozialen Medien ein Ventil fanden. Darauf hat die Parteizeitung Granma reagiert und behauptet, dass dies alles von außen fabriziert sei, dass dafür etliche Bots in den USA erschaffen worden seien. Im Kern lautet die Botschaft immer gleich: Die USA sind verantwortlich, hier steht die

Bevölkerung geschlossen hinter der Regierung. Allerdings zeigen die Reaktionen auch, dass in der politischen Führung die Angst umgeht. Ich glaube, dass sie mit diesen Maßnahmen weiteren Rückhalt in Teilen der Bevölkerung verspielen.

## **Das Gesetz 35 verletzt in der Verfassung garantierte Grundrechte. Welche Relevanz hat die Verfassung in Cuba – wenn sie von der eigenen Regierung nicht respektiert wird?**

Die Hoffnungen und Erwartungen an die neue Verfassung 2019 waren immens. Mit deren Verabschiedung verbanden viele mehr Freiheiten und Grundrechte, denn sie war deutlich progressiver als jene von 1976. Deshalb stimmten auch kritische Geister mit Ja. Sie hofften, dass sich Cuba zum Rechtsstaat entwickeln würde. In der Praxis war das nicht der Fall, die Situation hat sich eher verschärft. Tatsächlich steht die Partei über der Verfassung und den Grundrechten. Das hat sich nicht erst mit den Protesten des 11. Juli gezeigt. Für die Herrschenden in Cuba ist die Verfassung nur ein Haufen Papier. Sie verteidigt ihre Macht, koste es was es wolle. Bezeichnend sind in diesem Kontext die Worte des Präsidenten Miguel Díaz-Canel, in denen er die Revolutionär\*innen zum Kampf aufrief und die Worte „nur über unsere Leichen“ wählte. Ein Parlament, das den Auftrag hat, die Interessen der Bevölkerung zu verteidigen, das aber still hält und sich der einzigen Partei beugt, die die Verfassung verletzt, verliert seine Glaubwürdigkeit.

## **Sie haben eine Facebook-Gruppe gegründet, der mehr als 16000 Menschen beigetreten sind. Warum?**

Das ist eine Plattform der offenen, breiten Diskussion über die Zukunft der Insel, ohne die extremen Positionen und die Einseitigkeit, die wir alle kennen: die revolutionäre Seite, die meint, die Wahrheit gepachtet zu haben, oder die andere, die einen historischen Sieg erringen und die sozialistische Revolution ausradieren will. Wir wollen einen friedlichen, demokratischen Wandel in Cuba und laden alle Menschen ein, an diesem Projekt mitzuarbeiten – wir wollen die Vielfalt der cubanischen Gesellschaft abbilden, die so oft und so lange nicht zu Wort kam. ■

1) Das Gesetz 370 aus dem Jahr 2019 sieht Geldstrafen gegen Journalist\*innen und unabhängige Blogger\*innen vor, wenn sie Informationen verbreiten, die gegen das „soziale Interesse, die Moral, gute Sitten und die Integrität der Menschen verstoßen“. Das Gesetz 88 „zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und Wirtschaft Cubas“ ist laut Amnesty International ein häufig angewandtes Hilfsmittel bei der Verhaftung und Aburteilung von Dissident\*innen.



CC BY-SA 4.0

## Der Dialog muss der Weg sein

Interview mit dem cubanischen Satiriker und Filmemacher Eduardo del Llano über seinen neuen Film und die Lage im Land



Eduardo del Llano

FOTO: PRIVAT

Eduardo del Llano gehört zu den bekanntesten und kreativsten Satirikern des Landes. 1962 in Moskau geboren, von 1990 bis 1995 Professor für Lateinamerikanische Kunstgeschichte an der Uni Havanna, seither freier Schriftsteller, seit 2004 auch Filmemacher. Auf Deutsch erschien „Greenpeace“ in der Anthologie „Cubanísimo! Junge Erzähler aus Kuba“ (Suhrkamp 2000). Er ist Drehbuchautor, unter anderem für Fernando Pérez („La Vida es Silbar“, „Madrigal“) sowie Daniel Díaz Torres (unter anderem „Alicia en el pueblo de las maravillas“, „Kleines Tropicana“). Seine satirische Kurzfilmreihe „Nicanor“ über den cubanischen Alltag war auf der Insel sehr populär und hat auch zu internationaler Beachtung geführt. Dieses Jahr stellte er mit Unterstützung der neuen cubanischen Filmförderung seinen Kurzfilm „La campaña“ fertig. Im Film trifft der junge Brigadist von der Alphabetisierungskampagne in den Bergen auf einen nicht ganz typischen Bauern, der Marx und Kierkegaard gelesen hat.

**D**er Kurzfilm „La campaña“ ist in gewisser Weise eine satirische Annäherung an die Alphabetisierungskampagne zu Beginn der 60er-Jahre auf Cuba, kommt aber nicht als Angriff, sondern eher mit einem Augenzwinkern daher. Andererseits stellt die Alphabetisierung ein für das Narrativ der Revolution und das Selbstbild des Landes konstituierendes „Allerheiligstes“ dar. Somit könnte der Film von be-

**stimmten Sektoren der Gesellschaft, besonders in einer so angespannten Situation wie der jetzigen, mit Unbehagen betrachtet werden. Wie denkst du darüber?**

Nein, ich sehe das gar nicht als Angriff auf die Alphabetisierungskampagne, sondern selbige eher als einen äußeren Rahmen, um von anderen Dingen zu sprechen, etwa dem Recht auf Differenz. Wenn der Brigadist plötzlich auf einen Bauern mit so hoher Allgemeinbildung trifft, ist das ja nichts Negatives. Es geht auch um die Geburt der Doppelmoral. Um seinen Vorgesetzten nicht zu behelligen, akzeptiert der Brigadist eine kleine Lüge, die immer größer wird. Am Ende fühlt er sich mies, denn alles, was er bei dieser Bauernfamilie gemacht hat, und alles, was er mitnimmt, basiert auf einer Lüge. Es darf nicht akzeptiert werden, dass dieser Bauer eben anders ist. Ob ich wegen des Films schlecht angesehen werde, ist mir egal. Das ist das Risiko, das man eingeht. Ich „entweihe“ nicht die Alphabetisierung, sondern nutze sie als Hintergrundfolie für eine Erzählung von Doppelmoral und dem Recht auf Differenz. Beides sind aktuelle Themen im Cuba von heute.

**„La campaña“ wurde von der neuen cubanischen Filmförderung Fondo de Fomento para el Cine Cubano (FFCC) gefördert, die aus dem neuen Dekret 373 entstanden ist, das zum ersten Mal den unabhängigen Produktionen einen rechtlichen Rahmen gibt und diese fördern soll. Wie sah diese Unterstützung in deinem Fall aus? Wie siehst du die Rolle des neuen Filmdekrets in der Kulturpolitik des Landes?**

Ende 2019 hatte ich ein Crowdfunding initiiert, um das Geld für dieses Projekt zusammenzubekommen, und habe dadurch sogar mehr eingenommen als ich haben wollte. Doch als ich im April 2020 anfangen wollte zu filmen, kam die Pandemie und alle Pläne waren dahin. Im Juli vergangenen Jahres kam es dann infolge der besseren pandemischen Situation wieder zur Öffnung, und das Arbeiten wurde wieder möglich, genauso wie die Aus- und Einreise. Wir begannen mit den Vorarbeiten, ich bezahlte das Team. Sechs Tage vor Beginn der Dreharbeiten kam es zum erneuten Lockdown. Ich verlor all das Geld vom Crowdfunding, das bis zu diesem Moment ausgegeben worden war, und hatte Angst, dass es jetzt nicht mehr reichen würde. Also haben wir den Antrag bei der Filmförderung eingereicht. Tatsächlich wurde er bewilligt! Mit den Geldern vom FFCC plus dem, was vom Crowdfunding übrig war, konnten wir den Film machen. Das war eine große Hilfe! So konnten wir den Darsteller\*innen ein bisschen mehr zahlen und ich konnte mir auch selbst etwas auszahlen, denn oft verdiene ich nichts mit meinen Filmen.

Hier wurden gute neue Möglichkeiten in der Kulturpolitik geschaffen, um Projekte zu fördern. Natürlich muss man aufpassen, dass nicht nur Projekte gefördert werden, die politisch genehm sind. Es scheint nicht so zu sein, denn mein Antrag wurde ja bewilligt. Darum geht es, dass alle die glei-

chen Möglichkeiten haben sollen, unabhängig davon, ob der Film nun kritisch ist oder nicht.

**Du arbeitest gern mit einem festen Stamm von Darsteller\*innen, Luis Alberto García etwa ist immer dabei und Nestor Jiménez häufig (wenn auch nicht in „La campaña“). Ist es eine Grundvoraussetzung für das Gelingen eines Projekts, auf vertraute Menschen mit einem gemeinsamen Grundverständnis zurückgreifen zu können?**

Richtig. Luis Alberto ist in „La campaña“ zwar nicht der Protagonist wie sonst oft, aber doch eine Art Co-Protagonist. Auch im Team gibt es eine Kontinuität, mit dem Kameramann arbeite ich schon seit 2015 zusammen, mit dem Tontechniker in den letzten zehn Filmen. Diese Konstanz gibt es nicht immer bei allen, manche emigrieren, andere stehen nicht zu dem Zeitpunkt zur Verfügung, wenn du sie rufst, aber die Kooperation mit vertrauten Personen ist in der Tat eine Bedingung dafür, dass ich bei meinen Projekten die Ruhe bewahren kann. Das heißt aber nicht, dass ich nicht die Herausforderung annehmen würde, jedes Mal auch mit neuen Leuten zu arbeiten. Bei „La campaña“ gibt es drei oder vier, mit denen ich noch nie gearbeitet habe, professionelle Schauspieler\*innen, die noch nie etwas mit mir oder überhaupt im Kino gemacht haben. Diese Dialektik zwischen der Arbeit mit Bekannten und Unbekannten reizt mich und ich fühle mich gut damit.

**Luis Alberto und du, ihr seid bekannt für euren kritischen Blick auf die cubanische Gesellschaft. Gleichzeitig werdet ihr massiv angegriffen von der radikalen Exilgemeinde. Vor allem gegen dich hat der bekannte exilcubanische Hassprediger Alex Otaola aus Miami eine Diffamierungskampagne losgetreten, die ihresgleichen sucht. Es gibt noch weitere Künstler\*innen auf der Insel, die für ihre Eigenständigkeit bekannt, nun aber plötzlich zur Zielscheibe für das radikale Exil geworden sind. Wie erklärt sich, dass Extremisten wie Otaola und andere ihren Hass ausgerechnet an nonkonformistischen Künstler\*innen wie dir auslassen?**

Das liegt wohl daran, dass die Welt im Allgemeinen verrückt wird, die Cubaner\*innen im Besonderen vielleicht auch. Und ein Phänomen wie Otaola steht schlicht für eine absolute Verirrung. Du könntest noch so antikommunistisch sein, doch für Otaola und die anderen, die die Hetzkampagnen gegen cubanische Künstler\*innen betreiben, hättest du dennoch das Recht verwirkt, jemals US-Boden zu betreten, wenn du nicht im kleinsten Detail genauso denkst wie sie. Dann fordern sie sogar eine US-Militärintervention in Cuba und jetzt reden sie von der totalen Seeblockade, dass nämlich Schiffe die Insel einkreisen und verhindern sollen, dass noch irgendetwas ins Land hineingelangt oder das Land verlässt. Das ist kriminell, der Typ gehört in den Knast oder irgendwie abge-

schaltet. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist das eine, dass man aber für sein Heimatland, wo man aufgewachsen ist, solche Sachen einfordert, das andere.

Für cubanische Künstler\*innen wiederum können Otaolas Boykottkampagnen Folgen haben. Für mich nicht so sehr, die USA sind für mich bedeutungslos, ich war nur zweimal im Leben dort, habe da keine Angehörigen; Europa zieht mich mehr an. Aber bei anderen, etwa Musiker\*innen oder Theaterleuten von der Insel, kann es für den Lebensunterhalt wichtig sein, dort hinzureisen und Konzerte oder Aufführungen zu haben. Da grätscht dann dieser Typ rein mit seiner absurden Radikalität und setzt seine Boykottmaschinerie in Gang, wenn du nicht exakt so denkst wie er. Dieses ständig zunehmende Hassphänomen ist für mich blanker Horror. Er war einer der ersten, die diese Hassspirale in Gang gesetzt haben. Ich mache weiter mein Ding, egal, was der denkt und tut, aber der Typ ist wirklich kriminell.

*Wir wissen, dass ein Film in Cuba großen Widerhall erzeugen kann, denken wir nur an „Erdbeer und Schokolade“, der ein Meilenstein für den Prozess gesellschaftlicher Selbstverständigung war. Vor genau 30 Jahren erschien ein anderer Film, der die vielleicht polemischste Debatte in der cubanischen Kinogeschichte hervorrief und nach mehreren Tagen aus den Kinos genommen wurde: „Alicia en el pueblo de las maravillas“ von Daniel Díaz Torres. Du warst der Drehbuchautor. Was denkst du heute über diesen heftigen Moment?*

Nicht nur die genannten Filme, auch „P.M.“ etwa (von Sabá Cabrera Infante und Orlando Jiménez-Leal, Cuba 1961, Anm. d. Verf.) oder die Dokumentarfilme von Nicolas Guillén Landrian sind Beispiele für eine immer wieder entstehende polemische Debatte zwischen Künstler\*innen mit ihren Werken auf der einen und der politischen Macht auf der anderen Seite. Aber letztlich geht das künstlerische Leben weiter. Nach „Alicia“ hat Daniel Díaz Torres weitere Filme gedreht, bis zu seinem bedauerlichen Tod vor einigen Jahren. In meinem Fall, als ich meinen ersten Film „Monte Rouge“ (der den Geheimdienst satirisch auf die Schippe nimmt, Anm. d. Verf.) gemacht hatte, war der Skandal mindestens genauso groß wie bei „Alicia“. Außerdem richtete sich die Polemik direkt gegen mich, denn hier war ich der Regisseur, nicht nur Drehbuchautor. In meinen Augen gibt es einen sehr konservativen Teil im „offiziellen“ Cuba, der Künstler per se als Bedrohung wahrnimmt. Damit will ich nicht diejenigen recht-

fertigen, die tatsächlich von außen für bestimmte Äußerungen bezahlt werden, aber das ist nicht die Mehrheit! Wenn fünf von hundert vom Feind finanziert werden, trifft dies für die anderen 95 eben nicht zu. Die Unterstellung, dass alle von der CIA bezahlt werden, die eine kritische Position einnehmen, untergräbt den Raum für eine „gesunde“ Differenz. Das ist eine heikle Dialektik und ich denke, da wurden und werden Fehler gemacht.

*Sieht man die Konfrontation zwischen den zwei Lagern auf Cuba (und außerhalb Cubas), gewinnt man den Eindruck von zwei absolut konträren Narrativen, die zu verschiedenen Ländern zu gehören scheinen; et-*

*was, was es in dieser Heftigkeit noch nicht gab. Es hat schon immer oppositionelle Personen und Positionen gegeben, doch es handelte sich um eine Minderheit. Heute schreien beide Seiten einander ihr Glaubensbekenntnis entgegen, doch ohne Chance, jemanden von der jeweils anderen Seite zu erreichen oder zu überzeugen. Eine Pseudokommunikation, die nur noch aus Schreierei und Aggression besteht, ohne eine Brücke zwischen den Lagern, ohne Zwischentöne. Die einen ignorieren die sogenannte Selbstblockade, die anderen ignorieren komplett die tödlichen Folgen der von Washington ver-*

*hängten Blockade und träumen teilweise gar von einer Militärintervention. Man belauert einander und wartet auf seinen Vorteil. Wie kann man diesen Stellungskrieg, um einen zentralen Begriff von Gramsci zu benutzen, überwinden?*

Das ist die Schlüsselfrage, das Hühnchen vom Reis mit Hühnchen, wie wir in Cuba sagen. Ich bin weder Psychologe noch Politiker, aber mit deiner Beschreibung der Situation absolut einverstanden. Es gibt diese extreme Polarisierung. Teile der politischen Klasse betrachten jegliche Abweichung als feindselig und als vom Feind bezahlt. Auf der anderen Seite das radikale Exil mit Miami als Epizentrum, wo die Leute sagen, sie seien aus Cuba geflüchtet, weil dort alle Menschen dasselbe denken müssten. Jetzt machen sie das Gegenteil, aber in Wirklichkeit genau dasselbe, nämlich allen Menschen dasselbe Denken aufzuzwingen. Sie sagen sogar, die Demokratische Partei, das seien alles Kommunisten. Alles, was nicht dem Denken der extremen Rechten entspricht, ist kommunistisch. Das führt zu einer Hexenjagd, die immer erschreckender wird. Wenn eines Tages die cuba-



FOTO: DOMINIQUE ROGER UNESCO

nische Revolution verschwindet, dann könnte – ich hoffe es natürlich nicht – diese Hexenjagd oder Racheorgie gewaltige Ausmaße annehmen, und die tatsächlichen oder angeblichen Kommunist\*innen laufen Gefahr, geschlagen oder ermordet zu werden oder den Job zu verlieren. Der Dialog muss der Weg sein. Wenn du das laut sagst, gibt es auf beiden Seiten Leute, die dich dafür angreifen. Ich denke, von allem, was in Cuba in den letzten Monaten passiert ist, war die Künstler\*innenbewegung „27N“ (27. November) das Bedeutsamste. Da wäre ich auch dabei gewesen, wenn ich nicht in Quarantäne gesessen hätte, denn diese Gruppe steht für Dialog, nicht für Konfrontation. Kein „Nieder mit dem Kommunismus!“, sondern „Wir wollen gehört werden und wollen teilhaben“. Ich denke, das ist der Weg.

***Ein Großteil der Kulturszene zeichnet sich in diesen Tagen durch eine kritische Position aus, ohne sich von der US Regierung oder dem Exil instrumentalisieren zu lassen. Am 11. Juli demonstrierte eine große Anzahl aus der Szene vor dem Gebäude des cubanischen Fernsehens ICRT für ein anderes Niveau der Auseinandersetzung mit der cubanischen Realität und ihren Problemen. Du selbst hast ja auch schon das Problem der Medien in deinen Filmen behandelt. Sind die offiziellen Medien damit überfordert, zu bedenken, dass und warum sie nicht nur in der Kulturszene, sondern insbesondere bei der jungen Generation ihre Glaubwürdigkeit verloren haben?***

Viele aus meinem Team waren vor dem ICRT-Gebäude, mein Kameramann und andere. Wäre ich in Havanna gewesen, wäre ich auch hingegangen, und zwar nur dorthin, nicht zu den anderen Demonstrationen an diesem Tag („Patria y vida“, Anm. d. Verf.). Diese Kundgebung war sinnvoll, auch wenn ich zugeben muss, dass es wohl in keinem Land der Erde einfach ist, sich am Eingang eines Fernsehsenders von nationaler Reichweite zu postieren und zu rufen: „Leute, gebt uns jetzt mal 15 Minuten Sendezeit!“, das funktioniert nirgendwo. Jedenfalls war es keine gewalttätige Demo, sondern ein Appell, in dem die Dinge benannt wurden, die du auch angesprochen hast. Die großen Medien waren immer vom Staat kontrolliert. Diese Kontrolle einerseits und die subjektive Furcht, Möglichkeiten zu verlieren, „einen Irrtum zu begehen“ und sanktioniert zu werden, führen dazu, dass die Medien keine Risiken eingehen. Also suchen die Leute eine alternative Realität im Internet, nicht ahnend, dass diese natürlich genauso manipulativ ist und halten bedauerlicherweise das, was dort verbreitet wird, für „wahrhaftig“. Folglich denke ich, die Regierung müsste der Presse viel mehr Eigenständigkeit zugestehen und sogar die unabhängige Presse anerkennen und sie nicht abwürgen. So dass die Leute ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen können, wenn sie da dieses und dort jenes sehen oder hören. Andererseits gab und gibt es Nischen, denn einem alternativen Internetmedium

wie „On Cuba“ wird staatlicherseits nicht gerade applaudiert, aber es wird irgendwie geduldet. Es kommt also darauf an, von welcher unabhängigen Presse hier die Rede ist. So oder so muss die Spannbreite möglicher politischer Positionen in den Medien erweitert werden, sicher nicht um annektonistische oder faschistische Positionen, aber um andere schon. Schließlich wollen die Leute nach 70 Jahren mehr als nur eine einzige Stimme hören.

***Die US-Blockade stranguliert das Leben auf der Insel jeden Tag mehr. Cuba darf nicht einmal Spritzen zur Bekämpfung von Covid-19 einführen. Offenbar will Biden die Blockade weder aufheben noch lockern, sondern nimmt eine feige, unterwürfige Position gegenüber den Exilcubaner\*innen ein. Wenn also Cuba gar nicht mehr mit einer Veränderung von außen rechnen kann, was kann die Regierung dann tun, um einen Dialog mit der Bevölkerung zu etablieren, die Wirtschaft zu restrukturieren und ein Mindestversorgungsniveau an Lebensmitteln und Medikamenten zu garantieren und dadurch verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen? Das sind viele Herausforderungen gleichzeitig ...***

Wenn ich das alles wüsste, würde ich zu Díaz-Canel sagen: „Mach mal Platz, ich mache jetzt den Job.“ Die Infektionszahlen sind verheerend, aber wir machen jetzt das durch, was der Rest der Welt schon vor einem Jahr durchgemacht hat. Und Belgien, ein zivilisiertes europäisches Land mit ungefähr derselben Bevölkerungszahl wie wir, hat mit mehr als 25 000 Opfern eine zigfach höhere Zahl an Toten zu beklagen als Cuba. Ich denke, dass das Land perspektivisch zwar weiterkommen wird, andererseits ist die jetzige Situation tatsächlich besorgniserregend und die Auswirkungen der Blockade kommen noch dazu: Es gibt Impfstoffe, aber dann fehlen die Spritzen. Außerdem fühlen sich die Leute zu sicher, wenn sie mal geimpft sind. Nicht alle haben die Gefahr der neuen Mutationen wirklich kapieret.

Cuba kann und darf nicht auf Veränderungen von außen setzen. Vielmehr muss die Regierung einen Dialog mit den Menschen führen und auf die kritischen Gruppen – nicht die hysterischen oder die annektonistischen – zugehen mit der Haltung: „Was wollt ihr genau? Lasst uns darüber reden. Seht her, das und das geht nicht aus dem und dem Grund, das andere aber vielleicht schon ...“ Man kann im Dialog Probleme identifizieren und dann angehen und zum Beispiel viele absurde Restriktionen aus früheren Jahrzehnten, die nicht mehr zeitgemäß sind – manche waren es vielleicht schon damals nicht –, abschaffen. Die Lösung besteht darin, im Gespräch zu sein. Es ist jetzt ein heikler Moment und man wünscht sich, dass die nächsten sechs oder zwölf Monate mal Ruhe herrscht, das Land in der Pandemiebekämpfung vorankommt und es keine weiteren Unruhen gibt, denn eine Rückkehr zur Normalität wird den Dialog erleichtern. Wir werden sehen. ■

# Neue Etappe des Machtkampfes in Peru

Präsident Castillo steht von mehreren Seiten unter Druck



In Peru überschlagen sich die Ereignisse und jeder Tag bringt neue Überraschungen, gute wie schlechte. Hier der Versuch, einen überschaubaren Einblick in die wichtigsten Ereignisse zu vermitteln.

Foto: Casa Rosada, CC BY 2.5 AR

**N**ach 43 Tagen bangen Abwartens wurde Pedro Castillo bei denkbar knappem Vorsprung von 44 263 Stimmen am 19. Juli 2021 zum Wahlsieger erklärt. Keiko Fujimoris Strategie, mit Hilfe aller wahlrechtlichen Mittel das Resultat zu kippen, ist krachend gescheitert. Erst mit der Verkündung des Wahlsiegs wurde Castillo und seinem technischen Team Zugang zu den Ministerien und relevanten Regierungsinformationen gewährt. Alle nationalen und internationalen Institutionen zur Wahlbeobachtung hatten eine untadelige Abwicklung der Abstimmung durch die Wahlbehörde bestätigt und keinerlei Wahlbetrug entdeckt.

Eine schwere Hypothek für den Präsidenten bedeutet die Besetzung des neuen Parlamentspräsidiums mit ausschließlich rechten und ultrarechten Politiker\*innen. Die linken Parteien *Perú Libre* und *Juntos por el Perú* hatten zusammen mit den dem liberalen Spektrum zuzurechnenden Fraktionen von *Somos Perú/Partido Morado* eine eigene Liste für die Wahl des Präsidiums aufgestellt, dabei aber formale Aspekte übersehen, die zum Ausschluss ihrer Liste führten. Das Präsidium ist ein mächtiges Instrument, da es unter anderem festlegt, wann und welche Gesetzesinitiativen im Parlament debattiert werden.

Castillos Amtseinführung fiel auf den 200. Jahrestag der Befreiung Perus von der spanischen Herrschaft. Bei dem Akt hatte er den typischen Strohhut aus Cajamarca auf dem Kopf, statt Anzug und Krawatte trug er ein Jackett mit hochgezogenem Kragen und indigenen Motiven. Er verkündete: „Ich werde nicht aus dem Haus Pizarros regieren.“ Er werde den nach dem Konquistador Pizarro benannten Regierungspalast in ein öffentliches Museum umwandeln und ein zeitgemäßes Regierungsgebäude errichten lassen. Castillo machte den Anwesenden sehr deutlich, dass eine neue Zeit für die bisher rassistisch, klassistisch, ökonomisch und regional benachteiligten Bevölkerungsgruppen angebrochen sei. Das wichtigste Instrument dafür: die Erarbeitung einer neuen peruanischen Verfassung. Seine lange Rede ging auch auf

VON ANDREAS BAUMGART

das Regierungsprogramm für die nächsten 100 Tage ein, das hauptsächlich auf die Verbesserung der gesundheitlichen Lage und die Linderung der ökonomischen Folgen der Pandemie abzielt.

**I**m Rahmen einer zweiten Vereidigungszeremonie am 29. Juli auf dem Schlachtfeld der Pampa de la Quinua bei Ayacucho, wo die republikanischen Truppen unter Führung Simón Bolívars den Spaniern am 9. Dezember 1824 die entscheidende Niederlage zugefügt hatten, wurde der neue Premier und Chef des Kabinetts, Guido Bellido, ein Führungskader von *Perú Libre* und enger Vertrauter von Vladimir Cerrón, vereidigt. Cerrón ist Chef von *Perú Libre* und bezeichnet sich ideologisch als Marxist-Leninist und Anhänger von José Carlos Mariátegui. Er sympathisiert mit den „Sozialismen des 21. Jahrhunderts“ und verteidigt Cuba als sozialistisches Mutterland Lateinamerikas. Guido Bellido gehört zum engen linientreuen Führungskreis. Bellido und Cerrón erheben den Anspruch, Castillo an die Parteiziele zu binden. Die Ernennung Bellidos zum Premierminister wird von vielen Analyst\*innen als Sieg von Cerrón über Castillo bewertet. Das Kabinett setzt sich zusammen aus einer Mehrheit von Parteigängern von *Perú Libre*, einigen ehemaligen Mitgliedern der einstigen Linksallianz *Frente Amplio*, Vertreter\*innen vom Bündnispartner *Juntos por el Perú/Nuevo Perú* sowie parteiunabhängigen Persönlichkeiten. Einzelne Besetzungen, einschließlich der des Premierministers Guido Bellido, haben massive Kritik von verschiedenen politischen Seiten ausgelöst. Besonders die Ernennung und der kurz danach erfolgte Rücktritt des 86-jährigen Héctor Béjar, Mitbegründer der Guerrilla ELN in den 60er-Jahren, Autor und Dozent, zum Außenminister, hat hohe Wellen geschlagen. Vor einigen Monaten hatte dieser die Marine als Mitbegründerin von *Sendero Luminoso* und Urheberin des Terrors in Peru in den 70er-Jahren bezeichnet. Seine Richtigstellungen und Erläuterungen konnten ihn nicht mehr vor dem aufgenötigten Rücktritt bewahren. Auf Druck der Marine, des Premierministers Bellido und des neuen

Verteidigungsministers Walter Ayala Gonzales wurde Béjar wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen.

Die moderne Linke und liberale Mitte waren über die geringe Beteiligung von Frauen an der Regierung geschockt. Nur zwei Ministerien werden von Frauen geführt: das Ministerium für Frauen und gefährdete Bevölkerungsgruppen von Anahí Durand Guevara (*Juntos por el Perú*) und das Ministerium für Entwicklung und gesellschaftliche Inklusion von Dina Ercilia Boluarte Zegarra (*Perú Libre*).

Einige Minister vertreten klar konservative Positionen, insbesondere im Hinblick auf Frauenrechte und Abtreibungsgesetzgebung. Dazu gehören Bellido und einige enge Vertraute von Vladimir Cerrón. Der neue Premier Bellido hat sich mehrfach ausgesprochen abfällig gegenüber sexuellen Minderheiten geäußert. Auch die mutmaßliche Nähe von Bellido und anderer Abgeordneter von *Perú Libre* zu *Movadef* (dem politischen Arm des *Sendero Luminoso*) und *Sendero Luminoso* wird kritisch gesehen.

Der Hang einiger Minister und Castillos selbst zu machistischen „Lösungen“ sozialer Probleme weckt bei kritischen Linken und Liberalen berechtigte Bedenken. So sollten arbeitslose Jugendliche in die Armee eingezogen werden. Inzwischen wurde dies zu einem Freiwilligendienst in der Armee abgemildert.

Die größten Ängste der politischen Rechten beziehen sich auf die künftige Wirtschaftspolitik und den drohenden Bedeutungsverlust der alten Eliten in Lima. Castillo will den Monopolen Grenzen setzen und für Steuergerechtigkeit sorgen. Handelsverträge sollen überprüft, Finanzhilfen umgelenkt und an neue einheimische und regionale Unternehmen vergeben werden. Ebenso angsteinflößend ist für die Eliten und deren politische Repräsentant\*innen die neue selbstbewusste Präsenz des andinen Perus. Den massiven Einbruch der Indios und Cholos in die Schaltzentralen der Macht in Lima empfinden die rassistischen Eliten als unerträglich.

Stark werden die Besetzung einiger Ministerien und die Ernennung zahlreicher Vizeminister, Sekretäre und Berater ohne erkennbare Qualifikation kritisiert. In vielen Fällen ist diese Kritik berechtigt. Allerdings geht es den Gegner\*innen Castillos bei dieser Kritik auch darum, die neue politische Ausrichtung im Keim zu ersticken und die Ministerien daran zu hindern, die geplanten Reformen umzusetzen. Um die Besetzung von Posten und die politische Ausrichtung findet derzeit ein Machtkampf zwischen zwei Richtungen innerhalb der Fraktion von *Perú Libre* statt. Dies äußert sich beispielsweise in der zentralen Frage, welcher Weg zu einer neuen Verfassung beschritten werden soll.

Innerhalb des Kongresses sind die Ausschüsse die wichtigsten Gremien zur Erarbeitung und Zulassung von Gesetzesinitiativen. Auch hier mussten *Perú Libre* und seine Verbündeten eine Niederlage einstecken. Das Sprechergremium der Fraktionen hat die

Ausschussvorsitzenden bestimmt und der Opposition nahezu alle Schlüsselthemen zugewiesen. Für die Entscheidung waren nicht die numerische Stärke der Fraktionen oder die Qualifizierung der Bewerber\*innen maßgeblich, sondern politische Absprachen. Systematisch wurden die Schlüsselausschüsse so vergeben, dass sie in Opposition zu den entsprechenden Ministerien stehen und deren Gesetzesinitiativen schon im Vorfeld abblocken können.

Im Prinzip möchte die oppositionelle Mehrheit die Regierung Castillo loswerden. Doch über den Abgeordneten schwebt das Damoklesschwert der Kongressauflösung. Die Regierung kann zweimal in Folge die Vertrauensfrage stellen. Sollte das Vertrauen verweigert werden, könnte der Präsident den Kongress auflösen und Neuwahlen ausrufen. Welche Abgeordneten möchten schon vorschnell das Handtuch werfen? Dem massiven Druck, weitere Minister\*innen auszutauschen, hielt Castillo stand. Am 26. August wurden durch Premier Bellido dem Kongress Regierungsprogramm und Kabinett zur Abstimmung vorgestellt. Im Vorfeld hatte er mit den einzelnen Oppositionsparteien Gespräche geführt und offenkundig Zugeständnisse gemacht. Das wurde in seiner dreistündigen Rede deutlich. Die neue Verfassung, wichtigstes Vorhaben im Wahlkampf von *Perú Libre*, wurde nicht einmal angesprochen. Ebenso wenig gab es Details zu Umweltfragen, sexueller Selbstbestimmung, Frauenrechten, Anliegen der Indigenen des Amazonas und zur Kontrolle privater Universitäten durch die Kontrollbehörde *Superintendencia Nacional de Educación Superior Universitaria* (SUNEDU). Den Beitrag hatte Bellido auf Quechua begonnen und damit großen Unmut ausgelöst. Er solle Spanisch sprechen, schallte es ihm mehrfach und heftig entgegen. Erst nach zweimaliger Intervention der Parlamentspräsidentin wechselte er ins Spanische. Dabei hielt er die Verfassung hoch, die Quechua als Amtssprache ausweist und verwies darauf, wie es Andeneinwohner\*innen üblicherweise ergeht, die kaum oder kein Spanisch sprechen. Damit setzte er auch einen der großen Schwerpunkte, die Aufwertung der Regionen und andinen Kulturen. Weiter standen im Mittelpunkt der Rede die ökonomische Reaktivierung, die Bekämpfung der Pandemie, Reform des Gesundheitswesens und zahlreiche, eher populistische Versprechungen. Nach zweitägiger Sitzung wurde dem neuen Kabinett mit 73 zu 50 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Es bröckelt in der Opposition. Konservative, liberale und einige populistische Parteien haben sich aus der gemeinsamen Front zum Sturz Castillos herausgelöst und von den extremen Rechten unter Keiko Fujimori und Rafael López Aliaga abgesetzt. Bis auf Weiteres bevorzugen sie eine Zusammenarbeit mit der neuen Regierung. Auch wenn künftig einzelne Minister\*innen weiter unter Beschuss bleiben und deren spätere Ablösung durchaus denkbar ist, hat die Regierung erst einmal Luft bekommen, um ihre dringlichsten Vorhaben in Angriff zu nehmen. ■



Foto: Wolfgang Ecker

## Ein kleines Wunder

Uruguay: Bündnis erzwingt Referendum über Gesetzespaket der Regierung

Begleitet von einem Fahrrad- und Autokorso fuhr unter dem Jubel von tausenden Menschen ein gelber Umzugslaster am 8. Juli langsam von der Gewerkschaftszentrale zum nur wenige Kilometer entfernten Sitz der nationalen Wahlbehörde. Geladen hatte er 797 261 Formulare, ausgefüllt, unterschrieben und mit Fingerabdrücken bestätigt. Fast 30 Prozent der Wahlberechtigten Uruguays – deutlich mehr als das erforderliche Quorum – hatten so ihrem Wunsch Ausdruck verliehen, in einem Referendum über die Gültigkeit von 135 Gesetzen abzustimmen, die das Parlament vor Jahresfrist im Eilverfahren verabschiedet hatte. Das Ergebnis übertraf die optimistischsten Prognosen, hatte es doch lange danach ausgesehen, als würde die erforderliche Zahl an Unterschriften nicht erreicht werden. Vor allem wegen der pandemiebedingten Restriktionen. Aber nicht nur deswegen.

**K** napp zwei Jahre nach dem Triumph bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen spürt die uruguayische Rechtsregierung erstmals heftigen Gegenwind. Entsprechend einsilbig fielen die ersten Kommentare von offizieller Seite angesichts der erfolgreichen Referendumsinitiative aus. Dabei hätte sie gewarnt sein müssen. Eine solide parlamentarische Mehrheit reicht in Uruguay nicht immer aus, um „durchregieren“ zu können. Die Verfassung des Landes enthält zwei machtvolle Instrumente der direkten Demokratie

VON WOLFGANG ECKER

– das Referendum und das Plebiszit –, die der Bevölkerung erlauben, in den Gesetzgebungsprozess einzugreifen. Mittels Plebiszit ist es möglich, eigene Gesetzesvorhaben am Parlament vorbei durchzusetzen. Über ein Referendum können bestehende Gesetze annulliert werden. Auch der Vater des aktuellen Präsidenten Lacalle Pou, Luis Alberto Lacalle Herrera, der Anfang der 90er-Jahre Staatschef war, musste seine Privatisierungspläne rückgängig machen, nachdem die Mehrheit der Bevölkerung in einem Referendum dagegen votiert hatte.

So mächtig diese Instrumente der direkten Demokratie sind, so hoch sind auch die Hürden, um auf sie zugreifen zu können. Um ein Referendum anzuberaumen, bedarf es der Unterschriften von einem Viertel der Wahlberechtigten (momentan rund 675 000 Personen), die spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten der kritisierten Gesetze bei der Wahlbehörde zur Überprüfung eingereicht werden müssen. Eine Vorgabe, an denen die meisten Initiativen in der Vergangenheit scheiterten. Für viele grenzte es daher an ein kleines Wunder, als am 7. Juli, ein Tag vor Ablauf der Frist, der Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes PIT-CNT Fernando Pereira in einer Pressekonferenz erklärte, dass das Quorum deutlich überschritten worden sei. Trotzdem wurden auch am letzten Tag weitere Unterschriften gesammelt, um ein möglichst großes „Polster“ zu schaffen, da erfahrungsgemäß ein bestimmter Prozentsatz der Unterschriften wegen unklarer, fehlerhafter oder fehlender Angaben von der Wahlbehörde nicht akzeptiert wird. Angesichts eines Überschusses von mehr als 100 000 Unterschriften zweifelt indes niemand mehr an dem Erfolg.

Dabei hatte es noch Mitte Juni so ausgesehen, als würde das Quorum verfehlt werden. Das Bündnis, das die Unterschriftenkampagne initiierte – neben der PIT-CNT umfasste es unter anderem die Wohnungsbaugenossenschaft FUCVAM und den Zusammenschluss „Intersocial Feminista“ –, hatte von Beginn an erhebliche Schwierigkeiten, die Bevölkerung für das Referendum zu mobilisieren. Zunächst lag das am Gegenstand selbst. In der Vergangenheit wandten sich ähnliche Initiativen gegen explizitere, leicht greifbare Vorhaben der Regierenden: gegen Privatisierungen, gegen die Straffreiheit von Verbrechen der Diktatur und so weiter. Jetzt ging es jedoch gegen ein komplexes Gesetzespaket, das in seiner Gesamtheit kaum jemandem bekannt war.

Das Paket war kurz nach dem Regierungswechsel im Schnelldurchgang durch das Parlament gebracht worden. Die Regierung bediente sich dabei einer Ausnahmeregelung, die es erlaubt, zu Beginn einer Legislaturperiode dringende Gesetzesvorhaben in einem beschleunigten Verfahren zu verabschieden. Auch in der Vergangenheit war dieser Mechanismus des Ley de Urgente Consideración (kurz: LUC) angewendet worden, allerdings nur in wenigen, zumeist gut begründeten Sonderfällen. Schließlich bedeutet es nicht nur eine Einschränkung der Oppositionsrechte im Gesetzgebungsprozess, vor allem verhindert der enge Zeitrahmen, dass sich vor der Verabschiedung der Gesetze eine breite, öffentliche Debatte entwickeln kann. Es war ein Novum in der Geschichte Uruguays, dass die Regierung im letzten Jahr diesen Hebel benutzte, um ein umfassendes Gesetzespaket verabschieden zu lassen, das mit über 400 Einzelgesetzen grundlegende Veränderungen in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens vorantrieb.

Die Konsequenzen der neuen Paragraphen lassen sich am deutlichsten im Bereich der Sicherheitspolitik illustrieren. So sehen die neuen Gesetze höhere Mindeststrafen für eine Vielzahl von Delikten vor, bei gleichzeitiger Beschränkung einer vorzeitigen Entlassung aus den Strafanstalten. Darüber hinaus wurden sowohl neue Straftatbestände, beispielsweise im Bereich des sogenannten „Widerstands“ gegen die Sicherheitsorgane, definiert als auch die Befugnisse der Polizei ausgeweitet: um unter anderem gewalttätig gegen soziale Proteste vorzugehen, Personen „verdachtsunabhängig“ zu kontrollieren und Obdachlose aus dem öffentlichen Raum zu entfernen. Auch die Ausweitung des Begriffs der „Notwehr“ ist besorgniserregend. Während dieser bislang auf die unmittelbare Bedrohung von Leben und Gesundheit beschränkt blieb, reicht es nun zur Legitimierung von Gewaltanwendung aus, dass – so wörtlich – „seltsame Personen“ in ein Grundstück oder Gebäude eindringen. Dass dabei explizit auch Gewerberäume und -flächen mit einbezogen werden, nährt den Verdacht, dass hier der „Schutz des Eigentums“ über den „Schutz des Lebens“ gestellt wird. Kaum minder problematisch dürfte ein Gesetz sein, das pensionier-

ten Angehörigen der Sicherheitsorgane nicht nur das Tragen von Schusswaffen in der Öffentlichkeit erlaubt, sondern sie rechtlich den aktiven Polizeikräften gleichstellt, falls sie im Rahmen einer mutmaßlichen Verbrechensbekämpfung davon Gebrauch machen.

Aber auch jenseits der Sicherheitsgesetze beinhaltet das LUC eine Vielzahl von kritikwürdigen Vorgaben, die in vielen Bereichen mit tendenziell progressiven Rechtsauffassungen brechen. Exemplarisch seien die neuen Paragraphen erwähnt, die Zwangsräumungen erleichtern (angesichts der mit der Pandemie einhergehenden sozialen Krise ein hochaktuelles Thema), sowie Gesetze zur Einschränkung des Streik- und Demonstrationsrechts, die Aufweichung der Schulpflicht, die Annullierung der Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten im öffentlichen Bildungssektor, das Zurückfahren der Maßnahmen gegen Geldwäsche, Änderungen bei der Förderung kleinbäuerlicher Existenzgründungen und Vorgaben, die die Position öffentlicher Unternehmen gegenüber der privaten Konkurrenz schwächen.

Das ursprüngliche Vorhaben der Referendumsinitiative, alle Paragraphen des LUC zur Abstimmung stellen zu lassen, musste bald aufgegeben werden – auf Druck des wichtigsten politischen Bündnispartners, der oppositionellen Frente Amplio. Diese hatte sich selbst in ein strategisches Dilemma gebracht. Einerseits kritisierte sie zwar, dass die Regierung das Gesetzespaket im Eilverfahren behandeln ließ, andererseits beteiligte sie sich schlussendlich doch am Gesetzgebungsverfahren und stimmte vielen, in ihren Augen unumstrittenen, Gesetzen auch zu. Danach ein Referendum zu fordern, das sich auch gegen Gesetze richten würde, die sie selbst abgenickt hatte, wäre der eigenen Klientel kaum vermittelbar gewesen. Gleichzeitig war allen Beteiligten klar, dass die Referendumsforderung ohne die Unterstützung der Frente Amplio, oder gar gegen sie, keinerlei Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.

In monatelangen Verhandlungen wurde ein Kompromiss gesucht. Erschwert wurde diese Suche dadurch, dass in der Frente Amplio ein Referendum nicht die oberste Priorität hatte. Der Schock der Wahlniederlage saß noch tief, und interne Flügelkämpfe beschränkten ihre Verhandlungsmöglichkeiten. Daher dauerte es bis Ende letzten Jahres, bis eine Einigung zustande kam. Nicht das gesamte LUC sollte per Referendum in Frage gestellt werden, sondern nur 135 Einzelgesetze. Der Slogan „Nein zum LUC“ blieb zwar als halbwegs griffige Losung erhalten, tatsächlich richtete er sich nur noch gegen ein knappes Drittel der neuen Vorgaben. So groß die Erleichterung über die Übereinkunft war, so problematisch waren die unmittelbaren Konsequenzen. Bis sich die Frente Amplio auf eine Unterstützung der Initiative einigen konnte, war bereits fast die Hälfte der Frist zum Sammeln der notwendigen Unterschriften verstrichen. Ferner wollten einige Gruppen, die sich dem Referendumsbündnis angeschlossen

hatten, den Kompromiss nicht mittragen und starteten ihrerseits eine Referendumsinitiative gegen das gesamte LUC. Auch wenn sie letztendlich nur rund 25000 Unterschriften für ihren Vorschlag sammeln konnten, sorgte die Existenz von zwei unabhängigen Referendumsvorschlägen zumindest anfangs für beträchtliche Verwirrung.

Hinzu kam, dass nicht alle in der Frente Amplio bereit waren, die Kampagne aktiv zu unterstützen. Bekannt wurde die Aussage von Yamandú Orsi, dem Vorsitzenden der Regionalregierung von Canelones, gleichzeitig einer der wichtigsten Köpfe der Frente. Er ließ die Öffentlichkeit wissen, dass er sich nicht an der Unterschriftensammlung beteiligen werde, da er als Intendente (Vorsitzender s.o oder auch Bürgermeister) „Wichtigeres zu tun“ habe. Zwar musste Orsi nach heftiger Kritik zurückrudern, doch änderte dies nichts an der Tatsache, dass es vornehmlich die Basiskomitees der Frente Amplio waren, die aktiv für das Referendum warben, während sich die Parteiprominenz, abgesehen von einigen Ausnahmen im linken Flügel, lange Zeit bedeckt hielt.

Anfang April schien es tatsächlich so, als sei die Referendumsinitiative gescheitert. War bis dahin Uruguay noch relativ unbeschadet durch die Coronapandemie gekommen, explodierten jetzt die Infektionszahlen. Das Land war einige Wochen lang einer der schlimmsten Hotspots des Infektionsgeschehens weltweit. Angesichts eines strikten Verbots von öffentlichen Versammlungen war an eine normale Unterschriftenkampagne nicht zu denken. Gruppen, die von Tür zu Tür zogen, setzten sich einem erhöhten Risiko aus. Unter Verweis auf die sanitäre und rechtliche Situation beantragte das Referendumsbündnis eine Verlängerung der Frist für die Unterschriftensammlung. Dies wurde von der Regierung brüsk zurückgewiesen, mit durchaus hämischen Untertönen.

**N**eben der Entspannung der Coronalage dürfte gerade diese Arroganz einen wichtigen Beitrag dazu geleistet haben, dass die Kampagne ab Mitte Juni einen immensen Schub bekam. Die Überheblichkeit drückte sich nicht nur in der Ablehnung der Fristverlängerung aus, sondern begleitete die gesamte Kampagne. Die Regierung (und nahezu alle dem rechten Lager zugewandten Privatmedien) folgten dabei dem Karl Valentin'schen Motto: „Nicht einmal ignorieren“. Die Kampagne gegen das LUC sollte möglichst keine öffentliche Erwähnung finden. Der konservative Senator Jorge Gandini formulierte indes im Nachhinein Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Strategie, da sie der Frente Amplio und der PIT-CNT argumentativ „das Feld überlassen“ hatte und deren Standpunkte unwidersprochen blieben. Zusätzlich entwickelte sich partiell auch in den eigenen Reihen Kritik an der als arrogant empfundenen Haltung. Ende Juni riefen einige lokalpolitisch engagierte Personen aus dem rechten Lager zur Unterstützung der Referendumskampagne auf. Dabei stellten sie zwar explizit nicht das LUC an sich in Frage, sahen jedoch in einem Referendum die einzig ver-

bliebene Möglichkeit, um eine breite, für die demokratische Kultur unerlässliche Debatte über das Gesetzespaket einzufordern. Auch wenn ihre Position äußerst minoritär innerhalb der Koalitionsparteien blieb, war sie doch ein symbolisch wichtiger Bruch.

Die verbesserte sanitäre Situation bewirkte zudem, dass andere, vor allem soziale Themen wieder präsenter wurden, und somit auch die Defizite der Regierung in diesem Bereich. Erstmals seit fast 20 Jahren leidet ein großer Teil der Beschäftigten im Moment unter Reallohnverlusten, und die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben müssen, hat sich um über 100 000 erhöht. Gleichzeitig gilt Uruguay als der Staat in Südamerika, der, gemessen an der Wirtschaftsleistung, am wenigsten Mittel für die Bekämpfung der sozialen Folgen der Pandemie ausgegeben hat. Zudem brach die Regierung mit einem ihrer zentralen Wahlversprechen und erhöhte mehrmals die öffentlichen Tarife. Vor allem die staatlich festgelegten Preise für Benzin und Gas (letzteres ist in Uruguay essentiell für das Kochen und Heizen) stiegen in einem weit über die allgemeine Teuerungsrate hinausgehenden Maß. Zwar stehen diese Defizite in der Regel nicht unmittelbar mit dem LUC in Zusammenhang, doch die Referendumsinitiative bot wohl vielen ein Ventil, um ihrem Unmut über die soziale Situation und das Handeln der Regierung Ausdruck zu verleihen.

**I**m Moment ist es noch nicht absehbar, wann das Referendum abgehalten wird. Theoretisch hat die Wahlbehörde bis zu 150 Tage Zeit, um die Dokumente zu prüfen. Sollte sie das Erreichen des Quorums bestätigen – woran niemand zweifelt –, muss danach innerhalb von 120 Tagen die Abstimmung stattfinden. Bei Ausschöpfung aller Fristen läge der Termin Ende März 2022. Im schnellsten Fall könnte der Urnengang noch vor Jahresende anberaumt werden. Ebenso lässt sich noch kein Wahlausgang prognostizieren. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Zahlen der Referendumskampagne gab es zwar ein paar „Blitzumfragen“ zum möglichen Ergebnis der Abstimmung, mit leichten Vorteilen für das Regierungslager. Für Óscar Bottinelli, einen der angesehensten Politologen und Meinungsforscher des Landes, ist es indes momentan unmöglich, eine aussagekräftige Prognose zu erstellen. Seiner Erfahrung nach hänge der Ausgang des Referendums nicht allein von der individuellen Position zum LUC, sondern ebenso von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Stimmungen ab. Diese schon seriös vorherzusagen, sei aber nicht leistbar.

Trotz dieses unklaren Panoramas weiß das Referendumsbündnis das Momentum auf seiner Seite. Schließlich zwingt es dem Regierungslager eine Diskussion auf, die dieses unbedingt verhindern wollte. Das unerwartet gute Ergebnis der Kampagne belegt zudem, dass die Kritik am LUC und dem Handeln der Regierung eine breite gesellschaftliche Basis hat, und nährt so den Optimismus, dass dem „kleinen Wunder“ im Juli in einigen Monaten ein großes folgen könnte. ■



# Die Rechnung ohne den Wirt gemacht

Die Hidrovía Paraguay-Paraná – mehr als eine Wasserstraße

Die Wasserstraße „Hidrovía Paraguay-Paraná“ startet im brasilianischen Hafen Cáceres (im Bundesstaat Mato Grosso) und endet am uruguayischen Hafen Nueva Palmira, am Río de la Plata. Sie verbindet Brasilien, Paraguay, Bolivien (durch den Paraguay-Fluss), Argentinien und Uruguay mit dem Atlantik. Sie ist zentral für die Verschiffung und den Export von Soja und ist jahrzehntelang quasi ohne staatliche Kontrolle genutzt worden. Nun läuft die Konzession für den bisherigen Betreiber der argentinischen Teilstrecke ab und das Gerangel geht los: Wer soll in Zukunft zuständig sein für diese wichtige Infrastruktur, Staat oder private Unternehmen? Eine wichtige Entscheidung, gerade angesichts der durch den Klimawandel bedingten Extremwetterereignisse und Unwägbarkeiten.

VON ROBERTO FRANKENTHAL

**D**er heutige argentinische Außenminister Felipe Solá war während der Amtszeit des peronistischen, im Kern allerdings ultra-neoliberalen Präsidenten Carlos Menem

Staatssekretär im Agrarministerium (1989-1991 und 1993-1999). Im März 1996, nach nur 81 Tagen Untersuchungen, erwirkte Solá einen internen Beschluss, der den Anbau von genetisch modifizierter Soja und die Nutzung von Glyphosat als Pflanzenschutzmittel zuließ. Eine Analyse dieses Beschlusses stellte Jahre später fest, dass für die Genehmigung keinerlei Untersuchungen über die Wirkung dieser Pflanzen und der Agrargifte auf Mensch und Umwelt durchgeführt worden waren und alle wissenschaftlichen Angaben des Dekretes auf den Angaben des Antragstellers Monsanto basierten.

Diese Entscheidungen sollten die argentinische (zum Teil auch die südamerikanische) Landwirtschaft auf Dauer verändern. Bis dahin waren der Anbau von Weizen, Mais und Sonnenblumen sowie die Viehzucht prägend für die argentinische Pampa. Die oben genannte Genehmigung veränderte das Gesamtbild drastisch: Wurden 1996 noch 5 Millionen Tonnen Soja angebaut, sind es 2021 fast 44 Millionen; in Spitzenjahren (2019/20) waren es über 53 Millionen. Ein Teil der Ernte wird noch im Land zu Sojaöl verarbeitet, aber etwa 90 bis 95 Prozent der Ernte werden unverarbeitet exportiert. Und dieser Export musste über Wasser stattfinden. Dafür sollte

die Wasserstraße Paraguay-Paraná sorgen. Um die Schiffbarkeit und sorgenfreie Durchfahrt durch den 1635 Kilometer langen argentinischen Abschnitt dieser Wasserstraße zu gewährleisten, wurde 1996 ein Joint Venture der belgischen Firma Jan de Nul mit der argentinischen Emepa beauftragt. In einem schnellen Vergabeprozess ohne Anhörung erhielt dieses Joint Venture den Auftrag für 25 Jahre.

In den darauffolgenden Jahren entstand am Ufer des Paraná in den Provinzen Sante Fe und Buenos Aires eine Reihe von Privathäfen, wo ausländische Getreidehändler (zum Teil mit argentinischen Partnern) ihre Überseeschiffe beladen ließen, um die Früchte der argentinischen Landwirtschaft nach Europa und Asien zu befördern. In diesen beiden argentinischen Provinzen gibt es insgesamt 64 Häfen, 50 davon befinden sich in privater Hand.

**D**iese Privatisierung der Häfen und der Hidrovía sorgte dafür, dass sowohl die Beladung der Schiffe als auch die Flussschifffahrt auf den argentinischen Wasserstraßen fernab jeglicher staatlicher Kontrollen stattfand. Seit der Jahrhundertwende werden Ausfuhrzölle auf Getreideexporte erhoben. Diese Beträge werden auf der Basis von eidesstattlichen Erklärungen der Exporteure berechnet. Im privaten Hafen finden keine Zollkontrollen statt, und keiner weiß genau, was auf die Schiffe kommt. Der Versuch, diese Ausfuhrzölle zu umgehen, hat sogar dazu geführt, dass die Exporteure Lkw-Flotten voll beladen gut 1000 bis 1500 km nach Norden fahren ließen, um dann das Getreide als paraguayisches Erzeugnis (ohne Ausfuhrzölle) zu verfrachten und zu exportieren. Auf die Versuche der Grenzprovinz Formosa, diese LKW-Flotten zu kontrollieren, folgte eine Offensive der oppositionellen Presse aus Buenos Aires gegen die Provinzregierung. Schlagworte wie „Menschenrechtsverletzungen“, „Zwangseinweisung für quarantäne-unwillige Bürger“ und anderes geisterten durch die liberal-konservative Medienlandschaft.

Das erwähnte Joint Venture hat dafür gesorgt, dass im südlichen Teil des Rio Paraná bereits Schiffe mit bis zu 34 Fuß Tiefgang die Häfen erreichen (früher nur mit 22 bis 24 Fuß). Durch die Verbesserung der Leuchtfeueranlagen kann die Strecke rund um die Uhr befahren werden. Weder die staatlichen Hafenbehörden noch die mit dem Wasserschutz beauftragte Prefectura Naval Argentina oder die Zollbehörden kontrollieren, was auf dieser Wasserstraße transportiert wird.

**D**a die belgische Firma und Emepa eine zeitlich begrenzte Konzession hatten, gab es bereits im letzten Jahr Verhandlungen über den Weiterbetrieb der Hidrovía nach dem 30. April 2021. Die Agrarexporteure machten Lobbyarbeit für die Verlängerung der Konzession für das „Joint Venture“ Jan de Nul und Emepa. Die argentinische Regierung, zu dem Zeitpunkt komplett im Krisenmodus wegen der Covid-Pandemie, spielte auf Zeit und bildete eine Bundeskommission für die Wasserstraße (*Consejo Federal Hidrovía*), an

der Provinz- und Bundesregierung, Hafenbehörden und Naturschutz-NGOs beteiligt werden sollten (getreu der alten peronistischen Weisheit: „Wenn du keine Lösung hast, bilde erst einmal eine Kommission“). Das erste Treffen der Bundeskommission fand am 22. Februar 2021 statt. Genau eine Woche vor dem Ende der Konzession, am 23. April, verstarb der dafür zuständige Verkehrsminister Mario Meoni bei einem Autounfall. Kurzerhand wurde die Konzession auf weitere 90 Werkstage verlängert. Jetzt soll sich am 13. September 2021 um Mitternacht das Joint-Venture zurückziehen, und um null Uhr des 14. September soll die staatliche argentinische Hafenbehörde (Administración General de Puertos, AGP) für ein Jahr die Verantwortung für die Hidrovía übernehmen. Im Verlauf dieser Frist bis zum 14. September 2022 soll ein neuer Vergabeprozess stattfinden, um die Schiffbarkeit der Wasserstraße für die nächsten zehn bis 20 Jahre zu garantieren. Nach Angaben des argentinischen Umweltaktivisten und Schriftstellers Mempo Giardinelli wäre die AGP durchaus in der Lage, diesen Auftrag zu übernehmen. Zwar stehen manche der Bagger der AGP seit Jahren still, sie könnten aber, laut Giardinelli, ohne großen finanziellen Aufwand wieder in Gang gesetzt werden. Weitere Schiffe oder benötigte Anlagen würden auch die argentinische Schiffsbauindustrie wiederbeleben.

**D**ie Vertiefung des Paraná, um ihn im unteren Lauf für große Schiffe befahrbar zu machen, hat schon nach wenigen Jahren schlimme Auswirkungen für Mensch und Natur mit sich gebracht. In den Jahren 2003 und 2007 erlebte die Provinz Santa Fe noch nie dagewesene Überschwemmungen, 2003 gab es 158 Tote. Der vertiefte Paraná nagt durch seine starken Wassermassen die Küsten an und zerstört bis dahin vorhandene Schutzeinrichtungen für die Bewohner\*innen der Uferregionen.

Und aktuell herrscht eine komplett gegenteilige Situation: Durch die Abholzungen und den (von Präsident Bolsonaro gezeugneten) Klimawandel in Brasilien trocknen die Quellen am oberen Lauf des Paraná und des Paraguay-Flusses aus. Ende Juli wurde am unteren Lauf des Paraná der niedrigste Wasserstand seit 1944 gemessen. Größere Schiffe können nicht mehr die Ladehäfen in der Provinz Sante Fe erreichen. Die Getreideexporteure sehen sich gezwungen, ihre LKWs zu den etwa 800 bis 1000 Kilometer südlicheren Häfen von Quequén und Bahía Blanca in der Provinz Buenos Aires zu schicken. Bei der zukünftigen Entscheidung über den argentinischen Abschnitt der Hidrovía, die bis September nächsten Jahres getroffen werden muss, steht also nicht nur eine Infrastrukturmaßnahme auf dem Spiel, sondern auch das gesamte Modell für Wirtschafts- und Umweltmanagement. Hinzu kommt der berechtigte Wunsch weiterer Kreise der amtierenden Regierung und ihrer Unterstützer\*innen, die volle Souveränität und Kontrolle über die Wasserstraße wiederherzustellen. ■

# Filmische Kommentare auf pandemische Zeiten

Lateinamerika auf dem Filmfest München 2021

**Weniger ist oft mehr – das hat sich in diesem Jahr im Hinblick auf die Auswahl des 38. Filmfests München bewahrheitet. Das Festival zeigte 2021 in seiner abgespeckten Version vier aktuelle Produktionen aus Lateinamerika. Und alle vier haben überzeugt: Sie erzählen berührende, witzige und groteske Geschichten, die ihren Blick auf die politische Vergangenheit, die pandemische Gegenwart und mögliche Zukunftsentwürfe lenken.**

**E**s war nur ein kleines Programm, das das Filmfest München 2021 in den Kinos und auf seinen Open-Air-Leinwänden zeigte: Insgesamt 70 Filme hatten es in die engere Auswahl geschafft. Das Festival, das früher eine ganze Lateinamerika-Reihe hatte und auch in den vergangenen Jahren stets mindestens zehn aktuelle Produktionen des Kontinents zeigte, hatte in diesem Jahr lediglich vier Filme aus Argentinien, Brasilien, Guatemala und Uruguay ausgewählt. Drei davon liefen sogar in der Reihe CineMasters, dem Wettbewerb um den besten internationalen Film.

VON VERENA SCHMÖLLER

Besonders beeindruckt hat Jayro Bustamante aus Guatemala mit seiner neuen Produktion (Frankreich/Guatemala 2019). Im Jahr 2015 war der Regisseur mit *Ixcanul* (Guatemala/Frankreich 2015) auf der Berlinale aufgefallen und hatte dort den Silbernen Bären des Alfred-Bauer-Preises für einen Film, „der neue Perspektiven eröffnet“, gewonnen (siehe Besprechung in ila 383). In *La Llorona* erzählt Bustamante erneut von den indigenen Kulturen Guatemalas, von ihrem Leiden und ihren Mythen. Gekonnt verwebt er politische Geschichte mit dem Mythischen und zeigt das Innenleben der einst politisch Mächtigen, die angesichts der starken Kultur ihres Landes nun mit der eigenen Ohnmacht zu kämpfen haben. Ein alter General sitzt, jetzt im Ruhestand, wegen seiner Machenschaften zu Zeiten der Militärdiktatur auf der Anklagebank. Enrique Monteverde (Julio Diaz) wird des Völkermords bezichtigt: Vor 30 Jahren soll er während des Bürgerkriegs in Guatemala eine Terrorkampagne gegen die indigene Bevölkerung befehligt haben, er und seine Männer hätten viele Dörfer zerstört, Frauen und Mädchen vergewaltigt und getötet. Nach einem Anfall im Gerichtssaal und einem Aufenthalt im Krankenhaus erholt er sich in der privaten Villa vom Prozess, wird aber tagein, tagaus von Protestierenden be-



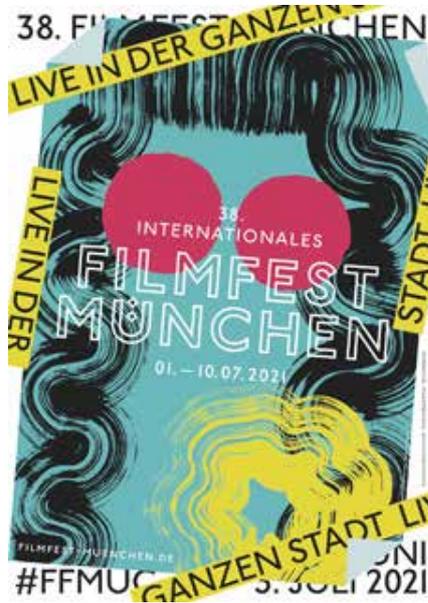
Foto: FILMFESTIVAL MÜNCHEN

Pressefoto zu *La Llorona*. (Der Perspektivenwechsel ist gewollt)

lagert und bedroht. So ist sein Haus zu seinem Gefängnis geworden. Allein deshalb überzeugt Bustamantes Film, denn er zeigt, wie sehr seine Familie unter den einstigen Verbrechen des Generals leidet – ohne genau zu wissen, was er eigentlich getan hat, was von den Anschuldigungen der vielen Zeug\*innen wahr ist und was nicht, was verschwiegen und was vertuscht wurde. Tochter Natalia (Sabrina de la Hoz) stellt Fragen, Ehefrau Carmen (Margarita Kenéfic) deckt ihren Mann und verbietet der Tochter das Wort, die junge Enkelin Sara (Ayla-Elea Hurtado) will eigentlich nur nach Hause. Eines Tages fängt ein neues Hausmädchen ihre Arbeit in der Villa an und bringt vieles von dem, was im Dunkeln liegt, ans Licht. Alma (María Mercedes Coroy) kommt wie Valeriana (María Telón), die Dienstälteste des Personals und treue Seele des Hauses, aus einem der Maya-Dörfer auf dem Lande. Sie verfügt wie viele Frauen dort über eine unschuldige, reine Schönheit, ist still und zurückhaltend, verrichtet ihre Arbeit aber pflichtbewusst und diszipliniert. Sara ist sofort fasziniert von Alma, weicht ihr nicht von der Seite und freundet sich mit ihr an. Alma spielt mit Sara und zeigt ihr, wie sie noch länger tauchen und unter Wasser die Luft anhalten kann.

Dann aber geschehen immer wieder seltsame Dinge im Haus, besonders in der Nacht: Ein Badezimmer wird unter Wasser gesetzt, Carmen hat ungewöhnliche Alpträume, Enrique hört regelmäßig das Weinen einer Frau und schlafwandelt wie von Geistern getrieben durchs Haus. Eines Nachts erschießt er fast seine Frau, die ihm auf seinen Wegen folgt. Draußen vor dem Haus demonstriert die Menge und lässt die Bewohner\*innen nicht zur Ruhe kommen. Die Familie muss sich also doch mit dem auseinandersetzen, was einst passiert ist.

Mit Blick auf die Vergangenheit der außerfilmischen Realität und der Militärdiktatur von Efraín Ríos Montt, der 2013 wegen Völkermordes zu 80 Jahren Haft verurteilt wurde, erzählt Jayro Bustamante von Schuld und Sühne. Er nimmt den mittelamerikanischen Mythos von „la llorona“ (der weinenden Geisterfrau) auf und zeigt in bildgewaltiger Ästhetik sowie mit dem passenden Soundtrack versehen, wie dieser Mythos noch heute verstanden werden kann. Das ist ein Film, der auf die Leinwand, auf Filmfestivals gehört und nur mit großen Abstrichen gestreamt werden kann. *La Llorona* hatte 2019 auf den Filmfestspielen in Venedig seine Premiere gefeiert, war als guatemaltekischer Beitrag ins Rennen um den Oscar für den besten ausländischen Film gegangen und begeisterte im Juli 2021 auch das Münchner Publikum. Einen Preis gab's in München allerdings nicht.



Auch die beiden anderen Beiträge im Wettbewerb CineMasters gingen ohne Auszeichnung nach Hause, verdient hätten sie eine allemal: *Así habló el cambista* (Argentinien/Deutschland/Uruguay 2019) von Federico Veiroj und *El perro que no calla* (Argentinien 2020) von Ana Katz.

*Así habló el cambista* erzählt in herrlich grotesker Manier die Geschichte eines lasterhaften Geldwäschers in den 1970er-Jahren in Südamerika. Humberto Brause (Daniel Hendler) ist eigentlich ein kleiner Assistent der aufrechten Geldwechselfirma Schweinsteiger. Sein Chef (Luis Machín) wird sein Schwiegervater, verguckt er sich doch in dessen Blockflöte spielende Tochter Gudrun (Dolores Fonzi). Alles sieht nach einer Traumkarriere aus, dann aber erhält Humberto Brause ein verlockendes Angebot und arbeitet sich sodann mit viel Opportunismus, den richtigen Beziehungen und ohne Skrupel selbst nach oben. Zwischendurch geht er ein bisschen ins Gefängnis und macht anschließend einfach weiter. Seine Kund\*innen: korrupte Politiker\*innen, bewaffnete Widerstandskämpfer\*innen,

Faschist\*innen, Marxist\*innen – egal, Hauptsache, die Kasse stimmt.

Mit lakonischem Witz, viel Gespür für Atmosphärisches und einem scharfen Blick auf politische Hintergründe erzählt Federico Veiroj seine Geschichte vom gewitzten Ganoven Humberto Brause. Die Figur fungiert auch als Erzähler aus dem Off und betrachtet seine eigene Geschichte mit Distanz, Humor und analytischem Scharfsinn. Der Film macht vor allem eins: großen Spaß!

Auch *El perro que no calla* arbeitet mit Humor, allerdings auf andere Art, leiser, subtiler: In verschiedenen Episoden, einer kuriosen Entwicklung der Ereignisse und in Schwarz-Weiß-Bildern erzählt Ana Katz vom Leben des Normalbürgers Sebastián (gespielt von ihrem Bruder Daniel Katz), einem Mittdreißiger. Sebastián arbeitet in einer Grafikagentur und führt ein recht gewöhnliches, aber doch eintöniges, einsames Leben im Großstadtschungel von Buenos Aires. Sein treuer Gefährte, ein Hund, wird zu seinem Verhängnis, denn das Tier fängt jedes Mal an lautstark zu heulen, sobald Sebastián aus dem Haus geht und ihn alleine zurücklässt. Ins Büro darf er ihn nicht mitnehmen, und so wird ihm schließlich gekündigt. Deshalb versucht Sebastián in der Pampa sein Glück. Er tourt mit Gelegenheitsjobs durch die Provinz, findet eine Freundin und gründet eine Familie, als die Welt von einer Katastrophe heimgesucht wird – die das Publikum unabweichlich immer wieder ans außerfilmische Hier und Jetzt denken lässt.

Die Atmosphäre der Erde hat sich geändert: Plötzlich wird jeder bewusstlos, der sich mehr als einen Meter über dem Boden bewegt und die Luft von dort einatmet. Aufstehen ist also nicht mehr möglich. Die Menschen kriechen durch die Gegend oder watscheln in der Hocke, immer mit Bedacht darauf, sich nicht über die magische Grenze hinaus zu bewegen. Atemgeräte sind entwickelt worden, aber sie werden schnell geklaut, und eigentlich wollen sich die Menschen auch nicht von Blase zu Blase unterhalten. Zu dieser Endzeitvorstellung passt der Schwarzweißfilm und der melancholische Tonus ebenso wie das unaufgeregte Spiel von Daniel Katz – ein wunderbarer Kommentar auf unsere pandemischen Zeiten.

**A**uch *A nuvem rosa* (Brasilien 2021) von Iuli Gerbase, der im Wettbewerb CineVision um den besten internationalen Nachwuchsfilm in München lief, wirkt wie ein Kommentar auf die Welt im aktuellen Ausnahmezustand.

Schon im Vorspann wird betont, dass die Idee zu *A nuvem rosa* bereits 2017 entstand, 2019 gedreht wurde und damit jede Ähnlichkeit mit tatsächlichen Ereignissen rein zufällig sei. Im Film geht es um eine rosa Wolke, die am Himmel erscheint und es plötzlich unmöglich macht, nach draußen zu gehen. Jeder, der auf die Straße oder einen Balkon tritt, stirbt binnen zehn Sekunden. So sind die Menschen von heute auf morgen zu Hause gefangen. Der Lockdown dauert schon eine ganze lange Weile.

Im Fokus stehen Giovana (Renata de Lélis) und Yago (Eduardo Mendonça), die nach einer Party gemeinsam nach Hause gegangen sind. Aus dem One-Night-Stand wird plötzlich eine Zwangsgemeinschaft, sie müssen es fortan gemeinsam in Giovanas Dachwohnung aushalten. Yago geht es ganz gut damit, er genießt die Ruhe und das Auf-sich-gestellt-Sein, Giovana aber kommt überhaupt nicht damit klar, ist frustriert und macht sich Sorgen, nicht nur über ihre kleine

Schwester, die zusammen mit mehreren Mädchen bei einer Freundin und deren Vater verweilt. An der Geschichte funktioniert allerdings vieles nicht: Warum erfinden die Menschen nicht auch Atemgeräte, wie es die Figuren in *El perro que no calla* tun? Wie konnte das Liefersystem über Röhren, über das Giovana und Yago ihr Essen, aber auch alles andere beziehen, installiert werden, wenn keiner nach draußen kann? Auch wenn einiges an der Geschichte unlogisch erscheint, stören diese Unstimmigkeiten nicht groß. Eigentlich ist man viel zu sehr beschäftigt, sich in die Figuren einzufühlen und darüber nachzudenken, wie es sein muss, wenn man zum Zeitpunkt des Auftauchens der rosafarbenen Wolke gerade im Supermarkt war und nun – eingeschlossen mit anderen – jahrelang in einem kleinen Supermarkt ausharren, ja, leben soll. Auch der Film von Iuli Gerbase scheint wie ein Kommentar auf die Pandemie, ist vielleicht aber vor allem wegen der Pandemie so gut. Denn das eigene Erleben, die eigenen Erfahrungen fließen in das Seherlebnis mit ein, lösen Fragen aus, lassen einen nachdenken, was das Publikum vor Corona in der Form sicherlich nicht gemacht hätte.

Als Beziehungsdrama funktioniert das Spielfilmdebüt von Gerbase wunderbar: die Idee, auf einmal mit einem Menschen, den man eigentlich nicht kennt und mit dem man vermutlich nie länger als eine Nacht zusammen gewesen wäre, zusammenleben zu müssen, und das für Jahre. *A nuvem rosa* lotet die Möglichkeiten dieser Grundsituation aus und zeigt, wie der eine damit zurechtkommt, die andere daran zerbricht. Egal ob im eigenen Haus, am Erdboden, in gesellschaftlichen oder eigenen Zwängen, die lateinamerikanischen Filme des Filmfests München 2021 zeigen vor allem gefangene Menschen: Figuren, die nicht ausleben können, was sie eigentlich tun oder sein wollen, sondern sich Situationen ausgesetzt sehen, die einschränken und herausfordern, mal helfen, mal deprimieren, mal frustrieren. Kathartisch sind sie allemal. ■



Pressefoto zu *A nuvem rosa*



Foto: Tecnópolis Argentina

# Verlust eines großen Intellektuellen

Nachruf auf den argentinischen Schriftsteller  
Horacio González (1944-2021)

VON SANDRA SCHMIDT

**D**er Parque Centenario, einer meiner liebsten Orte an Sonntagen in Buenos Aires, besonders im Hochsommer. Es ist Mitte Januar 2016, als mir dort ein Grüppchen von 30 bis 40 Leuten auffällt, die stehend oder im Gras sitzend, einige ältere Jahrgänge auf mitgebrachten Stühlen, einem Mann lauschen, der über den neuen Präsidenten Macri spricht. Das ist doch, genau: Horacio González. Ich hatte gerade seinen Auftritt vor der Nationalbibliothek gesehen, als deren Direktor er am Tage des Amtsantritts von Macri nach zehn Jahren zurückgetreten war, allerdings nur auf YouTube. Allein das war faszinierend. Nun steht dort dieser Mann, geboren 1944 in Buenos Aires, Anfang der siebziger Jahre kurz bei der FAP (Fuerza Armada Peronista, peronistische Stadtguerilla) und den Revolutionären Peronisten engagiert, ab 1976 im brasilianischen Exil und seit Rückkehr 1983 Soziologie-Professor an der Universität Buenos Aires (UBA), in der einen Hand ein Mikro, mit der anderen schiebt er ständig Haarsträhnen aus dem Gesicht. Er hat kein Skript, es wirkt wie das ausgesprochene Denken. Die Sätze sind schwierig, das Denken mäandert. Obschon die politische Intention (es geht darum, eine zivilbürgerliche Opposition gegen Macri zu formieren) auf einer klaren Haltung basiert, benennt González die Widersprüche und Tücken in vielfach verschachtelten Nebensätzen gleich mit. Postmodern würde man sagen: rhizomartig, und wer weiß, ob er damit einverstanden gewesen wäre. Zufällig wohne ich also dem ersten Treffen in der Macri-Ära von Carta Abierta (Offener Brief) bei, einer losen Vereinigung von Intellektuellen und Kulturschaffenden, die 2008 just in der Nationalbibliothek entstanden war und als deren geistiger Kopf González vielen gilt. Nach einigen Redebeiträgen einigt man sich auf ein nächstes Treffen am gleichen Ort und der offizielle Part dieser komplett informellen Veranstaltung ist beendet. Ich nehme meinen Mut zusammen und spreche González, der mit einigen anderen weiterdiskutiert, an. Ich sei eine deutsche Journalistin und würde ihn gern interviewen. „Si, claro, kein Problem“, so die prompt-

te Antwort. Ehe ich mich versehe, schreibt er Handynummer und Adresse in mein Notizbuch. Eine gute Woche später stehe ich vor einem schwarzen Eisentor eines dieser schönen alten Häuser im Viertel Boedo. Mit vielen Fragen und gehörigem Respekt. Horacio öffnet mit einladender Geste, stellt mich kurz seiner Lebensgefährtin vor, der Folklore-Sängerin Liliana Herrero. Ein befreundeter Anthropologe, der in den neunziger Jahren bei González studiert und seine berühmten, in Vorortzügen abgehaltenen Universitätsseminare selbst miterlebt hat, hatte mich vorgewarnt: Ich solle mich auf ausschweifende Antworten einstellen und gar nicht erst versuchen, einen Fragenkatalog abzuarbeiten. Den habe ich trotzdem dabei und Horacio erweist sich nicht nur als beeindruckender Erzähler, sondern auch als guter Zuhörer. Schneidend klar, wo es um Präsident Macri („abscheulich“) geht; eher ausschweifend, wo es historische Entwicklungen zu erklären gilt und diese ganz eigene Art der undogmatischen Verknüpfung von Traditionen, Schulen, Theorieentwürfen aufscheint. Ob man deutschen Leser\*innen knapp erklären könne, warum Macri diese Wahl gewonnen habe, will ich wissen: „Wenn der Leser Hans Magnus Enzensberger oder Alexander Kluge heißt, dann schon.“ Horacio lacht: „Ansonsten bin ich mir nicht sicher.“ Er schöpft aus einem unendlichen Reservoir: Kautsky, Foucault, Bakunin, Lacan, René Char und Laclau, Gramsci, und am liebsten: William Cooke. Meine etlichen Nachfragen zum Peronismus amüsieren ihn sichtlich. Drei Stunden verfliegen. Über die eigenen Schriften, auch die Romane (nichts davon ins Deutsche übertragen) und sein zehnjähriges Schaffen als Bibliotheksdirektor hat er kaum ein Wort verloren. Universalist sei er, humanistisch-kritisch, mit Sympathien für die kulturelle Sensibilität der trotzkistischen PTS. „Es gibt in vielerlei Hinsicht Hoffnung!“ Das gibt er mir damals mit auf den Weg.

Nach wochenlangem Auf und Ab, über das Liliana teilweise via Twitter informierte, ist Horacio González am 22. Juni gestorben, an einem Krankenhauskeim, nachdem er die kritischste Phase seiner schweren Covid-Erkrankung bereits überstanden hatte. In Argentinien trauerten nicht nur politische Weggefährter\*innen, auch konservative Medien beklagten den Verlust eines großen Intellektuellen. Das Text-Musik-Projekt „Mojones de la Patria“, an dem González gemeinsam mit Liliana, Sängerin und Ex-Kulturministerin Teresa Parodi und dem Gitarristen Juan Falú zuletzt gearbeitet hatte, kam Ende August in Buenos Aires zur Aufführung. ■

# Von den Lebenslügen eines in Brand gesteckten Landes

„Lieder für die Feuersbrunst“ von Juan Gabriel Vásquez

**E**r gilt aktuell als einer der wichtigsten Schriftsteller Kolumbiens. Eins ist sicher: Der 48-jährige Juan Gabriel Vásquez, der in Bogotá geboren ist und prägende Lebensjahre in Europa gelebt hat, ist ein bedeutender Chronist seines Landes. Neben den Entwicklungen in seinem Heimatland, das den Jahrzehnte langen bewaffneten Konflikt noch lange nicht überwunden hat, treibt den Schriftsteller das um, was wir vielleicht Mikro-Geschichte nennen können: die Historie einzelner Personen und ihrer Angehörigen sowie die Art und Weise, wie das menschliche Gedächtnis Erlebnisse ablegt, verarbeitet, verdrängt, verzerrt, beschönigt, ausschmückt, auslöscht, kurz: erinnert. Unsere eigene Erinnerung kann uns trügen, wie wir manchmal mit Erschrecken feststellen. Für Länder, in denen zum Beispiel Wahrheitskommissionen Bürgerkriegsgräueltaten und Menschenrechtsverletzungen aufarbeiten, ist diese Erkenntnis durchaus heikel.

In seinem frisch erschienenen Band „Lieder für die Feuersbrunst“ durchdringt Vásquez also in neun Erzählungen Geschichte und Geschichten. Vier davon sind bereits an anderer Stelle publiziert worden, zum Teil bereits vor über zehn Jahren. Das spielt für Literatur nicht unbedingt eine Rolle. Doch zum Beispiel bei der Erzählung „Flughafen“, in der der Autor von einem Komparsenjob für einen Film des Regisseurs Roman Polanski berichtet (mit ausgerechnet Johnny Depp in der Hauptrolle), wird die Leserin stutzig: Die meisten Schlagzeilen über das Regie-Genie Polanski drehten sich in den letzten zehn Jahren um neue und alte Vergewaltigungsvorwürfe und -verfahren. Johnny Depp ist übrigens auch diskreditiert, er gilt als „Ehefrauenschläger“. All das findet in der Erzählung, die wie andere Storys in dem Band auch so wahrhaftig klingt, dass sie der Erfahrung des Autors entsprungen sein könnte, mit keinerlei Silbe Erwähnung. Das hinterlässt einen geschichtsblinden Eindruck, lässt sich aber mit Blick auf das Datum der Erstpublikation nachvollziehen: 2008.

Einige der Erzählungen klingen wie gesagt so „lebensecht“, dass sie direkt aus dem Nähkästchen des Autors zu

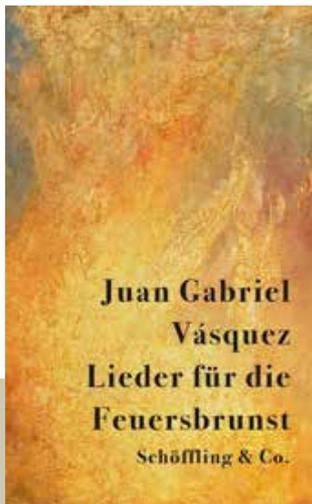
VON BRITT WEYDE

stammen scheinen, etwa „Der Doppelgänger“, in der die Feigheit eines jungen Mannes im Zentrum steht, der sich dem Leid der Familie seines besten Freundes nicht stellen mag. Oder die Geschichte „Schlechte Nachrichten“. Hier trifft der Ich-Erzähler auf den auskunftsfreudigen US-amerikanischen Helikopterpiloten John, der am ersten Kneipenabend die intimsten Momente seines Lebens vor ihm ausbreitet. Dass John mit seinem erzählenden Erinnern seine Erinnerung und damit auch die Geschichte zu (ver)formen sucht, erfährt der Erzähler bei der Konfrontation mit der Vergangenheit.

Andere Geschichten, wie etwa „Frau am Ufer“ oder „Die Frösche“, könnten ihren Ausgangspunkt im Leben naher Angehöriger oder Freund\*innen des Autors haben. Im Zentrum von „Frau am Ufer“ stehen eine Fotografin, ein rechter Politiker und dessen Mitarbeiterin, während das Personal in „Die Frösche“ aus Koreakriegsveteranen und deren Ehefrauen besteht. Amnesie und Lebenslügen bilden die großen Themen in diesen beiden Geschichten. Nebenbei erfährt die Leserin von einer verblüffenden, wohl bis in die 60er-Jahre weitverbreiteten Methode der Schwangerschaftsfrüherkennung: dem sogenannten Froschtest. In dieser Erzählung beeindruckt die brillante Verschränkung der Zeitebenen.

Viele Geschichten handeln vom Militär oder vom Krieg, beziehungsweise von der alles durchdringenden Gewalt in Kolumbien. So auch eine der stärksten Storys des Bandes, „Die Jungen“. Sie spielt in Bogotá während der Dekade des sogenannten Narcoterrorismus Mitte der 80er- bis Mitte der 90er-Jahre, als Bombenattentate und Ausgangssperren den Alltag in der Hauptstadt bestimmten (ähnlich wie in Vásquez' Roman „Das Geräusch der Dinge beim Fallen“, siehe ila Nr. 379). Hier zeigen sich das Erbe der Gewalt und wie sie perpetuiert wird.

Ein weiteres Highlight ist „Der letzte Corrido“, eine Art Tourtagebuch. Ein Journalist schildert die Ereignisse während der Tour einer mexikanischen Corrido-Band durch Spanien. Hinter der Zugeknöpftheit der Musiker verbirgt sich die schmerzhaft Vorgeschiede der Band, vor allem die ihres ehemaligen charismatischen Band-Leaders. Zu guter Letzt die Erzählung „Lieder für die Feuersbrunst“. Darin verdichten sich die Historie und Tragik Kolumbiens anhand einer Familienbiografie, die sich durch das letzte Jahrhundert zieht: eine konzise Verknüpfung von Mikro- und Makro-Geschichte auf weniger als 50 Seiten, die der Autor meisterhaft zelebriert. ■



Juan Gabriel Vásquez, Lieder für die Feuersbrunst, aus dem Spanischen von Susanne Lange, Schöffling & Co., Frankfurt 2021, 236 Seiten, 22,- Euro

### Chiapas: Film über Simón Pedro erschienen

Am 5. Juli 2021 wurde Simón Pedro Pérez von einem Auftragsmörder auf dem Markt in Simojovel, in Chiapas (Mexiko) umgebracht. Der Mörder folgte Simón mehrere Stunden lang, bevor er ihn heimtückisch ermordete. Der Mord wurde vor den Augen von Simóns kleinem Sohn begangen. Simón Pedro war Vater, Ehemann, Sohn und Bruder. Er war Menschenrechtsverteidiger, Katechet und Mitglied der „Organización Civil Las Abejas de Acteal“. Im Jahr 2020 war er Vorstand der Mesa Directiva, der kollektiven, rotierenden Leitung seiner Organisation. „Simón wurde das Leben entrisen, weil er aktiv den Frieden suchte – angesichts des allgemeinen Klimas der Gewalt, das wir in den Altos de Chiapas leben. Unser Bruder Simón Pedro repräsentiert die dritte Generation von Menschenrechtsverteidigern in seiner Familie. Er nahm immer Teil an den Bewegungen, um die Madre Tierra, die Mutter Erde, gegen die Mega-Projekte zu verteidigen. Mega-Projekte, die unsere Bevölkerung bedrohen und auch andere Kleinbäuer\*innen und Indigene in unserem Land und in anderen Teilen der Welt schädigen. Er suchte auch immer das Wohl seiner Leute, indem er in der Organisation kämpfte, nach den gewaltsam Vertriebenen suchte und Gerechtigkeit forderte für die Märtyrer\*innen von Acteal sowie alle durch die schlechte Regierung Verfolgten. Stets hat er versucht diejenigen, die leiden, zu schützen und sich um sie zu kümmern“, schreibt die Organisation der Abejas de Acteal am 22. Juli 2021 in einem Nachruf.

Simón Pedro – Film der „Abejas de Acteal“ (Chiapas/Mexiko Juli 2021, R: Área de Comunicación de Las Abejas de Acteal und Xun Sero, Farbe, 12 min., Tsotsil mit Spanisch-Deutschen UT)

<https://tresgatas.blackblogs.org/2021/08/09/simon-pedro/>  
Film im Tsotsil-Original mit spanischen Untertiteln: <https://vimeo.com/581803380>

Für mehr Information über die „Organización de Las Abejas de Acteal“: [acteal.blogspot.com/](http://acteal.blogspot.com/)

### Vorbereitungsseminar zur Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas/Mexiko

CAREA e.V. führt zweimal jährlich Vorbereitungsseminare für den Einsatz als Menschenrechtsbeobachter\*in in Chiapas/Mexiko durch. Corona bedingt mussten die letzten Seminare in digitaler Form stattfinden. Wir hoffen, im November und Dezember wieder ein Präsenzseminar anbieten zu können. Ein kurzfristigeres Umschwenken auf das erprobte Onlineformat behalten wir uns dennoch als Plan B vor. Die von CAREA e.V. vorbereiteten Freiwilligen erhalten ein Unterstützungsschreiben, das sie gegenüber unserer mexikanischen Partnerorganisation legitimiert. In Chiapas entsendet das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas internationale Freiwillige auf

Anfrage lokaler Gemeinden für zweiwöchige Aufenthalte in zivile Friedenscamps in indigene Gemeinden. Die von CAREA e.V. entsandten Freiwilligen sind Zeug\*innen in den Konfliktregionen. Sie dokumentieren die Situation (allgemeine Entwicklung, Menschenrechtsverletzungen, Übergriffe, Truppenbewegungen) in den Gemeinden und begleiten bedrohte Personen.

Voraussetzungen für den Einsatz in Chiapas: Neben der vollständigen Teilnahme am zweiteiligen Vorbereitungsseminar vom 11. bis 14. November und vom 9. bis 12. Dezember 2021 sind u.a. sehr gute Spanischkenntnisse, Teamfähigkeit, physische und psychische Belastbarkeit, ein Mindestalter von 21 Jahren sowie die Eigenfinanzierung des Mexikoaufenthaltes Voraussetzungen für die Arbeit als Menschenrechtsbeobachter\*in.

Seminarinhalte: In Vorträgen, Arbeitsgruppen und Rollenspielen werden grundlegende Themen und Kenntnisse vermittelt wie Geschichte und Politik Mexikos, Menschenrechte, aktuelle Situation in Chiapas, Aufgaben von Beobachter\*innen, Verhalten in Konfliktsituationen, (selbst-)kritischer Blick auf die eigenen Privilegien etc. Pausen und Abendaktivitäten geben die Möglichkeit, sich gemeinsam auszutauschen. Auch Interessierte, die sich noch nicht sicher sind, ob sie als Menschenrechtsbeobachter\*in nach Chiapas gehen wollen, sind auf dem Seminar willkommen.

Seminarkosten: Das gesamte Seminar, bestehend aus zwei Seminarblöcken inkl. Übernachtung und Verpflegung kostet 160 bis 200 Euro (nach Selbsteinschätzung). Für Seminarteilnehmer\*innen ist außerdem der Erwerb unseres Chiapas-Readers verpflichtend, der 10 Euro kostet (bestellbar über das CAREA Büro).

Weitere Informationen unter [carea-menschenrechte.de](http://carea-menschenrechte.de) oder über unser Büro: [info@carea-menschenrechte.de](mailto:info@carea-menschenrechte.de)

### Eine Recherche zur Beteiligung deutscher Unternehmen am Tren Maya

Infrastrukturprojekte bedeuten Fortschritt und Entwicklung, so der offizielle Diskurs. Dabei erscheint das Bahn- und Autobahnprojekt „Tren Maya“ nur auf den allerersten Blick wie ein harmloses Vorhaben der mexikanischen Regierung: Auf über 1500 Kilometern soll die neue Strecke fünf Bundesstaaten verbinden. Politik und Unternehmen versprechen Arbeitsplätze, mehr Tourismus und gar den Weg in die Moderne. Tatsächlich bedeutet das Megaprojekt die Zerstörung der letzten Regenwälder Südmexikos, die Missachtung der Rechte der indigenen Bevölkerung, Landnahme- und Vertreibung sowie eine zusätzliche Militarisierung in einer der konfliktreichsten Regionen des Landes. Demgegenüber erhoffen sich einige wenige große Gewinne. Auch deutsches Kapital und deutsche Unternehmen sind in die Planung, den Bau und die Inbetriebnahme involviert. Die Recherche nimmt die Reise der Zapatistas\* durch Europa zum Anlass, nach einer Beschreibung der Konsequenzen des Projekts die

Beteiligung der DB Consulting & Engineering, das Interesse von Siemens und TÜV Rheinland sowie den Zusammenhang mit deutschen Rüstungskonzernen aufzuzeigen. Am Schluss steht eine Vorstellung des Widerstands gegen das Projekt und ein Interview mit Dr. Sergio P. Díaz, der das Projekt als Forscher an der Universität Campeche seit Jahren vor Ort beobachtet und dessen geopolitische Dimension untersucht.

Download der gesamten Recherche und mehr Infos unter:  
<https://www.ya-basta-netz.org/tren-maya-made-in-germany/>

### **Stellenausschreibung des Informationsbüros Nicaragua in Wuppertal**

Ab November 2021 und ab Januar 2022 sucht das Informationsbüro Nicaragua zwei neue Kolleg\*innen für die Koordination der Informations- und Solidaritätsarbeit zu Nicaragua, sowie für die Koordination der machtkritischen Bildungsarbeit.

Die Stellenausschreibung findet unter:

<https://infobuero-nicaragua.org/2021/09/stellenausschreibung>

### **Konferenz „Militarismus und Frieden in Lateinamerika und der Karibik“**

Lateinamerika ist Teil des Militarisierungs- und Aufrüstungstrends weltweit. Die Analyse dieser Situation soll im ersten Teil der Konferenz im Mittelpunkt stehen. Im zweiten Teil werden Strategien gegen die wachsende Militarisierung und den Militarismus in Lateinamerika sowie mögliche Alternativen herausgearbeitet: der Zusammenhang zwischen progressiver politischer Wende und einer unabhängigen und friedlichen Außenpolitik (Massenproteste in Chile und Arbeit an einer neuen Verfassung, Wahl eines linken Präsidenten in Bolivien, Frauenproteste in Argentinien, Chile und Mexiko, Freilassung des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Lula); weitere wichtige Punkte sind eine mögliche Friedenspolitik im internationalen Maßstab, die wachsende Anzahl von Ratifizierungen des Vertrages von Tlatelolco für eine Kernwaffenfreien Zone, die Proklamation einer „Zone des Friedens“ der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) in Havanna sowie die Beteiligung lateinamerikanischer Staaten an UN-Friedensmissionen.

Veranstaltungsort: Frankfurter Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main (Nähe HBF).

Wegen der voraussichtlich begrenzten Präsenzmöglichkeiten unter Corona-Bedingungen bitten wir unbedingt um Anmeldung per Email an: [Frieden-und-zukunft@t-online.de](mailto:Frieden-und-zukunft@t-online.de).

Internet: Zoom-Konferenz (bitte auf Zoom: <https://bit.ly/3z3B-8Ne> registrieren) und Live-Stream auf Youtube, der Link wird kurz vorher auf der Webseite veröffentlicht.

Teilnahmebeitrag: Je nach Selbsteinschätzung zwischen 5,00 und 15,00 Euro, kann vor Ort bezahlt werden.

Spendenkonto: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90, Stichwort: „LAK-Konferenz“

### **Filmfestival „Frauenwelten“ in Berlin**

Auf dem 21. Filmfest „FrauenWelten“ werden dieses Jahr zwölf Spiel- und Dokumentarfilme präsentiert. Die Themen bieten einen filmischen Blick auf Menschenrechte von Frauen weltweit. Ergänzt werden die Filmscreenings durch Gesprächsrunden mit Expert\*innen und Regisseur\*innen. Drei der diesjährigen Filme sind aus bzw. über Lateinamerika! „Cholitas“ (R.: Jaime Murciego, Pablo Iraburu, Spanien/Bolivien/Argentinien, 2019, 82 Min., Dokumentarfilm)

Fünf bolivianische Frauen beteiligen sich an einer einzigartigen Expedition. Als Symbol der Befreiung und des Empowerment möchten sie gemeinsam den mit 6961 m höchsten Berg Amerikas besteigen, den Aconcagua in den argentinischen Anden. Und das in ihrer traditionellen bolivianischen Tracht. „Luchadoras“ (R.: Paola Calvo, Patrick Jasim, Deutschland, 2021, 92 Min., Dokumentarfilm)

Der Dokumentarfilm porträtiert drei Wrestlerinnen in Ciudad Juárez, einer Stadt in Mexiko, die für ihre hohe Zahl an Femiziden bekannt ist. Durch die Lucha Libre-Kämpfe wollen sie der schlecht bezahlten Fabrikarbeit entkommen und präsentieren mit viel Mut und Kampfgeist ein neues Bild davon, was es bedeutet, in Mexiko eine Frau zu sein.

„Breaking the Silence“ (R.: Priscila Padilla, Kolumbien/Bolivien, 2020)

Feinfühliges Porträt über Genitalverstümmelung an Frauen der indigenen Gemeinschaft Emberá Chamí in Kolumbien. Die Emberá sind eines der wenigen indigenen Völker in Südamerika, die diese Praxis noch immer fortsetzen. Ein brutales Erbe des Kolonialismus.

<https://filmfest-frauenwelten.de/>

## **■ impressum**

**Herausgabe und Vertrieb:** Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V., Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn • Telefon 0228-65 86 13 • E-mail [ila-bonn@t-online.de](mailto:ila-bonn@t-online.de) • Internet [www.ila-web.de](http://www.ila-web.de) • ISSN 0946-5057 • Kontoverbindung: IBAN DE89 3701 0050 0058 3995 01 (Postbank) • Die ila erscheint 10 x im Jahr • Einzelpreis 6,- €

**Jahresabonnement:** Normalabo 49,- € • Institutionen 59,- € • ermäßigtes Abo 42,- € • Probeabo (3 Ausgaben) 8,50 € • Sendungen ins Ausland zuzüglich Auslandsmehrporto. **Abokündigung bis Ende November zum Ablauf des Kalenderjahres.**

**Redaktion:** Wiebke Adams, Alix Arnold, Sigrid Becker-Wirth, Uwe Bennholdt-Thomsen, Frederik Caselitz, Konrad Egenolf, Barbara Eisenbürger, Gert Eisenbürger (V.i.S.d.P.), Eduard Fritsch, Ralf Heinen, Laura Held, Mirjana Jandik, Gaby Kleinen-Rätz, Gaby Küppers, Werner Rätz, Naomi Rattunde, Bettina Reis, Henry Schmahlfeldt, Barbara Schuchard, Inga Triebel, Lena Voigtländer, Britt Weyde, Gernot Wirth

**Ständige Mitarbeiter\*innen:** Waldo Acebey (La Paz); Esther Andradi (Berlin); Theo Bruns (Hamburg); Gerhard Dilger (Buenos Aires); Hans-Ulrich Dillmann (Santo Domingo); Wolfgang Ecker (Montevideo); Roberto Frankenthal (Stuttgart); Christian Frings (Köln); Knut Henkel (Hamburg); Ina Hilse (Berlin); Klaus Jetz (Köln); Helene Kapolnek (Erfstadt); Manfred Liebel (Berlin); Alicia Rivero (Salta); Omar Saavedra Santis (Valparaíso); Danuta Sacher (Berlin); Gerold Schmidt (México D.F.); Sandra Schmidt (Köln); Verena Schmöller (München); Heinz Schulze (München); Peter Strack (Cochabamba); Hildegard Willer (Lima).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasserin/des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

**Druck:** Druckladen, Bonn



**KREBSGEFAHR.  
KLIMARISIKO.  
UMWELTGIFT.**



# **GLYPHOSAT-STOPP JETZT!**

» Konzerne wie MONSANTO und BAYER sind eine wachsende Gefahr für die Menschheit und den ganzen Planeten. Unterstützen auch Sie die CBG! «

**Dr. Vandana Shiva**  
Physikerin, Alternative  
Nobelpreisträgerin



Jetzt den Aufruf online unterzeichnen: [glyphosat.CBGnetwork.org](http://glyphosat.CBGnetwork.org)

**SPENDE JETZT!  
OHNE GELD KEIN GLYPHOSAT-STOPP!**

IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91  
[WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE](http://WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE)

**KONZERNKRITIK BRAUCHT  
FÖRDERMITGLIEDER!**

